Donnerstag, den 19. Januar 1928. Einzelnummer 10 Pfennig. 39. Jahrgang — Nr. 16

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Rundfunk", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen", „Arbeiter-Sportbewegung" u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend"

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr. 5 und Neue Taschenstraße 11, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.42 Rmk. + 8 Pf. Trägerlohn = 0.50 Rmk., monatlich 1.75 Rmk. + 35 Pf. Trägerlohn = 2.10 Rmk. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2.46 Rmk.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Die besiegelte Pleite.

Die Länderkonferenz in allgemeiner Lächerlichkeit untergegangen.

Berlin, 18. Januar. Die Länderkonferenz ist aus. Eine Mitteilung an die Oeffentlichkeit krönt das Werk. Wie ein schlechter Redner, der den Schlußsatz nicht findet, und darum unentwegt weiter redet in der Hoffnung, daß ihm ein Schluß einfallen wird, hat die Länderkonferenz am Dienstag nachmittag und Mittwoch morgen noch weiter getagt, obwohl sie praktisch schon am Montag abend aus war. Am Dienstag nachmittag hat der preußische Finanzminister Höpker-Aschoff über Maßnahmen zur Gewährleistung sparsamster Finanzwirtschaft gesprochen, am Mittwoch morgen behandelten der sächsische und der bayerische Innenminister das Thema Verwaltungsvereinfachung. Sachlich solide Referate, gewiß — aber die Reichskanzlei ist keine Universität und die Länderkonferenz kein Seminar für lernbegierige politische Studenten. Wenn die Ministerpräsidenten der achtzehn deutschen Länder sich versammeln, dann sollte es um politischen Willen, um praktische politische Entscheidung gehen, nicht um Aufklärungsvorträge für angehende Staatsmänner. Nun zweifeln wir nicht, besonders nach der Glanzleistung des Herrn Bazille, daß politische Aufklärungsvorträge für manchen der Staatsmänner nötig sind. Dann aber sollte man ein solches politisches Seminar so unauffällig wie möglich abhalten und ohne irreführende Firma.

Es wäre falsch, die Dinge aus politischer Höflichkeit zu beschönigen.

Diese Länderkonferenz war ein Skandal und eine Lächerlichkeit.

Das Kommuniqué, das als Abschluß ausgegeben wurde, ist geradezu eine Verhöhnung der politisch denkenden Bevölkerung. Es ist unter Umständen zustandegekommen, deren Darstellung bereits vernichtende Kritik ist. Eine Redaktionskommission hat von Mittwoch 9 Uhr an getagt, um es fertigzustellen. Die Arbeit war nicht leicht. Es haben sich erhebliche Meinungsverschiedenheiten und Auseinandersetzungen in der Redaktionskommission ergeben. **Sie wären vermieden worden, wenn man den Mut gehabt hätte, der Oeffentlichkeit einzugestehen, daß man nicht einig ist,** daß die Anschauungen nach allen Richtungen der Windrose auseinanderlaufen, **daß man also in Wirklichkeit resultatlos auseinandergeht.** Da man aber den Weg gewählt hat, das Fiasko mit Worten zu verhüllen, die einen Erfolg da vortäuschen sollen, wo nichts ist als Leere, hat man lange die Worte wägen müssen. Es sind Worte, die mit vieler Kunst nichts sagen.

Inzwischen war ein Teil der versammelten Staatsmänner in richtiger Erkenntnis der Situation bereits abgereist. In der Restversammlung aber erhoben sich noch einmal Auseinandersetzungen über das sorgfältig redigierte Kommuniqué. Es besagt: Eine Reform ist notwendig, aber ob auf dem unitarischen oder föderalistischen Wege bleibt offen. Jede Teillösung ist bedenklich. Reichsländer sollen nicht geschaffen werden. Bei finanzieller Notlage einzelner Länder wird die Reichsregierung geeignete Maßnahmen treffen — als ob es nicht gerade der Kern des Finanzproblems wäre, welches die geeigneten Maßnahmen sind. Man spricht von Verwaltungsvereinfachung, ohne eine Richtlinie zu geben, auf welchem Wege. Die Konferenz hinterließ schließlich zwei Ausschüsse: in dem einen sind die Reichsregierung und die Länderregierungen vertreten, in dem anderen die Finanzminister von Preußen, Baden, Thüringen und Hamburg unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers. Jede Entscheidung ist also, um mit Otto Braun zu reden, auf zwei Abschiebebahnhöfe rangiert worden.

Es bleibt nur noch übrig,

die Schuldfrage

zu erörtern. Die Verantwortung der Reichsregierung für diese Fata Morgana muß mit aller Klarheit festgestellt werden. **Der Reichsregierung mangelt in der Richtung zum Einheitsstaat jeglicher Führerwille.** Ihr Verhalten auf der Konferenz war getragen von der Absicht, die Sache sich totlaufen zu lassen. Der zuständige Reichsminister des Innern hat nicht einmal das Wort ergriffen. Allerdings, wenn Herr von Keudell auf dieser Konferenz gesprochen hätte, es wäre nur eine Lusterschürterung mehr geworden. Seine Rede wäre vermutlich inhaltslos, sehr inhaltslos gewesen, aber [illegible] Man kennt die [illegible] Taten des Herrn von Keudell zur Genüge aus Reichstagsausschüssen. Daß eine Rückwärtsrevision der Verfassung vom Weimar im Sinne des föderalistischen Prinzips am entschlossenen Willen der deutschen Republikaner scheitern würde, das wissen schließlich auch Herr Marx sowie Herr Bazille und die Seinen. Der Sinn des negativen Ergebnisses der Länderkonferenz ist darum: Sabotage der nach vorwärts weisenden Bestrebungen. Wer die verstaubten reaktionären Ansichten überblickt, die auf dieser Konferenz geäußert worden sind, die Demagogie deutschnationaler Parteipolitiker, die Uneinigkeit reaktionärer Kirchturmspolitiker, dem kommt es scharf zum Bewußtsein, **daß das Reich zusammengehalten wird nur vom Verfassungswillen der deutschen Republikaner und daß es Zeit wird, daß mit Linkswahlen ein frischer Luftzug durch Deutschland weht.**

Der Wortlaut des falschen Orakels.

Die Entschließung der Länderkonferenz hat folgenden Wortlaut:

„Durchdrungen von der Ueberzeugung, daß der Wiederaufstieg unseres Volkes nur auf der Grundlage einer einmütigen und verständnisvollen Zusammenarbeit zwischen Reich und Ländern erfolgen kann, sind Reichsregierung und Länderregierungen nach eingehenden Beratungen zu folgenden Ergebnissen gelangt:

I. Reichsregierung und Ländervertreter sind der Auffassung, **daß die Weimarer Regelung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern unbefriedigend ist und einer grundlegenden Reform bedarf. Wenn auch darüber, ob die Reform die unitarischen oder die föderativen Kräfte stärken soll oder welche Vereinigung beider Kräfte in neuer Form möglich ist, eine Uebereinstimmung nicht erzielt werden konnte, so bestand doch darüber Einigkeit, daß eine starke Reichsgewalt notwendig ist.**

Im übrigen wurde in folgenden Punkten Einverständnis erzielt:

1. Jede Teillösung ist bedenklich. Insbesondere soll die Gesamtlösung nicht dadurch erschwert werden, daß leistungsschwache Länder vom Reich als „Reichsländer" aufgenommen werden. Finanziellen Notständen von Ländern, welche durch die Entwickelung der Verhältnisse eintreten, soll durch andere geeignete Maßnahmen entgegengewirkt werden, als solche kommen Dotationen nicht in Frage.

2. Das Reich soll seinen Machtbereich nicht durch finanzielle Aushöhlung oder ähnliche Maßnahmen zum Schaden der Länder erweitern.

3. Wenn kleinere Länder in Nachbarländer aufzugehen wünschen, so soll dieses Aufgehen nach Möglichkeit erleichtert werden. Die Auflösung der bestehenden zahlreichen Enclaven und Exclaven im Wege freier Vereinbarung erscheint wünschenswert.

4. Die Länder werden häufiger und beschleunigter als bisher untereinander Vereinbarungen zur Rechts- und Verwaltungsangleichung und -vereinfachung treffen, bei deren Abschluß die Reichsregierung mitwirkt.

5. Die Lösung des Gesamtproblems soll durch den Bericht eines Ausschusses vorbereitet werden, der zu gleichen Teilen von der Reichsregierung und den Länderregierungen besetzt wird. Die Regierungen der im Verfassungsausschuß des Reichsrats vertretenen Länder werden je einen Vertreter in den Ausschuß entsenden. Der Ausschuß hat das Recht der Zuwahl. Er kann Sachverständige hinzuziehen. Den Vorsitz des Ausschusses führt der Reichskanzler."

In einem Anhang zu dieser Entschließung stellt die Reichsregierung eine ganze Reihe finanzieller und an sich selbstverständlicher Maßnahmen in Aussicht. Uns fehlt jedoch der Glaube, daß die gegenwärtige Regierung in der Lage sein wird, diese Maßnahmen überhaupt durchzuführen.

Berlin, 19. Januar. (Eigener Funkbericht.)

Die Berliner Morgenpresse aller Richtungen weist übereinstimmend auf den negativen Ausgang der am Mittwoch abgeschlossenen Länderkonferenz hin. Der „Vorwärts" schreibt z. B.: „Die Länderkonferenz vom Januar 1928 wird in der Geschichte der deutschen Verfassung eine gleiche Berühmtheit werden, wie das Hornberger Schießen". Die „Vossische Zeitung" sagt: „Wenn man das Protokoll dieser Konferenz tragisch nehmen wollte, so müßte man tatsächlich daran verzweifeln, daß in absehbarer Zeit für eine Vereinheitlichung des Reiches irgend etwas wirksames geschehen könnte. Glücklicherweise werden ja die Verhältnisse mächtiger sein als selbst die Herren Ministerpräsidenten der Länder". Die „Tägliche Rundschau" erklärt: „Die auf der Länderkonferenz angenommene Entschließung ist in der grundlegenden Feststellung ein Kompromiß von einer sehr begrenzten Bedeutung". Auch die „Germania" spricht von einer Enttäuschung und bezieht sich dabei insbesondere auf den deutschnationalen Staatspräsidenten von Württemberg.

Um die Nachfolge Geßlers.

Die Deutschnationalen gegen Gröner.
Das Zentrum für Kardorff.

Berlin, 19. Januar. (Eigener Funkbericht.)

Die deutschnationale Presse läuft heute wie auf Befehl gegen den bisher aussichtsreichsten Kandidaten für das Reichswehrministerium, Gröner, Sturm. Die „Kreuzzeitung" sagt z. B., daß sie „eine Verwendung des General Gröner als Reichswehrminister nicht für tragbar" halte. Das dürfte gleichzeitig die Meinung des Vorsitzenden der Deutschnationalen Reichstagsfraktion und damit dieser Fraktion selbst sein. Auch die Deutsche Volkspartei hat inzwischen „gewisse Bedenken gegen die Ernennung des Generals Gröner zum Reichswehrminister geltend gemacht" und davon inzwischen unter anderem den Reichspräsidenten in Kenntnis setzen lassen. Merkwürdig ist, daß die volksparteiliche „Tägliche Rundschau" von diesen Bedenken nichts verzeichnet. **Trotzdem steht die Kandidatur Gröner noch wie vor im Vordergrund.** Außerdem wird neuerdings noch der volksparteiliche Abgeordnete v. Kardorff genannt. Als einziges Berliner Morgenblatt verzeichnet die „Germania" die Kandidatur des Abgeordneten v. Kardorff als „im Vordergrunde der Erörterungen stehend". Soll das etwa **die Vorbereitung zu dem neuesten Verzicht des Zentrums** auf eine bisher als grundsätzlich verfochtene Auffassung sein? Die Sozialdemokratie wird jedenfalls zu jedem Reichswehrminister, von dessen ehrlicher republikanischer Gesinnung sie nicht überzeugt ist, in die schärfste Opposition treten.

Die Gesetzesschusterei des Bürgerblocks.

Die Volkspartei läßt unter dem Druck der Opposition einen Zusatzantrag fallen.

Berlin, 18. Januar. (Eigener Bericht.) **Die interfraktionellen Verhandlungen der Regierungsparteien des Reichstages über den umstrittenen § 18a des Reichsschulgesetzes haben am Mittwoch zu dem Verzicht auf den betreffenden Paragraphen geführt. Der Antrag war von der Volkspartei eingebracht und dann von ihr unter dem Druck der Opposition [illegible]**

Dieser Vorgang ist bezeichnend für die Art, wie von den Regierungsparteien verantwortliche Politik gemacht wird.

Wird Keudell gegangen?

Wir glauben nicht, da Unfähigkeit bei den Deutschnationalen die beste Empfehlung für einen Ministerposten ist.

Berlin, 19. Januar. (Eigener Funkbericht.)

In ihrer heutigen Morgenausgabe glaubt die „Vossische Zeitung", darauf hinweisen zu sollen, daß in den allernächsten Tagen auch das zweite Sorgenkind des Reichskabinetts in der Person des Reichsinnenministers v. Keudell ausgeschifft würde. Angeblich soll er aus „Gesundheitsrücksichten" seine Entbindung vom Amt erbitten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß v. Keudell heute gesundheitlich nicht ganz intakt ist. Andererseits ist dieser deutschnationale Minister eine der unfähigsten Personen, die je auf exponiertem Posten gestanden haben. Aber weder das eine noch das andere war bisher oder ist gegenwärtig für den Bürgerblock ausschlaggebend, dem ehemaligen Kappisten von Keudell den Abschied zu geben. Wie oft sollte dieser Mann schon seinen Dienst als Reichsinnenminister quittieren? Vorerst haben sich diese Coloirgeschwätze über seine Demission nicht bewahrheitet, und so lange diese Demissionsgerüchte nach wie vor auf nichts anderes als auf diese Geschwätze zurückzuführen sind, glauben wir nicht daran, daß v. Keudell schon in absehbarer Zeit vom Schicksal ereilt wird und als Minister das Zeitliche segnet.

Kommunistisches Kandidatenraufen.

Im ganzen Reich sind die Kandidatenschiebungen der Zentrale-Kommunisten für die kommenden Reichstags- und Landtagswahlen in vollem Gange. Ein widerliches Gerauſe um die Mandate hat begonnen. In Württemberg ist der Oberschieber der Landtagsabgeordnete Schneck. Zwei kommunistische Landtagsabgeordnete Müller und Haller sind ausgeschlossen. Die Abgeordneten Stähler, Brönnle, Rehbach werden abgesägt. Der Abgeordnete Schumacher wird auf der Liste so weit nach hinten gesetzt, daß er bestimmt nicht wieder gewählt wird. Es ist also Platz geschaffen worden, damit die Kandidaten der württembergischen Stalinisten zu Mandaten kommen.

Aber — einen Haken hat die Sache trotzdem noch. Es sind mehr zentraltreue Bewerber vorhanden, als Mandate freigemacht worden sind. Die Folge ist, daß eine Kandidatenkonferenz der Kommunistischen Partei in Württemberg vergeht, in der es nicht zu heftigen Auseinandersetzungen der mandatslüsternen Stalinisten kommt.

Wie versicherte doch das Zentralorgan der Kommunistischen Partei in pathetisch revolutionären Tönen: „Für die Kommunistische Partei ist [illegible] in das Parlament einziehen. Zum unseren Gegnern der Zentrale-Bürokratie scheint das indessen nicht [illegible] zu sein.

Verschickung der russischen Oppositionsführer.

Endlich amtlich russische Bestätigung.

Moskau, 18. Januar. Eine Meldung der Telegraphenagentur der Sowjetunion bestätigt nunmehr, daß 30 Mitglieder der Opposition aus Moskau verschickt worden sind, darunter Trotzki und Radek. Eine Reihe anderer Personen, darunter Rakowski, wurden aufgefordert, Moskau zu verlassen. Sinowjew, Kamenew und andere wurden angesichts ihrer Erklärung über ihre Unterwerfung unter alle Beschlüsse und Bedingungen des 15. Parteitages von den Parteiorganen zur Arbeit nach der Provinz entsandt.

Erst wird aber eine Woche lang von der Kommunistischen Presse alles abgelogen.

Die Abreise Trotzkis aus Moskau.

Paris, 18. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Ein Telegramm des französischen Botschafters in Moskau, das am Mittwoch am Quai d'Orsay eingetroffen ist, bestätigt die Nachricht von der Verbannung Trotzkis. Der ehemalige Oberkommandierende der Roten Armee wurde Montag abend zur Bahn gebracht und nach Alma-Ata, einem Orte in der Nähe der chinesischen Grenze, verschickt. Eine große Menge hatte sich auf dem Bahnhof versammelt und veranstaltete lärmende Kundgebungen, denen der Führer der Opposition jedoch von den Sowjetbehörden entzogen wurde, indem er durch ein Nebentor zum Zuge gebracht wurde.

* * *

Demgegenüber heißt es in einem direkten Bericht des „B. T." aus Moskau: „Am Montag abend 9 Uhr 20 Minuten verließ Trotzki mit dem Taschkent-Zuge Moskau, um nach seinem Verbannungsorte Wjerny an der Grenze zwischen Russisch-Turkestan und China zu reisen. Am Tage zuvor hatten Radek und verschiedene andere Führer der Oppositionspartei Moskau nach ihren unbekannten Bestimmungsorten im östlichen Ural verlassen. Trotzki traf auf dem Bahnhof kurz vor Abgang des Zuges ein. Er befand sich unter Bedeckung einer Anzahl Polizisten.

Vor dem Bahnhofsgebäude hatte sich eine Menge von 1500 Personen angesammelt, um Trotzki zu sehen. Sie empfing ihn mit Hochrufen und sang die „Internationale". Trotzki hatte keine Gelegenheit, zu sprechen, obgleich die Polizei bei seiner Ankunft keinen Versuch machte, ihn zu behindern. Als sich der Zug in Bewegung setzte, rief die Menge: „Es lebe die Vereinigte kommunistische Partei! Es lebe der Vereinigte Komintern! Es lebe die Kommunistische föderative Union!"

Bei der Abfahrt Radeks hatte sich am Abend zuvor eine zweihundertköpfige Menge angesammelt."

Auch Gewerkschaftsführer werden deportiert.

Das sozialdemokratische Züricher „Volksrecht" erhält aus zuverlässiger Quelle folgenden Bericht über den Stalinkurs in Rußland:

„Zu denjenigen, die neben Trotzki, Kamenew, Rakowski usw. in erster Linie nach Sibirien oder in andere unwirtliche Gegenden Asiens verschickt wurden, gehören

die bisherigen Führer der russischen Gewerkschaften.

So traf das Los der Verbannung den auch in Westeuropa wohlbekannten Vorsitzenden des russischen Lebensmittelarbeiter-Verbandes, Kroll, ferner den Vorsitzenden des russischen Seeleutevrerbandes, sowie einen der ersten Sekretäre des russischen Metallarbeiterverbandes. Auch ein Redakteur des „Trud", des bekannten russischen Gewerkschaftsblattes, wurde deportiert.

Eine lange Reihe anderer Gewerkschaftsfunktionäre, die bloß im Verdacht standen, mit der Opposition zu sympathisieren, oder die schüchtern für diese ein Wort einlegten, traf

die Maßnahme der sofortigen Entlassung,

was für die meisten gleichbedeutend mit dem Hungerdasein ist.

Die Verschickung der Oppositionsführer nach Sibirien hat in Kreisen der alten Bolschewiki um so mehr Empörung hervorgerufen, als gleichzeitig mit ihr die Begnadigung der weißgardistischen Offiziere erfolgte.

Die Krise im Zentrum.

Vergebliche Vertuschungsversuche.

Berlin, 18. Januar. (Eigener Bericht.) Am Mittwoch nachmittag tagte im Reichstag der Vorstand der Zentrumsfraktion: Ueber den Verlauf der Beratungen wurde parteiamtlich folgender Bericht ausgegeben:

„Der Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstages trat heute zu einer Sitzung zusammen, die sich unter anderem in mehrstündigen Verhandlungen mit inneren Angelegenheiten der Partei beschäftigte. Die Beratungen konnten nicht zu Ende geführt werden, weil der Reichskanzler durch die sich über Erwarten lange hinziehende Länderkonferenz abgehalten wurde und mehrere andere Mitglieder des Vorstandes am Erscheinen verhindert waren."

Dieses Kommuniqué versucht u. E. zu verschleiern, was gar nicht der Verschleierung wert ist. Unseres Wissens hat nämlich der Reichskanzler auch an den Beratungen über die inneren Angelegenheiten teilgenommen und sich dazu geäußert. Er war nicht von Anfang an anwesend, aber er erschien noch rechtzeitig, daß er zu dem Streit mit Stegerwald und Imbusch Stellung nehmen konnte. Marx scheint von sich aus bereit, den Konflikt durch gegenseitige offentliche Erklärungen aus der Welt schaffen zu wollen. Eine endgültige Entscheidung darüber soll aber erst gefällt werden, wenn auch Imbusch, der nicht zum Fraktionsvorstand des Zentrums gehört und für Mitwoch auch nicht geladen war, seine Ansicht vertreten hat. Aber selbst wenn man sich zu derartigen Erklärungen entschließen sollte, dürften die inneren Gegensätze damit doch nicht ohne weiteres bereinigt sein. Auf sie dürfte erst in allen Einzelheiten der für den 28. und 29. Januar nach Berlin einberufene Parteivorstand eingehen. Von seiner Stellungnahme ist für die politische Entwicklung des Zentrums in nächster Zeit natürlich ebenfalls nicht sehr viel zu erwarten. Man fühlt sich eben mit den Deutschnationalen bis auf weiteres verheiratet und hat vorläufig trotz der Kritik im Lager der christlichen Arbeiterschaft gar keine Neigung, diese unnatürliche Ehe von heute auf morgen aufzugeben.

Diese Verschleierungsversuche sind wirklich kläglich. Ebenso jammervoll ist die Haltung eines Teiles der Zentrumspresse, insbesondere der Presse des rechten Flügels der Partei. Sachliches findet man in deren Ausführungen zur Krise überhaupt nicht gesagt, lediglich persönliche Sticheleien gegen Stegerwald und Imbusch. Dabei stellt sich immer mehr heraus, wie außerordentlich weit verbreitet die Unzufriedenheit im Zentrum ist und wie tief diese Unzufriedenheit geht. Sie würde auch in der Zentrumspresse viel stärker zum Ausdruck kommen, wenn nicht in den letzten Monaten ein großer Teil dieser Presse in die Hände eines großen Zeitungstrusts geraten wäre, der finanziell von Großindustriellen und Großgrundbesitzern beherrscht wird, wenn also nicht diese Blätter, wie die „Germania" und die „Kölnische Volkszeitung", auch die „Tremonia" in Dortmund, vom Großkapital den Mund gestopft erhalten hätten. Wie groß und tiefgehend die Unzufriedenheit trotz aller kleingeistigen Ableugnungsversuche subalterner Federfuchser ist, dafür heute zwei neue Beispiele:

Besonders bezeichnend für die Unzufriedenheit weiter Kreise des Zentrums mit der Politik der Parteileitung ist ein Artikel des „Westfälischen Volksblattes" mit der Ueberschrift „Opposition gegen die Zentrumsführung", in dem es heißt, daß die scharfen Worte, die in Oberhausen gefallen sind, sicherlich nicht nur die Auffassung von Imbusch darstellen, sondern die Gefühle jener vielen christlichen Bergarbeiter des Ruhrgebietes wiedergeben, die ihre Treue zum Zentrum in tausend Schlachten und unter tausend Opfern bewiesen haben und die auch mehr als einmal gezeigt haben, daß sie nicht nur standespolitisch, sondern auch staatspolitisch zu denken vermögen. Unter solchen Umständen müsse mit großer Besorgnis gefragt werden, wie das Zentrum in dem nächsten Wahlkampfe bestehen solle, wenn es nicht gelingt, die Liebe und das Vertrauen zur Partei und zur Parteiführung wiederherzustellen, die leider nicht mehr überall vorhanden sind. Alle Fehlschläge aber seien die Folge der jetzigen Regierungskoalition. Die Tatsache, daß all das Unglückselige der letzten zwölf Monate in dem einen oder anderen Zusammenhange mit der gegenwärtigen Regierungskoalition stehe, lasse sich nicht gar bestreiten.

* * *

In einem Leitartikel, der ein wahres Dokument der Zeitgeschichte ist, spricht der „Deutsche", das Organ der christlichen Gewerkschaften, von der Erbitterung der Arbeiter und Angestellten, die bisher den bürgerlichen Parteien Heerfolge geleistet haben. Die Arbeitnehmer sind empört über ihre Aschenbrödelrolle, die „mit völliger Ausnutzung und gleichzeitiger Geringschätzung verbunden ist."

„Was man politisch für notwendig hält, sind nicht die Arbeitnehmer, sondern ihre Wahlstimmen. Um um dieser Wahlstimmen willen macht man ein freundliches Gesicht und spricht schöne Worte, obschon es innerlich ganz anders ausschaut und insgeheim, in bestimmten Zirkeln, ganz andere Töne laut werden. Und hier wird auch

gegen die Arbeiter- und Gewerkschaftssekretäre gewettert, die als selbständiger Willensausdruck der Arbeitnehmer recht unbeliebt sind.

Und weil diese geheimen Reden gar nicht so selten sind, deshalb wird die Wendung von den „Gewerkschaftssekretären" und deren unsachliches Streben gewohnheitsgemäß auch dort mal angewandt, wo es „taktisch" unklug ist. Derartiges passiert gewiß nicht nur dem Reichskanzler Marx; das ist vor ihm schon vielen anderen passiert und sehr wahrscheinlich wird zukünftig noch erst recht von den Gewerkschaftssekretären geredet werden. Sicher nicht nur in der Zentrumspartei. Denn auch darüber wollen wir gar keinen Zweifel aufkommen lassen: es sind nicht nur die Arbeitnehmer in der Zentrumspartei unzufrieden.

Auch in den anderen bürgerlichen Parteien sind die Arbeitnehmer, d. h. auch die Angestellten „geladen".

Nur fehlt hier zum Teil noch die Stoßkraft und der direkte Anlaß zum „Krach", so wie etwa der bekannte Brief des Reichskanzlers Marx das Signal zum Angriff für die Zentrumsarbeiterschaft ist. **Um dieses Briefes willen regte sich die Zentrumsarbeiterschaft gewiß nicht so auf. Sie sieht in ihm nur ein bezeichnendes Symptom für die vorherrschende Stimmung in der Partei, die in den letzten Jahren sich stark zuungunsten der Arbeitnehmer geändert hat."**

Und an anderer Stelle dieses Artikels heißt es:

„Die Zeit, wo die Arbeitnehmer sich mit schönen Gesten zufrieden gaben, ist endgültig vorbei.

Gegen die Zuteilung der Aschenbrödelrolle in der Partei und im Staate werden sich die Arbeitnehmer mit aller Energie zur Wehr setzen."

Der Minderheitenwahlblock in Polen

Warschau, 18. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Minderheitenwahlblock hat sich nach langen Kämpfen am Mittwoch konstituiert. Auf der Staatsliste kandidiert an erster Stelle der Ukrainer Lewicki, an zweiter Stelle der jüdische Zionist Grünbaum, an dritter der Weißrusse Jeremicz, an vierter der Deutsche Neumann, der bisherige Vorsitzende der deutschen Sejmfraktion. Die Litauer und sozialistischen Minderheitsparteiler gehen teils mit der PPS., teils haben sie besondere Listen aufgestellt.

Vertrauenskundgebung für Daladier

durch den Exekutivausschuß der Radikalen.

Paris, 18. Januar. (Eig. Funkbericht.)

Das Exekutiv-Komitee der Radikalen Partei befaßte sich gestern mit der Haltung der radikalen Fraktion während der Debatte über die Verhaftung der kommunistischen Abgeordneten. Damals folgte trotz der offiziellen Kriegserklärung des Parteiführers Daladier an die Regierung nur ein kleiner Teil der Fraktion ihrem Führer. Ein größerer Teil stimmte für Poincaré. Andere Abgeordnete enthielten sich der Stimme.

Die außerordentlich bewegte Debatte im Exekutivkomitee schloß mit der Annahme einer Entschließung, in der zunächst erklärt wird, daß die Gewissenhaftigkeit keines einzigen Mitgliedes der Parlamentsfraktion in Zweifel gezogen werden dürfe. **Da aber in der Kommunistendebatte die Regierung eine der wesentlichsten Freiheiten des Parlaments angetastet habe, für die die Radikale Partei immer eingetreten sei, sei Daladier für sein mutiges Auftreten besonders zu beglückwünschen.**

Der Kampf um das französische Rekrutierungsgesetz.

Ablehnung eines sozialistischen Antrags.

Paris, 17. Januar. Zu Beginn der heutigen Nachmittagssitzung der Kammer stellte bei Weiterberatung des Rekrutierungsgesetzes der sozialistische Abgeordnete Renaudel den Antrag, daß es dem Parlament überlassen bleiben möge, anläßlich der Budgetberatung darüber zu beschließen, ob eine Einberufung der Reservisten alljährlich geboten sei. Gegen diesen Antrag wandte sich Kriegsminister Painlevé. Er betonte, daß ohne Reservistenübungen die Sicherheit nicht gewährleistet werden könne. Er stellte gegen die Annahme des Antrages die Vertrauensfrage. Der Antrag wurde mit 355 gegen 180 Stimmen abgelehnt.

Petroleum.

Roman von Upton Sinclair.

Copyright 1927 by Malik-Verlag A.-G., Berlin W. 50.

38] (Nachdruck verboten.)

Paul war der Ansicht, daß man, wollte man die Frage der Vererbung erworbener Eigenschaften lösen, versuchen müsse, den Tieren eine neue Eigenschaft zu scheiten und zu beobachten, ob die nächsten Generationen diese Eigenschaft leichter entwickeln. Der Vater verstand dies sofort, warf ein, man könnte darüber etwas lernen, indem man Trauben und deren Stammbäume studierte. Der Vater hörte gern mehr über derartige Fragen gehört; Paul hatte ein Buch über dieses Thema mit und stellte es ihm zur Verfügung. Kurz nach die Teller, und Paul ging Holz holen. Der Vater sah Bunny an und sprach: „Das ist ein prächtiger Bursche, mein Sohn". Bunny wurde bis an die Haarwurzeln rot vor Stolz; hatte doch er Paul entdeckt, genau wie das Petroleumfeld von Varedije.

Der Vater begann mit Paul geschäftlich zu reden. Zunächst wünschte die Farm besichtigen; Paul einverstanden, er hätte sich die Sache überlegt, willigte ein, falls sie ein gerechtes Abkommen treffen; er hätte tausendvier Dollars erspart, wollte einige Jungen kaufen, im Frühling Bäumen pflanzen und Erdbeeren, die im folgenden Jahr etwas einbringen würden. Er wäre bereit, Herrn Roß die Hälfte des Ernteertrages zu geben. Darüber konnten sie sich prompt nicht einigen, denn der Vater fand, daß er Paul als Verwalter des Hofes bezahlen müsse; Paul hingegen war der Ansicht, daß er auf diesen Vorschlag nicht eingehen könne; er wollte die Hälfte der Ernte als Pacht abgeben, wie dies hier allgemein üblich war. Auch [illegible] Paul in ein Zelt verfrachten. Herr Roß sagte: nein; er hätte vor, sich ein Landhaus zu bauen, besser als das Bungalow; Paul könnte den Zimmerleuten helfen und dabei etwas verdienen. Paul erklärte, daß er bis auf Fenster und Türen das Haus selbst aufführen könnte; auf einer Farm müsse man sich auf allerhand Arbeiten verstehen. Herr Roß fragte Kurz, ob sie bei Paul bleiben wollte; Paul jedoch meinte, es wäre besser, wenn Kurz [illegible] in Bakersfield [illegible] bis sich der Vater an den Aufenthalt gewöhnt habe. Da sei [illegible], [illegible] zu [illegible], besonders jetzt, da Eli fort sie brauche.

Herr Roß erkundigte sich nach Eli und der Position Elias. Vorige Tage nach Eli's Predigt in der Kirche von Bakersfield hatte die Gemeinde von Rosenville eine Deputation zu ihm gesandt: sie hätte von seinem Wandern gehört und bäte ihn, auch vor ihr zu predigen. Eli predigte, die „Zeichen" mehrten sich, und der neue Prophet wurde immer kühner. Nun wurde er bereits in einer prachtvollen Limousine durchs Land gefahren; im Auto lagen aufgehäuft die Krücken der Lahmen, die er „geheilt" hatte. Diese Krücken wurden jeder neuen Gemeinde gezeigt, und meist kamen dann noch weitere hinzu. Auf das Haupt des Propheten prasselte ein Dollar- und Banknotenregen nieder. Eli hatte nun auch einen Titel angenommen, nannte sich „Der Bote des zweiten Kommens", erklärte, durch ihn werde die Stunde der Wiederkehr Christi auf Erden verkündet werden. Bisweilen riß er ganze Gemeinden mit, die sich zum Wahren Wort bekehrten. Manchmal spalteten sich die Gemeinden, und es mußte an dem Ort eine neue Kirche erbaut werden.

„Wie macht er es denn eigentlich?" fragte Herr Roß.

„Er hat [illegible]", entgegnete Paul. „Sie können auch in dieser Gegend mit Geistern sprechen. Ich las ein Werk über Suggestion; anscheinend [illegible] sich seit Jahrtausenden derartige Phänomene."

„Schickt er der Familie Geld?"

Paul lächelte etwas grimmig: „Das Geld ist geheiligt, gehört dem Heiligen Geist, und Eli ist sein Schatzmeister."

VII.

Am folgenden Morgen zogen sie aus, um zu fischen; vorerst jedoch suchten sie Herrn Hardacre auf. Ehe sie das Büro betraten, warnte der Vater: „Sag' kein Wort und schreibe keine Gedichte. Ueberlasse alles mir." Sie traten ein, und Herr Hardacre teilte ihnen mit, daß der junge Bundy im Auftrage seines Vaters ihm die Farm für zweiundzwanzig Dollars angeboten hatte. Bunny's Herz pochte heftig, und es war gut, daß ihn der Vater gewarnt hatte; sonst hätte er bestimmt gerufen: „Nehme sie, Mütterchen, nehme sie!" So aber beherrschte er sich, sah fest da, während der Vater sagte: „Heiliger Gott, wozu hält uns der Kerl?"

Herr Hardacre wies darauf hin, daß die Farm etwa zwanzig Meter unter Kaufpreis [illegible]. Herr Roß rief: „Gut, lassen wir [illegible] Ton, mit [illegible]; [illegible] bekommt, daß der junge Bundy für seine [illegible] Meter Stellen der Meter [illegible] Dollars [illegible] will. Er [illegible] uns für Geschäfte zu halten."

„Um Ihnen die Wahrheit zu gestehen, Herr Roß", erklärte Herr Hardacre, „er weiß, daß Sie ein Petroleummann sind und glaubt, daß Sie auf seinem Boden bohren wollen."

„Schon recht, er soll jemand suchen, der auf seinem Boden bohrt. Findet er Petroleum, so werde ich auch auf dem meinen bohren. Inzwischen habe ich Land genug, um darauf so viel Wachteln zu schießen, wie das Gesetz während einer Jagdsaison gestattet."

Schließlich sagte der Vater, er sei bereit, zwölftausend bar zu zahlen. Würde dieser Vorschlag nicht angenommen, so vergäße er das Ganze. Dann stiegen sie ins Auto. Bunny flüsterte: „Vater, riskierst du nicht zu viel?" „Laß sie doch noch eine Weile eingepfählt. Ich habe bereits genug Land, um zu bohren."

„Aber, Vater, wenn er einen anderen bohren läßt!"

„Mach' dir keine Sorgen. Du bist auf die Farm versessen, aber kein anderer in der Gegend ist es, und der junge Bundy wird der Sache bald überdrüssig werden. Jetzt wollen wir angeln."

Am folgenden Morgen nahmen sie Abschied von Paul, verbrachten den Tag wieder fischend in den Bergen und fuhren am Abend nach Beach City zurück. Bunny besuchte weiter die Schule, erfüllte seine Verpflichtungen als Kassierer der Baseball-Mannschaft, und der Vater ging daran, auf dem Armitage-Feld viel und auf dem Wagstaff-Feld drei neue Quellen zu bohren.

Währenddessen hatten die Völker Europas zwei mächtige Todesfronten gezogen, die den ganzen Kontinent umspannten. Millionen von Menschen rasten, wie von einem ungeheuerlichen Zauber erfaßt, nach diesen Fronten. Die Zeitungen berichteten von Schlachten, die Monate währten, der Preis der Erdölprodukte stieg und stieg und machte J. Arnold Roß reicher und reicher.

Der Sommer kam: Bertie war nun eine junge Dame von achtzehn Jahren, ein schönes, glänzendes Geschöpf. Ihre Kleider wären für eine Zirkusreiterin auffallend genug gewesen. Ihre schlanken, feinen Beine waren von zartesten, durchsichtigsten Seidenstrümpfen umschmiegt, ihre spitzen Schuhe wiesen keinen Knöpfer auf. Trug Bertie ein purpurnes oder orangefarbenes oder grünes Kleid, so hatte sie stets die gleichfarbenen Schuhe, Strümpfe, Handschuhe, ja sogar den Hut und die Handtasche gleicher Farbe. Der Vater meinte, sie werde auch bald das zum Kleid passende Auto verlangen. Er empfand eine etwas grimmige Befriedigung über die [illegible] Neigungen. Der [illegible] junge Schmetterling, den er mitausbrüten geholfen hatte, verwirrte ihn ein wenig.

(Fortsetzung folgt.)

Der Forstetat vor dem Landtag.

Die Sozialdemokratie für höhere Löhne der Forstarbeiter.

Berlin, 18. Januar. (Eig. Bericht.) In der Mittwochsitzung des Preußischen Landtages begann die zweite Lesung des Haushaltsplanes beim Forstetat.

Berichterstatter **Abg. Peters-Hochdonn** (Soz.) teilt mit, daß der Hauptausschuß den voraussichtlichen Ueberschuß der Forstverwaltung um 10 Millionen Mark höher veranschlagt habe, als der Etatentwurf. Er tadelt den übermäßigen Bauaufwand bei den Dienstwohnungen der Oberförster, die zum Teil teurer geworden seien als die Wohnungen des Ministers und seines Staatssekretärs.

Abg. **Heisi** (D. Vp.) schlägt zur Erhöhung des Ueberschusses der Forstverwaltung vor, den Oberförstern beim Holzverkauf mehr freie Hand zu lassen; allerdings müsse man ihnen dann eine gewisse geschäftliche Ausbildung geben.

Abg. **Brandenburg** (Soz.):

Die Klagen der Forstarbeiterschaft über Nichtachtung und schlechte Behandlung der Betriebsräte sind erfreulicherweise nicht mehr so zahlreich wie in früheren Jahren. Das Verdienst an der Beseitigung dieser Uebelstände können wir Sozialdemokraten für uns in Anspruch nehmen. (Sehr wahr! bei den Soz.). Nur in Ostpreußen lassen die leitenden Forstbeamten den guten Willen vermissen, die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes und die Anordnungen ihres eigenen Ministers durchzuführen. Wir erwarten vom Minister, daß er mit aller Energie gegen diese rückständigen Beamten vorgeht. Sehr gut! bei den Soz.) Entgegen den Tarifen wird noch immer in einer Anzahl von Fällen der Versuch gemacht, die Akkordsätze nicht zu vereinbaren, sondern zu diktieren. Die landwirtschaftlichen Unternehmerverbände arbeiten unermüdlich daran, den Tarifvertrag der Staatsarbeiter überhaupt zu beseitigen und sie unter die Landarbeitertarife zu bringen. Dabei ist die Lohnpolitik der landwirtschaftlichen Arbeitgeber rettungslos verfahren, und es ist für die Staatsregierung gewiß nicht verlockend, da mitzumachen. Wenn auch einzelne höhere Forstbeamte sich an dem Bemühen beteiligen, die Löhne der Forstarbeiter zu drücken, so ist der Grund dieser Haltung sehr durchsichtig: sie wollen billige Arbeitskräfte für die Bewirtschaftung ihres Landes. Ich stelle mit Genugtuung fest, daß in der uns vorgelegten Spardenkschrift über die Forstverwaltung die Lohnfrage vernünftig abgehandelt ist. Mit Recht hat der Landwirtschaftsminister hervorgehoben, daß die preußischen Forstarbeiterlöhne noch hinter den Löhnen zahlreicher anderer deutscher Länder zurückbleiben. Ich hoffe deshalb auch, daß die soeben eingereichten Anträge der Gewerkschaften auf Lohnaufbesserung freundlich aufgenommen werden. Unsere Anträge auf Gewährung von Unterstützungen an alte Forstarbeiter hat das Ministerium zwar in jedem einzelnen Falle sehr wohlwollend erledigt, aber die Forstarbeiter legen mehr Wert auf einen Rechtsanspruch als auf dieses Entgegenkommen. Ganz veraltet und vorsintflutlich sind die Tarifvertragsbestimmungen über die Pflicht der Staatsforstarbeiter, auf dem Privatland des Försters zu arbeiten. Die Anträge der Forstarbeiter auf Errichtung von Siedlungshäusern werden von zahlreichen Regierungen unverantwortlich verschleppt.

Wir hoffen, daß die Regierung die Forstarbeiterlöhne entsprechend der tatsächlichen Teuerung erhöhen und damit einer starken Arbeitergruppe die Anerkennung zuteil werden lassen wird, auf die sie nach ihrer schweren und gefährlichen Arbeit Anspruch erheben kann. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Abg. v. **Treskow** (Dnat.) fordert höhere Holzzölle. — Abg. **Schweizer** (Ztr.): Die Sparmaßnahmen, die der Finanzminister durchführen will, werden zum Schaden der Forstwirtschaft und Volkswirtschaft ausschlagen. — Abg. **Barteld** (Dem.) verteidigt die Spardenkschrift.

Landwirtschaftsminister Dr. **Steiger:**

Der diesjährige Ueberschuß des Forsthaushalts ist 2,3 Millionen höher als im Vorjahr. Aber 75 Prozent der Einnahmen werden von den Ausgaben verschlungen. Im Jahre 1913 waren es nur rund 50 Prozent. Die Verschlechterung der Betriebskoeffizienten beruht wesentlich auf der Steigerung der Löhne und Gehälter. Damit sage ich durchaus nicht, daß die Löhne zu hoch sind. Mit einer Ausnahme zahlen sämtliche deutschen Länder und sämtliche Kommunalforsten höhere Löhne. Ich kann den Lohn der Forstarbeiter auch nicht nach den Landarbeiterlöhnen bemessen lassen; denn der Landarbeiter hat Deputate und dauernde Arbeit. Ich halte mich für verpflichtet, auch in Zukunft die Löhne der Forstarbeiter für ganz Preußen im Einvernehmen mit den großen Arbeitnehmerorganisationen tariflich festzulegen und muß mit einer weiteren Steigerung der Löhne rechnen. (Bravo! bei den Soz.) Um so dringlicher sind Sparmaßnahmen und Rationalisierung der Forstwirtschaft. Ich halte an allen Vorschlägen der Spardenkschrift fest und habe in diesem Sinne neue Geschäftsanweisungen herausgegeben.

Abg. **Kraft** (Soz.) fordert den Landwirtschaftsminister auf, die Auflösung der Forstgutsbezirke zu unterstützen und dabei auf die Bildung leistungsfähiger Gemeinden hinzuwirken. Die Sozialdemokratie sei gern bereit, am Ausbau der Produktivität des Forstbetriebes mitzuarbeiten.

Nach einer ganzen Anzahl weiterer Redner wird die Generaldebatte geschlossen. Nächste Sitzung: Donnerstag.

Die württembergische Industrie gegen Bazille.

Für Vereinheitlichung des Reiches. — Gegen die deutschnationale Zollpolitik.

Die württembergische Industrie denkt, wie uns aus Stuttgart berichtet wird, über den deutschen Einheitsstaat und die Notwendigkeit einer Verwaltungsreform wesentlich anders als Württembergs deutschnationaler Staatspräsident Bazille. In einer Entschließung haben sich die württembergischen Industrie- und Handelskammern für eine Verbilligung der innerdeutschen Verwaltung, einen internationalen Zollabbau und eine gradlinige und zielsichere Diskont- und Kreditpolitik eingesetzt. Zu dieser Entschließung führte eine von den Kammern durchgeführte Erhebung über die verminderte deutsche Wettbewerbsfähigkeit im Ausland, unter der namentlich die württembergische Fertigindustrie zu leiden hat. Die Not der Industrie steht nach Auffassung der Kammer in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Verwaltungsluxus in Deutschland. Deshalb fordert die Entschließung u. a.:

„Für Württemberg ergibt sich die dringende Forderung, zunächst die Verbilligung der innerdeutschen Verwaltung herbeizuführen, wobei nötigenfalls auch liebgewordene, aber untragbare Einrichtungen der Vergangenheit angesichts der ernsten Gegenwart und Zukunft geopfert werden müssen."

Diese Resolution der württembergischen Industrie gibt die allgemeine Stimmung der deutschen Wirtschaftskreise wieder. Damit wird sich am Donnerstag u. a. auch das Präsidium des „Reichsverbandes der Deutschen Industrie" in Berlin beschäftigen.

Neue Aufstände in Mexiko.

Die Rebellen nach schweren Kämpfen geschlagen.

Mexiko, 19. Januar. (Eigener Funkbericht.)

In einzelnen Teilen Mexikos sind in den letzten Tagen wieder Aufstände zu verzeichnen. Die Regierung hat gegen die Rebellen sofort starke Truppenkommandos eingesetzt und dort, wo das Gelände unzugänglich ist, Kampfflugzeuge zur Säuberung benutzt. Der Aufstand ist zum großen Teil bereits nach schweren Kämpfen niedergeschlagen worden. Die Rebellen sind flüchtig und haben zahlreiche Tote und Kriegsmaterial zurückgelassen.

Treu monarchistische Richter.

Piscators Berufung abgewiesen.

Berlin, 18. Januar. (Eig. Bericht.) In dem Rechtsstreit Wilhelms II. gegen Erwin Piscator wegen der Darstellung seiner Person in dem Theaterstück „Rasputin" hat der 10. Zivilsenat des Kammergerichts in Berlin die Berufung Piscators gegen das erstinstanzliche Urteil zurückgewiesen. Das vom Landgericht ausgesprochene Verbot der Darstellung Wilhelms II. auf der Bühne bleibt damit aufrechterhalten. Die schriftliche Begründung dieses Urteils liegt einstweilen noch nicht vor. Aus der kurzen mündlichen Begründung des Vorsitzenden ergibt sich jedoch, daß das Gericht die Bestimmungen des Kunstschutzgesetzes über das Recht am eigenen Bilde auch auf das Bühnenbild angewendet hat. Freilich bestimmt dieses Gesetz, daß Personen, die der Zeitgeschichte angehören, kein Recht auf den Schutz ihres eigenen Bildes haben, falls nicht ihre berechtigten Interessen durch die Darstellung verletzt werden. Eine solche Verletzung könne aber, so heißt es in der Begründung, auch durch die Worte erfolgen, die einer Person auf der Bühne in den Mund gelegt werden.

Praktisch hat diese Entscheidung insofern keine Bedeutung mehr, als inzwischen das Drama „Rasputin" vom Spielplan der Piscator-Bühne abgesetzt worden ist. Bei den Worten, die Wilhelm II. in dem Stück „Rasputin" „in den Mund gelegt" worden waren, handelte es sich ausschließlich um authentische Aeußerungen des ehemaligen deutschen Kaisers. Wir stellen deshalb nicht ohne Vergnügen fest, **daß das Gericht in der Wiedergabe dieser authentischen Aeußerungen eine Verletzung der berechtigten Interessen Wilhelms des Letzten erblickt.** Daß deutsche Richter im zehnten Jahre der Republik mit so mimosenhafter Empfindlichkeit die Interessen des davongelaufenen Monarchen schützen, paßt ganz in das geläufige Bild der deutschen republikanischen Justizpflege. Es ist nur schade, daß diese Richter nicht am 27. Januar auf die ehemals übliche Ordensauszeichnung zum Danke für ihre Dienstwilligkeit gegenüber dem ehemaligen Kaiser rechnen dürfen. Vielleicht wird ihnen aber aus Doorn eine Photographie von IHM in schwarz-weiß-rotem Rahmen und mit SEINER persönlichen Unterschrift zur Verschönerung bestimmter Orte ihrer Wohnung übersandt.

Vom Prozeß Schreck.

Fälschungen, um die Pazifisten hereinzulegen.

Leipzig, 17. Januar. (Eig. Bericht.) In dem Landesverratsprozeß gegen Schreck und Genossen wurde in der Dienstag-Verhandlung die Zeugenvernehmung fortgesetzt. Sie ergab, daß der Kaufmann Enderle-Berlin die Stempel für Schreck angefertigt hat. Der Kaufmann Kuhn in Berlin hat wiederholt Stammrollenlisten für Schreck vervielfältigt. Ihm war Schreck nur als Hauptmann Heinicke beim Reichswehrministerium bekannt.

Auch das Reichswehrministerium ist auf den Schwindler Schreck hereingefallen. Das ergab sich u. a. aus der Aussage einer Zeugin, die für Schreck mehrere Denkschriften gegen Entgelt vervielfältigt hatte. Von 12 anzufertigenden Denkschriften hatte Schreck nur eine abgeholt. Da sich Schreck der Zeugin als ein Hauptmann vom Reichswehrministerium vorgestellt hatte, in dessen Auftrag er die Arbeiten anfertigen ließ, entschloß sich die Zeugin nach einigen Wochen, die Denkschriften persönlich ins Reichswehrministerium zu bringen, um in den Besitz ihres Arbeitslohnes zu kommen. Im Reichswehrministerium wurde sie von einer Abteilung in die andere geschickt. Zuletzt wurden ihr die Denkschriften doch noch abgenommen und bezahlt. **Danach scheint es, als wären damals im Reichswehrministerium ähnliche Denkschriften vorhanden gewesen.** Der als Zeuge vernommene Vertreter des Reichswehrministeriums schwieg sich darüber aber aus. Es schien, als wenn ihm diese Angelegenheit sehr peinlich sei. Nur der Vorsitzende erklärte, daß es „menschlich begreiflich" sei, wenn das Reichswehrministerium die gefälschten Denkschriften der Frau abgenommen und bezahlt habe.

Der dann als Zeuge vernommene pazifistische Schriftsteller Jakob Salomon will im März 1926 zum ersten Mal die Lichtbilder des Protokolls, das sich mit der Landesverteidigung beschäftigt, gesehen und sofort als Fälschung erkannt haben. Er war überzeugt, daß gewisse Kreise ein Interesse hatten, die Pazifisten hereinzulegen. Der Zeuge will dieses Protokoll bereits von Professor Quidde erhalten haben. — Der Schriftleiter Helmut von Gerlach hatte die Mitteilung von Quidde erhalten, daß diesem auffällige Schreiben von einem angeblichen republikanischen Reichswehroffizier zugesandt worden waren, um sie zu verwenden. Es waren dies 50 Seiten starke Schriftstücke, überschrieben „Die Probleme der Landesverteidigung". Gerlach erklärt, er habe sofort erkannt, daß hier ein Fälscher am Werke war, um die pazifistischen Kreise hereinzulegen und um nach Abdruck dieses Materials zu erreichen, daß es dem Oberreichsanwalt ausgeliefert wurde. Das Material sei auch geeignet gewesen, Stimmung gegen die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zu machen.

Es wurden dann noch der Schriftsteller Lehmann und der Geschäftsführer des Jungdeutschen Ordens, Bornemann, vernommen. Beide haben nach ihrer Aussage im März 1926 Kenntnis von den Protokollen erhalten. Sie waren sofort überzeugt, daß es sich um Fälschungen handele. — Die Verhandlungen werden am Donnerstag fortgesetzt.

Heute Beginn der Etatsberatung.

Berlin, 18. Januar. (Eigener Bericht.)

Die neue Tagungsperiode des Reichstags beginnt am Donnerstag mit der Beratung des Reichsetats. Sie wird zu einer großen politischen Debatte Anlaß geben, die bis Sonnabend dauern wird. Eingeleitet wird diese Debatte durch eine Rede des Reichsfinanzministers Dr. Köhler. Ihm obliegt die undankbare Aufgabe, einen Etat zu vertreten, der im Gegensatz zu den vorjährigen pessimistischen Ankündigungen des Ministers von dem größten Optimismus getragen ist. Da die Etatsberatungen im Haushaltsausschuß des Reichstags bereits begonnen haben, ist nicht anzunehmen, daß die finanzpolitische Rede des Finanzministers den weiteren Verlauf der Debatte ausschlaggebend beeinflussen wird. Für die Sozialdemokratische Fraktion spricht der Abgeordnete Severing. Es ist das erste Mal, daß Severing in diesem Reichstag das Wort ergreift. Seine Rede, die eine innerpolitische Abrechnung mit dem Bürgerblock bringen dürfte, wird deshalb im Mittelpunkt der großen politischen Aussprache stehen.

Die neue Regierung in Danzig.

Ein Sozialdemokrat Vizepräsident.

Danzig, 18. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Danziger Volkstag vollzog am Mittwoch die Neuwahl des parlamentarischen Senats. Da die neue Koalition, bestehend aus Sozialdemokratie, Zentrum und Liberalen, mit 66 Sitzen von 120 über eine Mehrheit verfügt, ging die Wahl trotz der gemeinsamen Opposition der Deutschnationalen und Kommunisten glatt vor sich. Die Kommunisten konnten es sich nicht versagen, in einer viel Heiterkeit auslösenden Erklärung dem neuen Senat ihre Opposition anzukündigen, weil er „eine Agentur des Völkerbundes zur Bekämpfung Sowjetrußlands" darstelle. Sie traten demgegenüber für die Bildung einer Arbeiter- und Bauernregierung ein. Das ist insofern mehr als blödsinnig, als das Bauerntum in Danzig keine ausgesprochene Interessenvertretung in der Deutschnationalen Partei hat.

Es waren 14 Senatoren zu wählen, von denen acht auf die Sozialdemokratie, vier auf das Zentrum und zwei auf die liberale Gruppe entfielen. Zum Vizepräsidenten des Senats wurde Julius Gehl, der langjährige Führer der Danziger Sozialdemokratie, gewählt. Gehl hat auch dieses Amt bereits in der früheren Linkskoalition erfolgreich geführt. Da auch die polnische Gruppe für die Kandidaten der Koalition stimmte, erhielten diese 69 Stimmen.

Ihr Programm wird die neue Regierung, zu der außer den 14 parlamentarischen Senatoren noch die bis zum Jahresschluß amtierenden sieben Beamtensenatoren gehören, in der nächsten Woche dem Parlament vorlegen. Das Kernstück dieses Programms wird eine Erklärung zur Verständigung mit Polen und die Aenderung der Verfassung zur Einführung des vollparlamentarischen Systems bilden.

Gegen zu hohe Pensionen.

Anträge der Sozialdemokratie im Haushaltsausschuß des Reichstages.

Berlin, 17. Januar. (Eigener Bericht.) Der Haushaltsausschuß des Reichstages befaßte sich am Dienstag mit dem „Haushalt für Versorgungs- und Ruhegehälter". Dazu brachte der sozialdemokratische Abgeordnete Roßmann folgende Entschließung ein:

„Die Reichsregierung zu ersuchen, dem Reichstag unverzüglich den Entwurf eines Gesetzes über die Festsetzung einer Höchstpension und Regelung der Pensionskürzung bei hohen Arbeitseinkommen vorzulegen."

Das hier von der Sozialdemokratie geforderte Gesetz ist von der Bürgerblockregierung bereits im Dezember zugesagt worden, ohne daß es bisher vorgelegt worden wäre. Der Reichskanzler verbürgte sich für diese Zusage in der Zentrumsfraktion sogar persönlich und hielt so einen großen Teil der Zentrumsabgeordneten ab, schon damals im Plenum des Reichstages für einen sozialdemokratischen Antrag auf Festsetzung von Höchstpensionen zu stimmen. Im anderen Falle wäre der sozialdemokratische Antrag zweifellos angenommen worden. Sein Wort aber hat Marx bis heute nicht eingelöst. Der Zentrumsabgeordnete Imbusch hat dagegen recht behalten, als er dem Reichskanzler damals nach seiner persönlichen Zusage vor versammelter Fraktion ins Gesicht sagte:

„Da die Zusage von dem Reichskanzler gemacht wird, besteht für mich Anlaß genug, für den sozialdemokratischen Antrag zu stimmen."

Imbusch hat sein Wort gehalten und für den sozialdemokratischen Antrag gestimmt — Marx aber hat seine Zusage bis heute noch zu erfüllen. Ob er jetzt wenigstens sein Wort einlöst, nachdem der sozialdemokratische Antrag vom Haushaltsausschuß mit 11 gegen 9 Stimmen angenommen worden ist?

Der Haushaltsausschuß verabschiedete am Dienstag u. a. noch einen Antrag auf Vorlegung eines Pensionsgesetzes für politische Beamte und einen Antrag auf vermehrte Einstellung der Versorgungsberechtigten in die Reichsbetriebe. Im Verlauf der Debatte wies der Abgeordnete Stücklen (Soz.) auf den unglaublichen Zustand hin, daß nach dem Etat 75 Offiziere in dem Range eines Generalmajors, 37 im Range eines Generalleutnants und 15 im Range eines Generals Pension erhalten. Diese Männer seien vorzeitig bei voller Gesundheit pensioniert worden, damit der Nachfolger einrücken konnte. Stücklen behielt sich vor, auf diese Angelegenheit bei dem Wehretat zurückzukommen. Er verwies dann noch darauf, daß die Ehrenzulage für Inhaber militärischer Orden und Ehrenzeichen sich nicht vermindere, sondern sogar noch zunehme, so in Sachsen, Württemberg und Bayern.

Insgesamt schließt der Haushalt für Versorgungs- und Ruhegehälter mit 1780,3 Millionen Mark ab. Er ist damit der größte aller Etats.

Das britische Memorandum zur Sicherheitsfrage.

Schiedsgerichtsbarkeit nur für Rechtsstreitigkeiten.

Genf, 18. Januar. Das Memorandum der britischen Regierung an das Sicherheitskomitee des Völkerbundes, das im Februar in Genf zusammentreten soll, ist heute veröffentlicht worden. Das Dokument ist dreißig Seiten stark. Der erste Teil bezieht sich auf die Schiedsgerichtsbarkeit. Es betont die Notwendigkeit zwischen Differenzen juristischer Art und solchen nichtjuristischer Art zu unterscheiden. Die britische Regierung ist der Ansicht, es sei das Gegebene, den Sinn des Schiedsvertrages auf diejenigen internationalen Abmachungen zu beschränken, welche Differenzen juristischer Art verhandeln. Die britische Regierung erneuert die Vorbehalte betreffend die Zustimmung zur Fakultativklausel des Artikels 36 des Statuts des Haager Gerichtshofes. Fälle nichtjuristischer Art seien durch das Schlichtungsverfahren zu regeln. Der zweite Teil des Memorandums, der von der Sicherheit handelt, empfiehlt analoge Verträge, wie die von Locarno mit den zusätzlichen Garantien des Völkerbundspaktes abzuschließen. Der Vertrag von Locarno entspricht dem Geiste der Völkerbundssatzung vollkommen und trägt gewissermaßen dazu bei, die Durchführung ihrer Bestimmungen zu erleichtern. Er stellt den Idealtypus des Sicherheitsabkommens dar. Hinsichtlich der Verpflichtungen, die die Staaten im Falle eines Angriffes auf sich nehmen, ist die britische Regierung der Ansicht, daß es gut wäre, wenn derartige Abkommen die Form eines Vertrages annähmen. Die britische Regierung hat diese Methode beim Vertrag von Locarno angewendet. Die britische Haltung zu Artikel 16 der Völkerbundssatzung, der von den Maßnahmen gegen einen Mitgliedsstaat des Völkerbundes, der zum Kriege reizt, spricht, bleibt die gleiche. Das britische Memorandum verweist auf die Rede, die Chamberlain am 24. November 1927 im Unterhause gehalten hat und in der er sich gegen den im Genfer Protokoll gemachten Versuch, den Begriff „Angreifer" zu definieren ausspricht. Dagegen ist die britische Regierung, dem Plan zur finanziellen Beihilfe an Staaten, die das Opfer eines Angriffes werden, günstig gesinnt.

Noch keine Note der kleinen Entente an den Völkerbund.

Genf, 18. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die vom Pariser „Petit Parisien" veröffentlichte Nachricht, daß das Völkerbundssekretariat schon im Besitz einer Note der Kleinen Entente zum ungarischen Waffenschmuggel sei, eilt den Ereignissen voraus. Eine solche Note ist in Genf noch nicht eingetroffen.

Keine Völkerbundskontrolle über Ungarn?

Paris, 19. Januar. (Eigener Funkbericht.)

Bertinax kündigt heute im „Echo de Paris" an, daß der Völkerbundsrat eine Kontrolle über Ungarn wegen der Waffenschiebungen nicht beschließen werde. Einmal sei das Verfahren noch gar nicht in allen technischen Einzelheiten geregelt und dann seien auch die politischen Schwierigkeiten zu groß. Deutschland wolle keinen Präzedenzfall schaffen. England wolle seine ungarischen Interessen nicht gefährden und Italien fürchte selbst, in den Skandal verwickelt zu werden. Es sei immerhin noch zweifelhaft, ob sich die Kleine Entente mit einem negativen Ausgang ihrer Aktion zufriedengeben werde.

Wasserstand

10. Januar

Memel	1.62	Ragnit (Unter-Pegel)	3.36
Tilsit (Stadt) vom 1. 18.	[illegible]	Insterburg	[illegible]
Wollmünstamm (Unter-Pegel)	2.06	Abfuhrmenge täglich 200 cbm	
Brieg (Mastenkran)	3.27	Flußrichtung vom 17. 1.	1.62
Trotzchen	1.74	Wasserwärme 0.0°.	

Stadttheater
Donnerstag
20 — 22.30 Uhr
11. Abon.-Vorstell.
Serie E 4171
„Rigoletto"
Freitag
20 bis ca. 22.30:
11. Abon.-Vorstell.
Serie C
„Fidelio"
Sonnabend
19—23 Uhr:
„Lohengrin"

Schauspielhaus.
Operettenbühne. 4172
Tel. Stephan 36300.
Täglich 20 Uhr:
„Eine Frau von Format"
Sonntag nachm. 15½ Uhr
„Drei arme kleine Mädels"

Lobe-Theater
Tel.: Ring 6774.
Donnerstag, Freitag
20 Uhr
Zum letzten Male
Fünf von der Jazzband
Sonnabend, Sonntag
15.30 Uhr:
Zu kleinen Preisen
Christindleins Märchenwald
Sonnabend, 20 Uhr
und täglich:
Zum 1. Male
Die Erbschaft
von Antonio Lopeimo

Thalia-Theater
Tel.: Ring 6700.
Donnerstag, Freitag
0 Uhr
u. Sonntag, 15,30 Uhr
zu kleinen Preisen:
Zirkusen
Sonnabend, 15.3 Uhr
Zu kleinen Preisen
Schneewittchen und Rotkäppchen
Sonnabend, 20 Uhr
und täglich:
Zum 1. Male
Die Lüge
nach Vincenzo Tommaseo. 4172

Liebich-Theater
Täglich 20 Uhr:
Willy Prager
Urbanis
Kurzes-Truppe
und 6 Varieté-Sterne
Sonnabend, 21. Januar
Persönlich Begrüßung
d. europ. Boxmeisters
Franz Diener

Circus Busch
Schau-Arena
Heute ringen: 4196
Sieger-Bakinen
Brylla-Willing
Grönelien-Nestrom
Entscheidungskampf:
Kisch-Ahrens

Masken
elegant und sauber
von 2.00 Mk. an
verleiht 4036
Zander, Gallusstr. 26

1 Posten
Fahrstraße | 3.00 M
Flechse . . | 10.00 M
Kalb . . . | 8.50 M
Pulsader . | 5.50 M
Polsterstuhl | 25.00 M
Falle . . . | 2.00 M
Fahrradlager
Kirchenstraße 50

Anzeige
Preis 50 Pf.
10.—, 15.—, 15.—, 15.—
Wohn-Fläche, 8.—, 12.—
Geschäfts, 6.—, 8.—, 4.—
Wochen . . 150, 2.—
sende abzugeben

Gebirgsfest Messehof Scheitnig
Die letzten 4 Tage
Donnerstag, den 19. Januar:
Der große Strauß-Walzer-Abend
Freitag, den 20. Januar:
Letztes Fest der Kinder im Reiche Rübezahls
Sonnabend, den 21. Januar:
Großes Kostümfest: Karneval im Gebirge
Sonntag, den 22. Januar: 4.95
Abschiedsball in den schlesischen Bergen

10500 blonde, braune u. schwarze Damen
u. Herrenfrisier-, Staub- u. Taschenkämme
kommen in unserem Geschäftslokal
auf der Oderstraße
zu Spottpreisen zum Verkauf! Ebenso große Posten Zahnbürsten u. Rasierpinsel.
London & Co., Oderstraße 5
4174 G. m. b. H. 2. Viertel vom Ring.

Donnerstag — Freitag — Sonnabend
spottbillige
Hasen Hasen
Rücken oder 2 Keulen
bratfertig gespickt, die stärksten
nur **2.50**
sowie
Reh - Hirsch - Damwild - Wildschwein
und sämtliches Geflügel
empfiehlt zu äußersten Tagespreisen
Herbert Böhm Wild- und Geflügel-Großhandlung
nur 62 Gartenstraße 62 nur
Telefon Ohle 324 4200

Gegen rote Hände

und unschöne Hautfarbe verwendet man am besten die schneeweiße, feinfreie **Creme Leodor**, welche den Händen und dem Gesicht jene zarte Weiße verleiht, die der vornehmen Dame erwünscht ist. Ein besonderer Vorteil liegt auch darin, daß diese unschädliche Hautcreme wunderbar kühlend bei Jucreiz der Haut wirkt und gleichzeitig eine vorzügliche Unterlage für Puder ist. Der nachhaltige Duft dieser Creme gleicht einem zartrosig gepflückten Frühlingsstrauß von Veilchen, Maiglöckchen und Flieder, ohne jenen berüchtigten Maiblumengeruch, den die vornehme Welt verabscheut. — Preis der Tube 60 Pf. und 1 RM. — In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben. — Bei direkter Einsendung dieses Inserates als Drucksache mit genauer und deutlich geschriebener Absenderadresse auf dem Umschlag erhalten Sie eine kleine Probesendung kostenlos übersandt durch Leo-Werke A.-G., Dresden-A. 6

10465

Eigenheime
in **herrlicher Lage, 14 Minuten Bahnfahrt von Breslau, günstige Finanzierung** durch Hypotheken bei hoher Beleihungsgrenze und geringem Eigenkapital. **Drei-, Vier- und Fünfzimmer-Wohnungen** in **Einzel- und Doppelhäusern** zum 1. Juli beziehbar. Fordern Sie **umgehend** kostenlos Prospekte an.
„Gartenstadt Pawelwitz" Siedlungsgesellschaft m. b. H.
Breslau V, Salvatorplatz 3/4. — Tel. Ohle 7727.

Bräuer's Festsäle
Gabitzstraße 22 tel. Paul Scholz
Heute Neueröffnung unter neuem Management
Gesellschaftstanz

MÖBEL
Kücheneinrichtungen, 3-tlg. von 90.00 Mk. an
Schlafzimmer, 2-tlg. von 90.00 Mk. an
Auszugtische . . . . von 28.00 Mk. an
Polsterte Sessel . . . . von 5.50 Mk. an
Prunkvolle Schlaf-, Speise- und Herrenzimmer, Chaiselongues, Sofas, Polster- u. Kolbenmöbel und alle Arten Einzel- und Kleinmöbel
Biener & Döhrig
Möbel und Polster en detail, en gros
Hauptlager: Ohlauerstraße 107 und Weidenstraße 18/20 4123

Die Volksschule als Einheitsschule
Von Dr. Max Apel.
Bestellungen werden von der Expedition Neue Straße

Ihr Inventur-Ausverkauf

Von Freitag, den 20. Januar
bis Donnerstag, den 2. Februar
biete ich Ihnen Gelegenheit, Ihren Bedarf an
Herren-Sport-Knabenkleidung
Berufskleidung
bei mir zu enorm billigen Preisen zu decken. Besichtigen Sie bitte bei dieser Gelegenheit meine
bedeutend erweiterten Verkaufsräume
und nehmen Sie sich den Vorteil, den ich Ihnen biete, wahr.
Auf diese Preise, die infolge
Selbstanfertigung
schon außerordentlich niedrig sind, gebe ich während obiger Zeit
10% 20% 30%
Kassen-Rabatt.
Jetzt können Sie sich also Ihren schon lange gehegten Wunsch, ein schönes Kleidungsstück zu kaufen, bequem erfüllen
4203
Oskar Dehmel Breslau 1 Neumarkt 45

Wurstschneider
Beachten Sie die ermäßigten Preise!
Landleberwurst . . Pfd. 0.80 | Preßwurst . . . . . Pfd. 0.80
Bestes Lungenfett . . . Pfd. 0.90
Gek. Hannoversche Pfd. 1.20
Beste Speckpreßw. Pfd. 1.20
Berliner Mettwurst Pfd. 1.40
Rauchrippchen . . . Pfd. 1.20
Gep. Schnauzen . . Pfd. 0.60
Bestes Rindertalg . Pfd. 0.60
Schweinebauch . . . Pfd. 0.90
Dicker Rauchspeck Pfd. 1.20
Wiener Würstchen 1 Paar 0.15
11909

Inventur-Ausverkauf
Mein großes Lager muß geräumt werden. Ich bringe daher ab 16. 1. 28 als besonders vorteilhaft
2×5 Serien
Damenhüte

Samt- und Filz-Hüte	Übergangs-Hüte
0.85	2.50
2.00	3.50
3.50	5.50
5.00	7.50
6.50	9.50

Seidenhut 3.50

In modernsten Formen und Farben zu nebenst. **unerhört billigen** Preisen. Reihe 1 enthält garnierte Samthüte, Filzhüte, gemalte Capeline, Reihe 2 geschmackvolle Übergangs-Hüte. Auch Sie werden bei der riesengroßen Auswahl, der größten in Breslau, für sich einen kleidsamen, billigen Hut finden.
M. Tichauer
Grösstes Haus für Damen-Hüte
Breslau 1
Reuschestraße 4

Masken in reicher Auswahl v. Mk. 2.00 an verl. Ehrlich, Friesenstraße 31 a. d. Ludwigsbr. Tel. 16, 22, 23.

Reste in Serge, Kittel, Leinwand, Hemdtuch u. Zephyr sehr billig. Weißleinen Mtr. 2 Mk. Gern 1000 Mtr. 25—50 Pf., Bett-Schürzenzeug 100 Mtr. 1—5 Mk. Kaffee Tuchent 3—10 Mk. Bettfedern Kilo 15 Mk. 1 Dtzd. Gebed 5—30 Mk. alles reine Ware. Detail und Engros
Bertold Lippert
Heinrichstraße 15 neben Schreiber Oderstraße 17 und Weißgerberstraße 46.

Masken Herren! Damen!
Prämiiert, elegant, sauber leiht preiswert 53
Antonie Aber
Kaiserstr. 25, Telefon Ring 2776.

Moderne Masken
von 2.— Mark an.
Dreiss
Lessingstr. 11, Gths. II.

Sonnenfett
auf dem Schwarzhof
wird gesucht, verlangt

Gold auf Pfänder
Uhr auf Pfänder
aller Art
Pfandleih-Institut
Ernst Meller
Hirschstraße 78. 16

Zu der „Volkswacht" haben
Stellen-Angebote
heute ihrer großen Verbreitung in Arbeiterkreisen besten Erfolg

Wohnungen
1—3 Zimmer-wohnung
(Verzichtwohnung oder Neubau) gegen Abstand gesucht. 11563
Klugé & Bartisch
Herdainstraße 8/10.

Zweck-Vereinigung.
Stube und Küche geg. größere ohne Vereinigung. Offerten mit B 154 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Für die Redaktion verantwortlich: Paul Zimmer; für die Anzeigen: Max Tasche. — Druck u. Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 19. Januar 1928.

Die Breslauer Städtischen Speisehäuser.

In der heutigen Zeit, wo infolge der Wohnungsnot oder aus anderen Gründen zahlreiche Familien und Ledige nicht imstande sind, sich selbst ein preiswertes, schmackhaftes Mittagessen herzurichten, werden die städtischen Speisehäuser I und II von vielen als eine Wohltat empfunden.

Besucher aus allen Volkskreisen finden sich hier als Gäste zusammen: Alte würdige Rentnerinnen und Unterstützungsempfänger aller Art, Handwerker, Arbeiter, Angestellte, kleine Beamtinnen, Studenten mit schmalem Wechsel, ja selbst Aerzte und andere Leute, die akademischen Kreisen entstammen, die einst bessere Tage gesehen haben, und natürlich auch viele Erwerbslose. Sie alle sitzen im Speisehaus an einem Tische und lassen sich das Essen munden, dessen Preis, trotz der Teuerung äußerst mäßig ist.

In großen sauberen Küchen hantieren die Köchinnen mit ihren Gehilfinnen an geräumigen modernen Kochkesseln und Herden, und die Leiterin, in weißer Schürze, verabfolgt jedem Gast, der sich zuvor an der Kasse eine Marke gelöst haben muß, das gewünschte Gericht oder Getränk.

Die Speisen- und Getränkeauswahl ist sehr reichhaltig. Man bekommt:

Schweinefleisch mit Erbsen	für 40 Pf.
Schweinefleisch mit Tunke u. Kartoffeln ebenfalls	„ 40 „
eine große Portion Mohrrüben	„ 25 „
saure Lunge mit Kartoffeln	„ 40 „
Fleischbrotel	„ 40 „
Fisch mit Dilltunke	„ 40 „
eine große Portion Erbsen mit Graupe	„ 25 „
eine kleine Portion Erbsen mit Graupe	„ 15 „
Wurstfüllsel mit Kartoffeln	„ 40 „
eine große Portion Linsen	„ 25 „

Daneben gibt es Suppe für 10 Pf., Sauerkraut für 5 Pf., andere Kompotts für 10 Pf., eine Tasse Kakao gleichfalls für 10 Pf. und wer Kaffee mit Kuchen wünscht zahlt für beides nur 10 Pf. Kaffee einzeln kostet 5 Pf. Ein Glas Bier oder Milch wird ebenfalls für 10 Pf. abgegeben. Wer gern Pudding ißt, kann auch dies für 10 Pf. erhalten. So wird nach Möglichkeit für billiges Geld jedem Geschmack Rechnung getragen.

Das Essen wird ständig geprüft und seine Zubereitung streng kontrolliert, denn die Speisehäuser unterstehen einem Kuratorium, dessen Vorsitzender, ein Stadtrat, sehr oft persönlich nach dem rechten sieht. Die Mitglieder des Kuratoriums setzen sich zusammen aus Stadtverordneten, Bürgerdeputierten, aus Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei, die sich nach besten Kräften bemühen, daß der Betrieb in beiden Speisehäusern tadellos funktioniert.

Es ist auch für nette, freundliche und im Winter selbstverständlich gut geheizte Eßräume gesorgt. Alle Fenster haben reinliche Gardinen, von den Wänden grüßen Bilder aus unserer traeren schlesischen Heimat und alle Tische und Stühle werden mehrmals in der Woche blitzblank gescheuert. Die Essenabgabe erfolgt von 12 Uhr mittags bis ½6 Uhr abends.

Wer in kaufmännischen oder anderen Betrieben über Mittag durcharbeiten muß, kann um 4 oder 5 Uhr nachmittags sein warmes Essen genau so erhalten, wie derjenige, der um die Mittagszeit kommt. Auch außer Haus werden Speisen und Getränke in hierfür mitgebrachten Menagen und Gefäßen gern abgegeben.

Das Speisehaus I liegt im Zentrum und zwar Weißgerbergasse 12 nur wenige Häuser von der Reuschestraße entfernt, während das Speisehaus II im malerischen alten Breslau auf dem Sande und ein wenig versteckt liegt, nämlich Mühlgasse 3/4. Man erreicht es, wenn man von der Sandbrücke aus links in die Mühlgasse einbiegt.

Unter den hier wie dort Speisenden befinden sich jahrelange Stammgäste, was wohl auch für die Güte und Billigkeit des Essens spricht.

Unter den sozialen Einrichtungen Breslaus stehen die beiden Speisehäuser mit an erster Stelle und es ist zu wünschen, daß die Notleidenden und Minderbemittelten von diesen gemeinnützigen Anstalten einen noch viel regeren Gebrauch machen, als dies bereits schon geschieht.

Die Moral der Gasse.

Dieser Sittenfilm, der in den tiefsten Löchern Berlins gekurbelt wurde, streift in seiner Tendenz die Auffassung des großen Zeichners Heinrich Zille, das Proletariat in seinen Gassenwinkeln und Elendsherden im Bilde festzuhalten. Dieser Bildstreifen, bei dem auch die dazu passenden, typischen Berliner Gassendialekte Verwendung finden, fand bei der Polizeizensur keine Gegenliebe. Nicht weniger als 18 Textstellen mußten herausgeschnitten oder geändert werden, ehe er „genehmigt" wurde.

Und die Jugend, die beispielsweise gerade zu dieser Zeit des Sensationsblättel mit dem „langatmigen Mord in der Krullstraße" lesen darf, und täglich das Leben in diesen dunklen Gassen mit eigenen Augen sehen kann, diese Jugend darf eine immerhin lebenswahre Handlung aus diesem Milieu nicht sehen. Kommentar überflüssig. Im Kulturprogramm läuft der wunderbare Südpolfilm: Shakletons Todesfahrt zum Südpol. (Siehe das Inserat.)

Ablieferung der Steuerkarten.

Auf die Bekanntmachung vom 5. Dezember v. J. über die Ablieferung der Steuerkarten mit Markenbogen aus dem Jahre 1927 und Einreichung von Lohnsteuer-Ueberweisungslisten bezw. Fehlanzeigen bis zum 29. Februar 1928 an die zuständigen Finanzämter wird erneut hingewiesen. Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Arbeitgeber verpflichtet sind, für diejenigen Arbeitnehmer, deren Arbeitslohn im Kalenderjahre 1927 mehr als 9200 Mark betragen hat, bis zum 31. Januar 1928 Anzeigen nach dem vorgeschriebenen Muster an das zuständige Finanzamt einzureichen. Die Versäumnis der Ablieferungs- oder Einreichungspflicht ist mit Geldstrafe bis 10 000 Mark bedroht, sie kann die Ablieferung oder Einreichung durch Zwangsstrafen erzwungen werden. Eine Verlängerung der angegebenen Fristen über den 29. Februar bezw. 31. Januar 1928 hinaus ist nicht zulässig.

Wochenendfahrt nach Reinerz.

Der Schlesische Verkehrsverband teilt mit, daß aus Anlaß des verbandsoffenen Sprunglaufes, der am Sonntag, den 22. Januar, in Reinerz veranstaltet wird, eine Wochenendfahrt mit Kraftwagen nach Reinerz stattfindet, und zwar auf 1½ Tage. Abfahrt Sonnabend, den 21. Januar, mittags 1 Uhr, vom Tauentzienplatz über Nimptsch, Frankenstein, Wartha, dort Kaffeepause und evtl. Besichtigung der sehenswerten Kirche. Weiterfahrt über Glatz nach Reinerz. Rückfahrt am Sonntag, den 22. Januar, abends 6 Uhr vom Kurhotel in Reinerz mit kurzem Aufenthalt unterwegs zum Mittagessen. Die Karten (Hin- und Rückfahrt 11 Mark) sind bei der Auskunftsstelle des Verkehrsvereins Breslau im Hauptbahnhof (Verkehrshalle) werktäglich von 8 bis 18 Uhr zu haben. Dieselbst auch Wochenendkarten und Karten für Übernachtung.

Geschäftsbericht der Sozialdemokratischen Partei.

Ortsgruppe Breslau für das Jahr 1927.

III.

Die Arbeiterjugend

hat ein Jahr mühevollster, schwierigster Arbeit hinter sich. Da sie früher an den Landesverband sehr stark angelehnt war, wurde sie durch dessen Zusammenbruch stark in Mitleidenschaft gezogen und mußte ihre gesamte Arbeit neu aufbauen und stabilisieren. Diese Arbeit wurde durch die ungünstigen Arbeitsverhältnisse äußerst erschwert. Die Belastung durch die hohen Raumkosten (Schuldienergeld, Licht usw.) und die alte Schuldenlast belasteten die Arbeit stark. Dazu kommen ungeheuer schlechte Raumverhältnisse. Enge, unfreundliche Klassenräume, zumeist noch mit Schulbänken für sieben- bis achtjährige Kinder, sind natürlich keine angenehmen, das Gruppenleben irgendwie fördernden Unterkunftsräume. Dazu kam noch ein völlig kaputer Funktionärkörper, der erst im vergangenen Jahre wieder aufgebaut worden ist. Die Mitgliederbewegung ist durch all diese Schwierigkeiten nicht vorwärts gegangen. Es bestanden am Schluß des Jahren 8 Heime mit 315 Mitgliedern. Die Bildungs- und Schulungsarbeit war in allen Gruppen gleich gut. Ferner seien aus der Arbeit noch erwähnt die Mitwirkung bei den großen Parteifesten, wie am 1. Mai, Anti-Kriegskundgebung und Revolutionsfeier. Besonders sei der gut entwickelte Sprechchor genannt. Dieser ist jedoch in seiner Entwickelungsfähigkeit gehemmt, da Erwachsenenstimmen fehlen. Es wäre sehr erwünscht, wenn man endlich der Aufforderung des Bildungsausschusses Folge leisten und auch seitens der Erwachsenen den Sprechchor besuchen und hier mitarbeiten würde. In der Parteiarbeit wurde, soweit es möglich war, mitgearbeitet. Allein von Parteiveranstaltungen wurden etwa 35, darunter etwa 15 außerhalb Breslaus, von der Arbeiterjugend mit und teilweise völlig ausgestaltet. Sicher hätte hier bei einem gesunden, starken Organisationsapparat mehr erreicht werden können. Trotz aller Schwierigkeiten hat aber die Arbeiterjugend im vergangenen Jahre eins erreicht: Sie hat sich eine feste Grundlage für die weitere Arbeit, mit der der Wiederaufbau sicher und fester in diesem Jahre geleistet werden kann, geschaffen. Das ist ungeheuer wichtig, und hier wird mit allem Nachdruck mitgearbeitet.

Bericht über die Tätigkeit des Bildungsausschusses der Breslauer Arbeiterschaft für das Jahr 1927.

An Veranstaltungen fanden im ersten Halbjahr statt: 12. Januar 1927: ein Experimentalvortrag des Physikers A. Stadthagen-Berlin-Charlottenburg über „Weltenraumkälte und Sonnentemperatur". Der Vortrag war von 771 Teilnehmern besucht; am 26. Januar 1927: ein Vortrag des Psychologen Leo Erichsen, Teilnehmerzahl 729; am 9. Februar fand ein Lichtbildervortrag des Leiters der Volkshochschule Reuß in Gera, Hennig, über „Japan — Land und Leute" statt, Besucherzahl 68; am 16. März fand eine Beethovenfeier statt, in der der Volkschor Breslau zusammen mit einem Instrumentaltrio und einer Sängerin Werke von Beethoven zur Aufführung brachte, Besucherzahl 350. Außerdem fand ein englischer Sprachkursus statt, der viel Anklang fand. Nach der Sommerpause konnte die Tätigkeit des Bildungsausschusses erst ziemlich spät wieder aufgenommen werden, da vor dem Eintreffen des jetzigen Vorsitzenden in Breslau keinerlei Vorbereitungen getroffen waren. Der Bildungsausschuß beriet in mehreren Sitzungen ausführlich die Frage, in welcher Form der Bildungsausschuß seine Tätigkeit überhaupt fortsetzen solle und ob nach den schlechten Erfahrungen des vorhergehenden Jahres eine solche Fortsetzung sich noch lohne. Es wurde schließlich beschlossen, es noch einmal ein Jahr lang zu versuchen, obwohl allgemein die Aussichten recht ungünstig beurteilt wurden. Es fanden dann im zweiten Halbjahr 1927 folgende Veranstaltungen statt: am 5. Oktober las der Arbeiterdichter Max Barthel aus eigenen Werken vor und wurde dabei durch Rezitationen der Frau Grabowski-Jeltsch unterstützt. Besucherzahl 378. Am 9. November fand die Revolutionsfeier statt, an deren Ausgestaltung der Volkschor Breslau, die Kapelle der Z.d.A.-Jugend und der Sprechchor der Sozialistischen Arbeiterjugend sich beteiligten und für die als Festredner Genosse Dr. Max Adler aus Wien gewonnen war. Teilnehmerzahl zirka 3000. Anfang November fand ferner ein Kursus von vier Doppelstunden über „Probleme der modernen Physik" durch Dr. Samuel statt. Teilnehmerzahl 38. Am 23. November fand schließlich noch ein Filmvortrag von F. W. Pollin über „Geist und Maschine — die Entstehung des Buches" statt. Besucherzahl 151.

Für das neue Jahr ist zunächst folgendes geplant: Anfang Januar soll ein Kursus über „Die Geschichte der Arbeiterbewegung" stattfinden, der drei Abende umfaßt, Lehrer: Genosse Hermann Rudolph, Wanderlehrer des Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit. Ferner beginnt Mitte Januar ein neuer englischer Kursus für Anfänger, wöchentlich eine Doppelstunde umfassend, der bei genügender Teilnahme bis Ende Juni dauern soll. Bislang sind die Meldungen recht zahlreich eingegangen. Ferner findet vom 9. bis 29. Februar eine Ausstellung der Darbietungen des Wiener Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in den Räumen des Künstlerbundes Schlesien am Christophoriplatze statt. Das Gewerkschaftskartell hat so viel Eintrittskarten abgenommen, daß die Ausstellung damit finanziell gesichert ist. Es werden auch einzelne Führungen durch die Ausstellung stattfinden. Für den 29. Februar ist ein Vortragsabend des sozialistischen politischen Kabaretts „Die Wanderratten" angesetzt. Für den 7. März ist ein Lichtbildervortrag mit Rezitationen über „Jack London" durch den Rezitator Alfred Beierle angesetzt. Ferner soll noch vom 13. bis 15. Februar voraussichtlich eine Serie Filmvorträge über „Das neue Wien" von Dr. Busse-Hannover stattfinden. Die Veranstaltung scheint gesichert zu sein.

Dem Bildungsausschuß wurden noch eine ziemlich große Reihe weiterer Angebote gemacht, doch hat er sich aus finanziellen Gründen auf diese Veranstaltungen beschränkt. Es muß nun abgewartet werden, wie in Zukunft die Teilnahme an den Veranstaltungen sein wird. Für das letzte Quartal 1927 kann sie im allgemeinen nicht als zufriedenstellend angesehen werden.

Unabhängig von der Bildungsarbeit des Arbeiter-Bildungsausschusses hat der Parteivorstand im verflossenen Geschäftsjahre einen offiziellen

Partei-Schulungskursus

abgehalten, mit dem Thema: „Programm und Praxis des Marxismus". In 11 Abenden wurden folgende Themen behandelt: „Die Entwickelung der kapitalistischen Gesellschaft und die Sozialisierungsfrage". „Staat und Revolution", „Der Austro-Marxismus und die Stellung der österreichischen Sozialdemokratie in der Internationale", „Der Ausbau der Republik", „Kulturpolitik, Religion, Kirche, Schule", „Sozialpolitik", „Frauenfragen", „Praktische Wirtschaftspolitik", „Agrarpolitik", „Die Internationale". Die Redner beherrschten die einzelnen Themen und verstanden es, ihre Zuhörer zu fesseln, sodaß jeder der Teilnehmer auf seine Kosten gekommen ist. Die Teilnehmerzahl war außerordentlich befriedigend, hatten sich doch am ersten Abend 148 Teilnehmer einzeichnen lassen. Ganz im Gegensatz zu sonstigen Kursen haben diese Teilnehmer bis zum letzten Abend fast restlos ausgehalten. Unter 90 Teilnehmern hatte kein Abend aufzuweisen. In einer Lebensbeschreibung von Karl Marx zeichnet Professor Willbrandt den Stand der sozialistischen Entwickelung so, daß wir „vom Sozialismus als Traum über den Sozialismus als Erkenntnis zum Sozialismus als Tat" gekommen seien. Freilich muß der Sozialismus als Erkenntnis erst Gemeingut breitester Massen werden. Je stärker die Idee in der Masse wird, desto eher ist der Sozialismus als Tat möglich. Je klarer die Erkenntnis, desto unerschütterlicher die Ueberzeugung. Nur mit ihrer Hilfe sind tausend Schwierigkeiten des Kampfes zu überwinden. Nur wenn klare Vorstellungen in den Köpfen sind und praktische Kenntnisse uns die Arbeit im Dienste des Proletariats möglich machen, kann der Sozialismus der Tat Wirklichkeit werden. Daher heißt eine der wesentlichen Forderungen heute sozialistische Bildungsarbeit. Schon aus diesem Grunde war der Schulungskursus der Partei eine unbedingte Notwendigkeit, für seine Notwendigkeit bürgt aber auch die Zahl der an diesem Kursus Teilgenommenen. Sofern wir im nächsten Geschäftsjahr nur die Möglichkeit haben, sollte diese Arbeit fortgesetzt werden.

Die Werbewoche

im November des verflossenen Geschäftsjahres brachte uns rund 700 neue Parteimitglieder, darunter eine stattliche Anzahl von Frauen. Hier tritt so recht die Kleinarbeit der Distrikte in den Vordergrund. Unermüdlich sind in der letzten Werbewoche die einzelnen Funktionäre der Distrikte treppauf, treppab gestiegen, um, planmäßig werbend, der Partei neue Kämpfer zuzuführen. Ohne diese aufopfernde Tätigkeit, ohne diese Kleinarbeit wäre ein Aufstieg in dieser Form nicht möglich gewesen. Das während der Werbewoche zur Verteilung gelangte Flugblatt in einer Auflage von 150 000 wurde restlos verbreitet. Für die Frauen kam eine besondere Broschüre, „Und Du", zur Verbreitung, die ebenfalls durch die Genossinnen restlos betrieben wurde. Der Erfolg der Werbewoche sollte für alle diejenigen, die nicht mithalfen, ein Ansporn sein, nunmehr aber auch sich aktiv zu betätigen, damit die Zahl der Mitkämpfer eine noch größere wird.

Die für Breslau typische Erwerbslosigkeit brachte auch für die

Erwerbslosenkommission

unserer Partei eine umfangreiche Tätigkeit mit sich. Neben der mündlichen Erwerbslosenberatung, die mit Ausnahme des Sonnabends täglich im Gewerkschaftshause von 9 bis 11 Uhr stattfindet, waren auch Anfertigung von Gesuchen für Erwerbslose und Vorberatungen, bei denen für die Erwerbslosen zuständigen Stellen notwendig. So sind in allen Sprechstunden der Erwerbslosenkommissionen im vergangenen Jahre rund 4000 Auskünfte kostenlos erteilt worden, zirka 500 schriftliche Gesuche angefertigt, während 70 Prozent aller Auskünfte die Stellung eines Mundanwaltes bzw. eines Vertreters notwendig machten. Außer dieser vorerwähnten Betreuung der Erwerbslosen ergeben sich zirka 20 Besprechungen seitens der Erwerbslosenkommission mit den zuständigen Instanzen, um entweder Verbesserungsvorschläge bezgl. der Fürsorge für Erwerbslose vorzubringen und Verschlechterungen abzuwehren. Wider Erwarten brachte das Inkrafttreten des Arbeitslosenversicherungsgesetzes vermehrte technische Schwierigkeiten mit, die sich naturgemäß in einer lebhafteren Tätigkeit der Erwerbslosenkommission ausdrückte. Die Arbeit in der Erwerbslosenkommission wird ehrenamtlich von Erwerbslosen geleistet, und wird solange anhalten müssen, als von verschiedenen politischen Parteien der Versuch gemacht wird, die Erwerbslosen parteipolitisch auszunützen.

Der Ausschuß für Arbeiterwohlfahrt

hat seine Tätigkeit mit Erfolg fortgesetzt und erweitert. Er ist in allen städtischen Ausschüssen usw., zu denen Vertreter der privaten Wohlfahrtsorganisationen zugezogen sind, vertreten. Die Zahl der von ihm für die Durchführung der Aufgaben auf dem Gebiet der öffentlichen Wohlfahrts- und Jugendpflege vermittelten Kräfte ist erfreulich gestiegen, wenn gleich dieses Arbeitsfeld noch mehr Mitarbeiter beansprucht. Daneben hat er sich bemüht, durch Erteilung von Auskünften in Sachen Wohlfahrtsunterstützungen, Mietbeihilfen, Lehrlingsbeihilfen, Schwangerenfürsorge, Pflegekinderwesen u. v. a. zu helfen. In einer kleinen Anzahl von Fällen hat er mit Barunterstützungen direkt geholfen. Für Erholungsfürsorge im Heim der A. O. K., Zimpel, sind für 75 Proletarierkinder, die sich dort je vier Wochen aufhielten, 3464 Mark aufgewendet worden. Die Eltern wurden mit Rücksicht auf ihre schwierige wirtschaftliche Lage nur mit einem sehr geringen Beitrag belastet. Die Stadt hat sich an der Finanzierung dieser Aktion nicht beteiligt.

Für die Information unserer Mitarbeiter und die Förderung des Interesses für unsere Arbeit überhaupt fanden Vorträge und Aussprachen statt.

Die Fülle der geleisteten Arbeit konnte nur durch restlose Hingabe unserer Funktionäre und nur durch vertrauensvolle Zusammenarbeit der Mitgliedschaft mit der Parteileitung und dem Parteisekretariat geleistet werden. Allen Genossinnen und Genossen sei an dieser Stelle für ihre schwierige und aufopfernde Tätigkeit im verflossenen Geschäftsjahr nochmals der Dank ausgesprochen.

Nacheichung.

Die Nacheichung der Meß- und Wiegegeräte der Gewerbetreibenden erfolgt im 16. Polizeirevier in nachstehender Reihenfolge: Vom 1. bis 6. Februar: Bräuergäßchen, Schillerstraße, Kronprinzenstraße Nr. 1 bis 29 und 2 bis 32, Moritzstraße Nr. 31, Kaiser-Wilhelm-Straße Nr. 1 bis 41, 2 bis 12 und 16 bis 40, Neue Schweidnitzer Straße Nr. 6 bis 13, Gartenstraße 53, Springerstraße Nr. 1 bis 12, Stadtbahnbögen 22 bis Ende, Theaterstraße. Vom 7. bis 14. Februar: Höfchenstraße Nr. 15 bis 67 und 16 bis 72, Gartenstraße Nr. 13, 33 und 59, Sadowastraße Nr. 39 bis 75 und 46 bis 88, Gabitzstraße Nr. 1 bis 35 und 2 bis 32. Vom 14. bis 20. Februar: Friedrichstraße Nr. 1 bis 51 und 2 bis 52, Markthalle II. Vom 21. bis 27. Februar: Zimmerstraße, jedoch ohne Nr. 2, Gartenstraße Nr. 13, 33 und 59, Holteistraße Nr. 31 bis 45 und 32 bis 48, Luisenplatz, Schwerinstraße Nr. 1 bis 15 und 2 bis 22, Luisenstraße, Zietenstraße, Sandstraße, Hohenzollernstraße Nr. 1 bis 19 und 2 bis 16, Brandenburger Straße Nr. 38 bis 40 und 42, Götzenstraße. Vom 28. Februar bis 5. März: Gräbschener Straße Nr. 4 bis 84, Brandenburger Straße Nr. 2.

Die höchste Pflegezulage

verlangte ein Schwerbeschädigter, der wegen unheilbarer Lungentuberkulose und anderer Leiden die Vollrente bezieht. Er hatte auch zunächst die einfache, dann die höhere Pflegezulage bewilligt bekommen. Sein Zustand hatte sich aber noch weiter verschlimmert; der Kläger ist seit Juni, seit seiner Entlassung aus dem Lazarett, völlig bettlägerig, und, wie sein Vertreter bemerkte, dürfte der Tod schon in der nächsten Zeit eintreten. Der ihn behandelnde Arzt hatte sich für Bewilligung der höchsten Pflegezulage ausgesprochen, weil der Kläger auch tagsüber bettlägerig sei und dauernd Pflege brauche. Daraufhin war auch der Gerichtsarzt, der sich zuerst dagegen ausgesprochen hatte, für Bewilligung der höchsten Zulage eingetreten, die dem Antragsteller auch vom Oktober v. J. ab bewilligt wurde. Er wollte aber diese Zulage schon vom Juni ab, vom Tage der Antragstellung an, haben, da er seit dieser Zeit völlig bettlägerig wäre. Das Versorgungsgericht wies aber seine Berufung zurück, mit der Begründung, daß dauernde Bettlägerigkeit kein Grund zur Gewährung der höchsten Pflegezulage sei. Diese komme nur für den Fall völliger Hilflosigkeit in Betracht, und eine solche liege bei dem Antragsteller wohl erst seit Oktober vor.

Niedriger hängen!

Aus der Verlogenheitspraxis der „Arbeiter-Zeitung".

In der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung" vom 17. Januar wird gegen die Hinrichtung des Lustmörders Böttcher Stellung genommen. Dagegen wäre an sich nichts einzuwenden, wenn es sich um die grundsätzliche Stellungnahme der kommunistischen Presse zur Todesstrafe überhaupt handeln würde. Aber die Kommunistische Partei ist ja gar nicht grundsätzlich gegen die Todesstrafe, kann es gar nicht sein, denn ihre subventionierende Zentrale praktiziert sie in ausgedehntem Maße gegenüber Menschen, deren Verbrechen lediglich in ihrer politischen Ueberzeugung besteht.

Wenn das hiesige Weltblatt der K. P. zum Fall Böttcher Stellung nimmt, so hat das daher einen ganz anderen Zweck, den Zweck, der Sozialdemokratie etwas am Zeuge zu flicken und sei es auf Kosten der Wahrheit und eigenen Ueberzeugung. So wird denn das Märchen aufgetischt, der preußische Justizminister Schmidt, der bekanntlich dem Zentrum angehört und der als erste in Frage kommende Gnadeninstanz das Gnadengesuch Böttchers abgelehnt hatte — sei mehrfach als Gegner der Todesstrafe aufgetreten; ergo müsse sei mehrfach als Gegner der Todesstrafe aufgetreten; ergo müsse ein Sozialdemokrat der Hinrichtung zugestimmt haben. In der Ueberschrift wird diese bewußt unwahre Unterstellung noch mit einem Fragezeichen versehen, am Ende dieser Sudelei ist sie bereits Gewißheit, die sich in folgendem niederträchtigen Satz ausprägt:

Sozialdemokratische Minister haben das Verdienst, an diesem ebenso brutalen wie sinnlosen Todesurteil mitgewirkt zu haben.

In Wirklichkeit ist die Sozialdemokratie die einzige Partei in Deutschland, die einhellig die Todesstrafe ablehnt, und den kommunistischen Artikelschreibern ist sicher bekannt, daß in den Ländern, in denen sich die Kommunisten nicht zum Vortrupp der Rechten entwickelt haben, wie in Preußen, Todesurteile von sozialistischen Regierungen nie vollstreckt wurden. Doch über solche „Kleinigkeiten" stolpert die kommunistische Presse in ihrem fanatischen Haß gegen alles Sozialdemokratische nicht.

Das Verhältnis von Partei und Gewerkschaften.

Ueber dieses Thema spricht am Freitag, den 20. Januar, 20 Uhr, in der Benderschule am Lehmdamm der Genosse E. Stephan im Rahmen eines Vortragsabends der Jungsozialisten, Gruppe Scheitnig, Sand- und Odertor. Der Referent wird die besondere Lage der französischen Gewerkschaften zur Sozialistischen Partei und die Lage der englischen Gewerkschaften zur Labour Party stark berücksichtigen. Alle jungen Parteigenossinnen und Genossen, alle jungen Gewerkschaftler sind hierzu eingeladen. Gleichzeitig wird der Besuch der SJ.-Genossen erwartet.

Letzter Tag der Anmeldungen zur Volkshochschule

ist Sonnabend, 21. Januar. Anmeldungen haben bis zu diesem Tage in der Zeit von 10 bis 13 Uhr oder 17 bis 20 Uhr im Volkshochschulamt, Münzstraße 16, zu erfolgen. Später können Anmeldungen nur noch ganz ausnahmsweise und lediglich in den Stunden von 7½ bis 15½ Uhr angenommen werden.

Stimmt das?

Nach Angaben der sogenannten „Arbeiterzeitung" soll sich in den letzten Tagen in Breslau ein „Komitee für internationale Gewerkschaftseinheit" gebildet haben. Erster Vorsitzender sei Hermann Obier (SPD.), Waterloostraße 20 wohnhaft; zweiter Vorsitzender Max Vogel (SPD.); Beisitzer sind Paul Auras (SPD.), Paul Rudolf (parteilos) und Paul Reimann (KPD.). Betriebsräte, Gewerkschaften usw. sollen alle Anfragen, besonders über Rußland-Berichterstattung, am zweckmäßigsten an den ersten Vorsitzenden des Komitees richten.

Wir bemerken dazu, daß für Sozialdemokraten ein solches Zusammenarbeiten mit Parteilosen und mit kommunistischen Zerstörern der Arbeitereinheit nicht in Frage kommen kann.

Die Friedensuniform

wurde gestern wieder von manchen Bürgern der Republik aus der Mottenkiste hervorgeholt. Man feierte Versailles, allerdings nicht das von 1919, sondern das von 1871. Damals hat sich Siegerhochmut auf fremdem Boden allerdings viel geleistet und hat damit die erste Ursache zum Weltkrieg mit der Niederlage Deutschlands erzeugt. Das haben die Sozialdemokraten auch schon damals bald erkannt, aber es gibt Leute, die das auch heute noch nicht begreifen. Der Unfug der „Kaiserkrönung" im Herzen des geschlagenen Nachbarlandes kommt uns heute recht teuer zu stehen.

Gegen eine Doppelbelastung der Mieter.

Verbot von Zuschlägen zur Grundvermögensteuer für Müllabfuhr usw.

Aus der gesetzlichen Miete von zurzeit 129 vom Hundert der Friedensmiete hat der Vermieter die ihm obliegenden Betriebskosten zu bestreiten, zu denen auch die vom Grundstück zu entrichtenden steuerlichen Abgaben gehören. Da jedoch bei der Bemessung der gesetzlichen Miete außer der Hauszinssteuer nur die staatliche vorläufige Steuer vom Grundvermögen sowie ein Gemeindezuschlag zu letzterer von höchstens 100 v. H. rechnerisch berücksichtigt sind, so geben die aus dem Jahre 1924 stammenden, zurzeit geltenden Vorschriften, dem Vermieter die Berechtigung, die 100 vom Hundert übersteigenden gemeindlichen Zuschläge zur Grundvermögensteuer auf die Mieter umzulegen.

In der Zwischenzeit sind in steigender Zahl Gemeinden dazu übergegangen, die Kosten, die durch Müllabfuhr, Straßenreinigung, Kanalisation und dergleichen Veranstaltungen entstehen, nicht mehr wie bisher durch Erhebung von Gebühren, sondern aus Gründen der Verwaltungsersparnis durch Zuschläge zur Grundvermögensteuer zu decken. Eine derartige Regelung der Abgaben hat in der betreffenden Gemeinde zwangsläufig eine nicht zu rechtfertigende doppelte Belastung der Mieter durch die genannten Veranstaltungen zur Folge: denn einmal sind deren Kosten bereits in der vom Mieter zu zahlenden gesetzlichen Miete enthalten, zum anderen erringt ihre Umgebung in Gestalt der Zuschläge zur Grundvermögensteuer. Um diesen unerwünschten Zustand zu beseitigen, hat das Staatsministerium, wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, durch eine in der Preußischen Gesetzsammlung veröffentlichte Verordnung vom 4. Januar d. J. bestimmt, daß diejenigen Grundvermögensteuerzuschläge, die als Abgeltung für Müllabfuhr, Straßenreinigung, Kanalisation und dergleichen Veranstaltungen beschlossen und erhoben werden, vom 1. April d. J. ab auf die Mieter nicht mehr umgelegt werden dürfen. Die Vorschriften über die Umlegung der sonstigen nicht zu vorgenannten Zwecken erhobenen Grundvermögensteuerzuschläge, sowie über die Umlegung des Wassergeldes bleiben unberührt.

In Breslau sind diese Gebühren bisher nicht als Zuschlag zur Grundvermögensteuer erhoben worden, doch wurde der Plan aus Gründen der Geschäftsvereinfachung bereits im Auge erwogen. Sollte man also dazu kommen, so gleich dafür Sorge zu tragen, daß der entsprechende Teil der erhöhten Grundvermögensteuer nicht auf die Mieter abgewälzt wird.

Schuppenbrand in Gräbschen.

Gestern kurz nach 12 Uhr erfolgte ein Alarm der Feuerwehr nach Gräbschener Straße 187. In dem hinteren Teil des schlesischen Fuhrwerksbesitzers von Popp & Gerke brannten zwei aneinanderstehende Holzschuppen, von denen der eine als Aufenthaltsraum für Arbeiter, der andere als Lagerraum für Kohlen, Briketts und Stangen diente. Ueber dem Aufenthaltsraum lagerten circa 200 Zentner Stroh. Da das Feuer auch in die [illegible] drohte, mußte [illegible] und Wurde [illegible] entfernt werden. Zur Bekämpfung des Feuers mußten zwei Schlauchleitungen angelegt werden; bei der Enge des Grundstückes waren bei jeder Schlauchleitung über 200 Meter Schläuche erforderlich. Es gelang, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken und von dem angrenzenden Holzbau, in dem zirka 50—60 000 Säcke lagerten, fernzuhalten. Die Entstehungsursache konnte mit Sicherheit nicht ermittelt werden, doch liegt die Vermutung nahe, daß sie auf Selbstentzündung von Heizmaterialien und Dünger zurückzuführen ist.

Der Fluch des Vorbestraften.

Der jetzt 59 Jahre alte frühere Kaufmann Richard Gruschke ist in seinen jüngeren Jahren ganz erheblich mit den bestehenden Strafgesetzen in Konflikt geraten. Das zeigen seine Vorstrafen. Fünfundzwanzigmal ist er, insbesondere wegen Betruges und Urkundenfälschung, vorbestraft. Jetzt stand er abermals vor dem Großen erweiterten Schöffengericht, um sich wegen Betruges in Tateinheit mit Urkundenfälschung in acht Fällen zu verantworten. Gruschke war am 18. September 1927 nach Verbüßung einer zehnjährigen Zuchthausstrafe aus der Anstalt entlassen worden. Der Mann, der in den langen Jahren, die er in der Strafanstalt zugebracht hatte, völlig wildfremd geworden war, begab sich nun auf die Suche nach Arbeit. Überall wurden ihm seine Papiere abverlangt, doch er hatte ja nur seinen Entlassungsschein aus dem Zuchthause, wo er sich gut geführt hatte. Dieser Schein war aber eine schlechte Empfehlung und so wurde er überall abgewiesen. Bald waren die paar Mark, die er aus dem Zuchthause mitgebracht hatte, aufgebraucht, so daß er weder ein Obdach noch etwas zu essen hatte. So wurde er wieder auf die Bahn des Verbrechens getrieben. Um eine Nacht in einem Bette schlafen und sich einmal satt essen zu können, beging er Logisschwindeleien. Er meldete sich bei Leuten, die ein möbliertes Zimmer anboten, gab vor, Eisenbahn- oder Postbeamter zu sein, und daß er von Brieg nach Breslau versetzt worden sei. Er mietete aber nur dann, wenn er auch Beköstigung bekam. Meistens zog er abends zu, aß Abendbrot, schlief die Nacht und nachdem er am nächsten Tage noch gefrühstückt und Mittag gegessen hatte, verschwand er, um dasselbe Manöver an einer anderen Stelle zu versuchen. Um die Leute sicher zu machen, zeigte er gefälschte Frachtbriefe und Abmeldescheine vor. An zwei Stellen erschwindelte er auch noch bares Geld, indem er den Vermieterinnen erzählte, er könne ihnen als Eisenbahnbeamter billige Kohlen verschaffen. In jedem Falle ließ er sich 8,50 Mark geben. Bald gingen von verschiedenen Seiten Anzeigen bei der Polizei ein und so wurde Gruschke bereits am 31. Oktober vorigen Jahres wieder verhaftet. Vor Gericht bat er inständigst, ihn doch nicht wieder ins Zuchthaus zu schicken, denn, wenn er aus dem Gefängnis käme, würde er vielleicht eher Arbeit bekommen. Auch möchte er nicht gern in der Gefangenschaft sterben. Das Gericht glaubte ihm, daß er aus Not gehandelt hat, da er keine Arbeit bekommen konnte und billigte ihm deshalb mildernde Umstände zu. Das Urteil lautete immerhin auf vier Jahre Gefängnis, 2½ Monate wurden ihm auf die Untersuchungshaft angerechnet. Wenn der Angeklagte nun aus der Strafanstalt herauskommt, ist er 63 Jahre. Hoffentlich findet er dann Arbeit oder es wird anderweitig für ihn gesorgt. Der Staatsanwalt war hart, er hatte für den Rückfallverbrecher sieben Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust beantragt.

Achtung! Parteifunktionäre!

Heute abend, 8 Uhr: Wichtige Versammlung im Gewerkschaftshaus, kleiner Saal.

Kein Funktionär darf fehlen! Mitgliedsbuch und Ausweiskarte vorzeigen.

Montag, den 23. Januar, 7½ Uhr:

Partei-General-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, großer Saal.

Schlesische Gesellschaft für Erdkunde.

Am Freitag berichtete im Hörsaal des Geographischen Instituts der dortige Assistent, Herr Dr. H. Knothe, über die Deutsche Expedition nach Spitzbergen im Sommer 1927. Nach einer kurzen Darstellung der Lage, des geologischen Aufbaus sowie der klimatischen Verhältnisse des Inselarchipels, gab der Vortragende einen Bericht über den Verlauf der Expedition, deren Aufgabe es war, Moränenbildungen auf Spitzbergen zu studieren, um daraus Anhaltspunkte für die Erklärung nordeuropäischer Landschaftsformen, soweit diese durch die diluviale Vereisung bedingt sind, zu gewinnen. Dieser Bericht wurde an Hand eines besonders lehrreichen Lichtbildermaterials, unter anderem auch Farbenaufnahmen, gegeben. Dabei wurde an geeigneten Stellen auf die Moränenbildung, die Arbeit der Frostsprengung, den Ausschmelzmechanismus, die Struktur der Gletscher, die Entstehung des Strukturbodens, auf Bergformen, auf Vegetation, Tierwelt und die Betätigung des wirtschaftenden Menschen eingegangen, sodaß aus diesem Expeditionsbericht ein plastisches Bild der Inselgruppe Spitzbergen und ihrer Natur entstand.

Arbeiter-Radio-Bund.

Die Breslauer Ortsgruppe hielt am Freitag ihre Generalversammlung ab, in der Vorsitzender Kudzielka den Geschäftsbericht für das verflossene Jahr gab. Aus seinen Ausführungen war zu entnehmen, daß unter den wirtschaftlichen Verhältnissen auch der Verein gelitten hat, einmal durch enorme Ausgaben, andererseits durch die schlechten Einnahmen und den Mitgliederrückgang.

Zahlreiche Posteingänge und Ausgänge waren zu erledigen, insgesamt 1185 Stück. Es wurden 12 Mitgliederversammlungen, eine Werbeversammlung, 17 Vorstandssitzungen sowie vier technische und zwei kombinierte Sitzungen abgehalten. In 47 Bastelstunden kam das Interesse der Mitglieder am Verein sowohl als am Radiofach zur Geltung. Verschiedene Geräte wurden gebaut und auch einige, die der Verein als Eigentum für sich buchen kann. Über auch mit der Schlesischen Funkstunde mußte so manches harte Wort gesprochen werden, um dem Verein auch in jenen Kreisen zur Anerkennung und Achtung zu verhelfen.

In 17 Inseraten und Kartons wurden durch den Verein vollständige Anlagen kostenlos angebracht, da das Wohlfahrtsamt im Verkehrsamt mit der Schlesischen Funkstunde die Apparate gratis [illegible]. Weitere Anlagen werden [illegible] aufgestellt. Ein Zeichen der Regsamkeit der Mitglieder war die Ausstellung selbstgebauter Geräte am 10. Dezember. Mit einem gewissen Stolz kann der technische Ausschuß sowie die Gesamtmitgliedschaft auf diese Ausstellung blicken, denn sie kann als wohlgelungen bezeichnet werden.

Zum Kassenbericht ist zu erwähnen, daß die Einnahmen im Bestand 2560,38 Mark, die Ausgaben aber 2096,32 Mark betrugen, so daß ein Vermögen von 464,06 Mark zu verzeichnen ist. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Die Diskussion bewegte sich in zufriedenem Sinne. Die Vorstandssitzung ergab, das Funkfreund Schmidt als erster Vorsitzender, Kudzielka als zweiter Vorsitzender gewählt wurde. Im übrigen wurden die bisherigen Vorstandsmitglieder in ihrer bisherigen Eigenschaft wiedergewählt.

Es wurde sodann darauf hingewiesen, daß am 3. März im Lunapark unser Funkfest stattfindet, wobei die nötigen Vorbereitungen erledigt sind und den Mitgliedern eifrige Propaganda ans Herz gelegt wurde.

Gleichzeitig geben wir bekannt, daß nach wie vor die Bastelstunde jeden Donnerstag im Zimmer 11 des Gewerkschaftshauses stattfindet. Die nächste Mitgliederversammlung findet am Freitag, den 10. Februar, im Zimmer 9 des Gewerkschaftshauses statt. Außerdem bitten wir, alle Zuschriften, die Ortsgruppe betreffend, an die Geschäftsstelle des Arbeiter-Radio-Bundes, Ortsgruppe Breslau, Breslau 1, Margaretenstraße 17, Zimmer 17, zu senden.

---

* **Von der Arbeit der Kriminalpolizei.** Heute morgen um 5 Uhr wurden vom Fahndungskommando der Breslauer Kriminalpolizei die Wartesäle und die Verkehrshalle des Hauptbahnhofes einer eingehenden Revision unterzogen, wobei zwei Männer festgenommen wurden, deren Personalien und Zweck ihres Aufenthaltes in Breslau erst mit Hilfe auswärtiger Behörden festgestellt werden müssen, da sie hier polizeilich nicht gemeldet sind. Um 5,45 Uhr wurde mit 30 Schutzpolizeibeamten und 20 Kriminalbeamten eine umfassende Prüfung gewisser Wohnungen in der Weißgerbergasse, Goldenradegasse, Gerbergasse, Malergasse und Antonienstraße vorgenommen. Die in Betracht kommenden Straßenzüge wurden durch Schutzpolizeibeamte abgesperrt. Eine Frauensperson wurde festgenommen, weil sich in ihrem Besitz ein Brief eines der am Mittwoch aus dem Untersuchungsgefängnis ausgebrochenen Untersuchungsgefangenen befand. Weiter ist ein Mann festgenommen worden, der von der Staatsanwaltschaft zur Strafverbüßung gesucht wurde.

* **Die Eintrittskarten zum Breslauer Pressefest 1928,** der in sämtlichen Räumen des Konzerthauses stattfindet, sind jetzt zur Ausgabe gelangt und bei sämtlichen Tageszeitungen sowie den Konzertdirektionen Hainauer, Hoppe und Barasch zu haben. Der Kartenpreis beträgt 12 Mark. Bestellungen auf Logen und reservierte Tische nimmt Dr. Langenstraßen (Breslauer Zeitung) entgegen.

* **Preußische Hochschulnachrichten.** Einer Mitteilung des Amtlichen Preußischen Pressedienstes zufolge wurden ernannt: Ord. Prof. Mitscherlich in Breslau zum Professor in der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Göttingen, die Lehrerin E. Jungels aus Breslau zur Oberstudienrätin am staatlichen Oberlyzeum in Oppeln, der nichtbeamtete außerordentliche Professor Ing. Kock zum planmäßigen außerordentlichen Professor an der Technischen Hochschule Berlin.

* **Graf Coudenhov-Kalergie,** der Präsident und geistige Vater der Paneuropäischen Union, wird Ende Februar oder Anfang März einen Vortrag in Breslau halten.

* **Karl Hans Böhm,** erster Regisseur der Vereinigten Theater Breslau, wurde nach erfolgreicher Gastinszenierung von Kleists „Penthesilea" für drei Jahre an die Bayrischen Staatstheater in München verpflichtet. — Karl Hans Böhm tritt schon jetzt seine Stellung in München an, nachdem sein laufender Breslauer Vertrag von Intendant Barnay auf die Bitte der Bayrischen Staatstheater gelöst wurde.

* **Die gesundheitliche Pflege und Erziehung des Säuglings und Kleinkindes** behandelt in einem Abendlehrgang der Volkshochschule Kinderarzt Dr. Pogorschelsky. Anmeldungen dazu bis 21. Januar im Volkshochschulamt, Münzstraße 16, werktäglich von 10 bis 15 Uhr und 17 bis 20 Uhr, später nur noch ausnahmsweise von 7½ bis 15½ Uhr.

* **Amtliches Bahnhofsverzeichnis 1928.** Demnächst erscheint ein neues amtliches Bahnhofsverzeichnis 1928. Es enthält die Bahnhöfe der Deutschen Reichsbahn, der Saarbahnen, der deutschen Privatbahnen und die Bahnhöfe der deutschen Kleinbahnen, die für den Güterverkehr eingerichtet sind. Der Verkaufspreis des Verzeichnisses beträgt 2,50 Mark. Bestellungen auf das Buch nehmen bis zum 30. Januar die örtlichen Güterabfertigungen entgegen.

* **Postalisches.** Dem Kaufmann Baumgart in Zimpel, Elsternweg 6, ist eine amtliche Verkaufsstelle für Postwertzeichen übertragen worden.

* **Zeitungs-Katalog Rudolf Mosse 1928.** Die 54. Ausgabe des populären Führers auf dem Gebiete der Zeitungs- und Zeitschriftenreklame, der Rudolf Mosse-Katalog für 1928, ist soeben erschienen. Einem vielfach geäußerten Wunsche zu genügen, ist diesmal dem Katalog ein von der Druckerei Rudolf Mosse eigens hierfür hergestelltes, 30 Seiten umfassendes Kartenwerk beigegeben, das die Länderkarten des Deutschen Reiches sowie des gesamten übrigen europäischen Kontinents bringt. Seine Aufgabe, den Interessen der Inserenten und Verleger mit bestem Wissen und Können zu dienen, dürfte somit der Rudolf Mosse-Katalog 1928 voll und ganz erfüllen.

* **Wiedereröffnung der Eisbahn.** Die öffentliche Eisbahn an der Liebichshöhe wird heute, Donnerstag, wieder eröffnet. Das Eis hat das Tauwetter gut überstanden und besitzt noch eine Stärke von 20 Zentimetern. Da der Eislaufverein die Bahn sofort vom Schnee befreit hat, ist nunmehr das Kerneis zu Tage gekommen. Die Eisbahn ist also in bester Beschaffenheit. Heute abend findet ein Konzert statt.

* **Der Ringerwettstreit im Zirkus Busch** wurde am Mittwoch von dem Ringkämpfer Brylla vertretungsweise geleitet. Steurs-Antwerpen siegte über den Tschechen Prochaska. Zwischen Neström-Schweden und Huhtanen-Finnland war nach zwei Gängen noch keine Entscheidung zu erzielen. Im Schlußkampf zwischen Spevalek-Jugoslawien und Kisch-Polen fiel die Entscheidung im zweiten Gang zugunsten des Polen. Ein zweiter Entscheidungskampf zwischen Ahrens-Ruhrrevier und Schulz-Hamburg endete mit einer Niederlage von Schulz. Die gestern gemeldete Niederlage des Polen Kisch, die ihm Huhtanen bereitet hatte, ist vom Schiedsgericht nachträglich inhibiert worden. Der Kampf wird daher an einem der nächsten Abende nochmals ausgetragen. Nach den bisherigen Ergebnissen stehen Huhtanen und Ahrens so ziemlich an der Spitze. Brylla, Kawan und Neström zählen ebenfalls zu den besten Ringern in dieser Konkurrenz und dürften sich weiterhin gut behaupten.

* **Die Feuerwehr** wurde gestern gegen ½9 Uhr nach Schießwerderstraße 14 gerufen. Hier war ein Bulle im Wagen durchgebrochen und konnte nicht wieder hochkommen. Durch Abnahme der Hinterräder und Herunterlassen des Wagens auf die Erde wurde der Bulle aus seiner Lage befreit.

Autozusammenstoß. An der Ecke Frankfurter und Gloganer Straße stießen am Mittwoch abend ein Lieferauto und eine Kleinkraftdroschke zusammen, wobei der Fahrgast der Kleinkraftdroschke, ein Viehhändler aus Guhrau, mehrere Rippenbrüche erlitt und zu einem Arzt geschafft werden mußte.

* **Auf frischer Tat ertappt.** Am Mittwoch nachmittag wurde ein 27jähriger Arbeiter aus Oppeln auf frischer Tat ertappt und festgenommen, der in die Wohnung eines Kaufmannes am Schweidnitzer Stadtgraben eingedrungen war und bereits mehrere Behältnisse durchwühlt hatte.

* **Taschendiebe** entwendeten einer auswärtigen Frau im Hauptbahnhof auf dem Wege vom Wartesaal bis zum Bahnsteig das Geldtäschchen mit 200 Mark aus der Handtasche. — Ebenfalls im Wartesaal des Hauptbahnhofs in einem Aufbewahrungsfach ein Lederetui mit 25 Mark gestohlen worden, als er schließlich [illegible]. — Ein Portemonnaie mit 35 Mark wurde in einem Kaufhause in der Oderstraße einer Frau aus der in der Hand gehaltenen Handtasche gestohlen.

Die Moral der Gasse

Der große Sittenfilm

wird heut, den 19., und morgen, den 20. Januar, 5 und 8 Uhr, in den

Gewerkschaftshaus-Lichtspielen

mit dem Polarfilm

Unheimliche Todesfahrt zum Südpol

zur Vorführung gebracht.

Volkswohlfahrt.

Arbeiter-Sport-Kartell e. V.

Eisenpreiserhöhung und Lohnpolitik.

Ein Appell des ADGB. an den Reichswirtschaftsminister.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat unter dem 18. Januar folgendes Schreiben an den Reichswirtschaftsminister gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Minister! Wir fühlen uns verpflichtet, Ihnen unsere schweren Bedenken und unseren Protest gegen die von der Industrie beschlossene Erhöhung der Preise für wichtige Eisenprodukte zum Ausdruck zu bringen. Die eisenerzeugende Industrie hat an der guten Wirtschaftskonjunktur in reichem Maße teilgenommen. Sie konnte weitgehend auf Ausfuhr zu den niedrigen Weltmarktpreisen verzichten, weil die Aufnahmefähigkeit des Inlandsmarktes den Absatz ihrer Erzeugnisse zu den höheren deutschen Preisen sicherte. Ihr Erlös hat sich im Durchschnitt um 20 vom Hundert je Tonne ihrer Erzeugnisse gesteigert.

Als im Sommer 1926 die Rohstahl-Gemeinschaft abgeschlossen wurde, versuchte die Industrie, die Oeffentlichkeit durch das Versprechen zu beruhigen, für einen Ausgleich zwischen Weltmarktpreis und Inlandpreis sorgen zu wollen. Das Gegenteil ist eingetreten. Schon jetzt liegen die Inlandspreise etwa um 30 vom Hundert über den Weltmarktpreisen, erheben sich also über die durch Schutzzoll und Frachtkosten gegebene Grenze. Der neue Aufschlag bedeutet eine weitere Verteuerung von rund 5 vom Hundert. Diese außergewöhnliche Spanne zwischen Inlandpreis und Weltmarktpreis war nur durch schärfste Kartelle der Industrie und des Eisenhandels möglich. Der freie Handel, der durch Einfuhr ausländischen Materials eine Korrektur der emporgetriebenen Preise hätte bringen können, wird durch Sperre und Ausschließlichkeitsklausel unmöglich gemacht. Das Kartell-System hat hier zu schwerer Schädigung der Volkswirtschaft geführt. Schon jetzt ist die weiterverarbeitende Eisenindustrie gegenüber der Konkurrenz des Auslandes durch die Spanne zwischen Inland- und Weltmarktpreis ihres Rohstoffes vorbelastet. Erzeugte diese Vorbelastung in ihren Folgewirkungen schon seither einen Druck auf die Löhne und Gehälter, so wird die jetzige Erhöhung diesen Druck noch verstärken.

Die Preiserhöhung ist über ihre wirtschaftlichen Tendenzen hinaus ein wohlberechneter Schlag gegen die gewerkschaftlichen Bestrebungen nach Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, wie gegen die Entwickelung der Sozialpolitik überhaupt. Sie soll eine taktische Geste an die Regierung und Oeffentlichkeit sein, als seien mit der Bessergestaltung der Lebensbedingungen der Arbeitnehmer notwendigerweise Preiserhöhungen verbunden. Als der Schiedsspruch in der Schwereisenindustrie gefällt wurde, rechnete man zweifellos auf keiner Seite mit einer Preiserhöhung. Denn sonst hätte der Reichsarbeitsminister in der Auslegung seiner Verordnung den Wünschen der Industrie nicht so weit entgegenkommen können. Auch der Schlichter hätte sonst die Verbindlicherklärung für eine so lange Zeitspanne höchstwahrscheinlich nie ausgesprochen. Die Preiserhöhung geht über die durch Verordnung und Schiedsspruch herbeigeführte materielle Belastung weit hinaus. Dadurch ermöglicht es die Industrie in volkswirtschaftlich nicht zu rechtfertigender Weise unrationalen oder rückständigen Unternehmen, ihre Betriebe weiterhin aufrecht zu erhalten.

Alle diese Gründe sollten Sie, Herr Reichswirtschaftsminister, veranlassen, zum Schutze der deutschen Wirtschaft und zur Verteidigung der deutschen Sozialpolitik, der Eisenpreiserhöhung mit allen Mitteln entgegenzutreten. In erster Linie dürfte sich die Anwendung der Kartellverordnung empfehlen, die Ihnen, Herr Minister, zum Schutze der deutschen Wirtschaft in die Hand gegeben worden ist. Darüber hinaus muß unseres Erachtens jetzt die sofortige Aufhebung oder eine erhebliche Senkung der Eisenzölle herbeigeführt werden. Endlich zwingt die Tatsache, daß die Eisenindustrie ihre Monopolstellung auf dem Inlandmarkt zum Schaden der Gesamtwirtschaft ausnutzt, dazu, nunmehr die schon einmal versuchte gemeinwirtschaftliche Regelung dieser Industrie ernsthaft in Angriff zu nehmen."

* * *

Im Rahmen der Tagung des Internationalen Gewerkschaftsbundes fand am Mittwoch abend im Berliner Gewerkschaftshaus eine internationale Kundgebung statt, zu der die bekanntesten Führer der internationalen Gewerkschaftsbewegung eingeladen und erschienen waren. Schon lange vor Beginn der Veranstaltung war der große Saal überfüllt, trotzdem nur ein beschränkter Teil der Berliner Gewerkschaftsfunktionäre eingeladen worden war. Die bekanntesten Führer der internationalen Gewerkschaftsbewegung kamen im Verlauf der Veranstaltung zu Wort.

Die Tagung des IGB.

Konferenz der Berufssekretäre.

Am Mittwoch trat im Zusammenhang mit der Ausschußsitzung des IGB. in Berlin eine Konferenz der internationalen Berufssekretariate zusammen. Diese Konferenz ist eine Folge der Beschlüsse des Pariser Gewerkschaftskongresses vom vergangenen Jahre. In Paris war aus organisatorischen und taktischen Gründen beschlossen worden, das Mandat der drei aus der Mitte der internationalen Berufssekretariate in den Ausschuß gewählten stimmberechtigten Vertreter der Berufsinternationalen verfallen zu lassen und dafür in einer besseren Weise die Berufssekretariate zu den Ausschußsitzungen des IGB. heranzuziehen, sowie gleichzeitig eine Konferenz der internationalen Berufssekretariate abzuhalten. Den Besprechungen, die unter dem Vorsitz von Mertens stattfanden, wohnten Vertreter folgender Berufssekretariate bei: Bauarbeiter, Beamte, Bekleidungsarbeiter, Buchbinder, Buchdrucker, Diamantarbeiter, Fabrikarbeiter, Friseurgehilfen, Glasarbeiter, Holzarbeiter, Hotelangestellte, Hutarbeiter, Keramikarbeiter, Landarbeiter, Lebens- und Genußmittelarbeiter, Lederarbeiter, Lithographen, Maler, Metallarbeiter, öffentliche Dienste und Betriebe, Post-, Telegraphen- und Telephonangestellte, Privatangestellte, Steinarbeiter, Tabakarbeiter, Textilarbeiter, Transportarbeiter und Lehrer.

Die Konferenz befaßte sich vor allem mit der Frage, auf welche Weise die Beziehungen der internationalen Berufssekretariate mit dem IGB. gestärkt und wie die in Paris gefaßten Beschlüsse am zweckmäßigsten durchgeführt werden können. Man kam dabei zu der wichtigen prinzipiellen Entscheidung, daß allgemeine, die ganze Arbeiterbewegung interessierende Fragen nicht von der Konferenz, sondern ausschließlich im Rahmen des IGB. zu behandeln sind, wobei die internationalen Berufssekretariate in den gemeinsamen Sitzungen mit dem Ausschuß Gelegenheit haben, ihre Ansichten und Vorschläge bekannt zu geben. Die besondere Sitzung der Berufssekretariate wird sich demnach ausschließlich mit speziellen Berufsfragen und organisatorischen Problemen zu befassen haben, und zwar in der Weise, daß der Vorstand des IGB. für diese Arbeit Richtlinien aufstellen und das Sekretariat Berichte vorbereiten resp. Berichterstatter ernennen wird. Diese Richtlinien sollen der nächsten Konferenz der internationalen Berufssekretariate unterbreitet werden.

Im Anschluß an ein Referat von van Hinte-Holland beschäftigte sich die Konferenz dann noch mit den Unfallgefahren und den Problemen der Berufskrankheiten in der Gas- und Elektrizitätsindustrie. Es wurde dem Vorstand des IGB. überlassen, die Durchführung einer entsprechenden Erhebung bei dem Internationalen Arbeitsamt anzuregen. Es handelt sich vor allem darum, festzustellen, inwieweit verschiedene Unfälle in der Gas- und Elektrizitätsindustrie ins Gebiet der Unfallverhütung oder in das der Berufskrankheiten gehören. Dabei soll genau unterschieden werden zwischen den privaten und öffentlichen Betrieben der Gas- und Elektrizitätsindustrie.

Die Streikbewegung in der mitteldeutschen Metallindustrie

hat in den letzten Tagen schärfere Formen angenommen. Die Metallarbeiter sind absolut nicht gewillt, vor dem Schiedsspruch, der ihnen, sage und schreibe, eine Zulage von drei Bettelpfennigen anbietet, klein beizugeben.

Die maßgebenden Stellen haben anfangs geglaubt, bei der Streikbewegung handle es sich nur um eine kommunistische Mache. Hoffentlich haben sie sich in den letzten Tagen eines Besseren belehren lassen. Bei dem Lohnkampf der mitteldeutschen Metallarbeiter handelt es sich um eine sehr reelle, ernste, gut disziplinierte Bewegung, bei der die Kommunisten garnichts zu sagen haben. Für die Empörung und Erbitterung in der Arbeiterschaft waren wahrhaftig keine kommunistischen Uebertreibungen notwendig. Das Vorgehen der Metallindustriellen, die von dem mitteldeutschen Schlichter Dr. Lüttgens forderten, einfach die alten, infolge der Teuerung längst überholten Lohnsätze zu verlängern, hat bei den Metallarbeitern einen Sturm der Empörung ausgelöst. Das Angebot der 3-Pfennig-Zulage war da dem Faß den Boden ausgeschlagen.

* * *

Das Reichsarbeitsministerium muß sich darüber klar sein, daß unmögliche Schiedssprüche durch eine Verbindlichkeitserklärung die Situation nur verschlimmern. Es wäre verhängnisvoll, wenn der Reichsarbeitsminister sich einfallen ließe, den Versuch zu machen, mit Hilfe einer Verbindlichkeitserklärung den Kampf der Mitteldeutschen Metallarbeiter um eine anständige Erhöhung der Löhne abzuwürgen. Kommt es bei den heutigen Verhandlungen zu keinem für die Arbeitnehmer erträglichen Resultat, dann muß eben der Kampf gegen die verbohrten mitteldeutschen Metallindustriellen ausgefochten werden. Die Disziplin der Streikbewegung bietet sichere Gewähr dafür, daß bei einem Scheitern der Verhandlungen die mitteldeutsche Metallarbeiterschaft, unbeirrt von allen kommunistischen Verstiegenheiten und unerschrocken gegenüber dem Trotz der Metallindustriellen, den Kampf erfolgreich durchführen wird.

Der reingefallene Koch.

Ueber die Klage des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands gegen die ungesetzliche Verordnung des deutschnationalen Reichsverkehrsministers Dr. Koch zur Abänderung der Betriebsrätewahlordnung im Bereich der Reichsbahngesellschaft hat am Dienstag das Berliner Arbeitsgericht entschieden. Der Einheitsverband hat recht behalten mit seiner Auffassung, daß die Verordnung des Verkehrsministers, mit deren Hilfe die Wahlzeit der Betriebsvertretungen bei der Reichsbahn vom 15. Mai auf den 15. Februar verlegt und damit die Amtsperiode der auf ein Jahr gewählten Betriebsvertretungen um drei Monate gekürzt wird, ungesetzlich ist. Das Gericht hat erklärt, daß mit der Verordnung die Rechtssicherheit gefährdet wird.

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft, die den vom Reichsverkehrsminister heraufbeschworenen Konflikt ganz unnötigerweise noch verschärft hat, hätte besser getan, zunächst einmal die Entscheidung des Arbeitsgerichts abzuwarten, bevor sie die Presse mit allerhand Rechtfertigungsschreiben bombardierte. Die Reichsbahngesellschaft hat an der von Koch in ungesetzlicher Weise bestimmten Wahlzeit festgehalten und unter Ausnutzung ihrer Machtstellung den Hauptwahlvorstand gezwungen, einen ihr genehmen Wahltermin festzusetzen. Es ist einfach unverständlich, wie sie in ihrem an die Presse gegebenen Rechtfertigungsschreiben vom 12. Januar zu der Behauptung kommen kann, daß der vom Hauptbetriebsrat gewählte Wahlvorstand schließlich „von sich aus" der Hauptverwaltung ein neues Wahlausschreiben vorgelegt habe, das die Wahl auf den 25. Februar dieses Jahres festsetzt. Nicht von sich aus, sondern unter der Drohung mit der Einsetzung eines neuen Hauptwahlvorstandes durch die Verwaltung ist der Wahltermin vom 25. Februar erzwungen worden. Man darf nun darauf gespannt sein, ob auch nach der Entscheidung des Arbeitsgerichts Reichsverkehrsminister und Reichsbahngesellschaft bei ihren mehr als sonderbaren Methoden gegenüber dem Einheitsverband verharren.

Der Einheitsverband läßt seine Funktionäre und Betriebsräte jedenfalls auffordern, die Wahlvorbereitungen auf alle Fälle vorläufig weiterzuführen und weitere Weisungen des Vorstandes abzuwarten.

Zur Neuregelung der Akkordlohnfrage in der Textilindustrie

finden am 16. Februar im Reichsarbeitsministerium Besprechungen zwischen den Arbeitnehmern, Arbeitgebern und den Regierungsstellen statt. Diese Besprechungen sind eine Folge des Protestes des Deutschen Textilarbeiterverbandes gegen das Verfahren vieler Textilindustrieller bei den Akkordlohnregelungen, durch die in der Textilindustrie das ganze Schlichtungsverfahren bereits stark in Mißkredit gebracht worden ist.

Wirtschaft.

Deutschnationales Geschrei.

Eine deutsche Antwort.

Die Molkereigenossenschaft in Schackensleben machte dem Konsumverein Leipzig-Plagwitz ein Angebot in Butter, ohne dazu aufgefordert zu sein. Darauf erhielt sie durch den genannten Konsumverein folgende Antwort: „Mit Ihrer geschätzten Zuschrift vom 18. dieses Monats bieten Sie uns zur laufenden Abnahme Ihr Molkereiprodukt „Butter" an. Dieser Offerte können wir nicht nähertreten, da wir nur dänische Butter führen, demnach deutsche nicht mehr in Frage kommt."

Da die Molkereigenossenschaft in Schackensleben kein Geschäft mit dem Konsumverein Leipzig-Plagwitz machen konnte, kam sie auf den Gedanken, die Antwort des Konsumvereins als Kampfmittel gegen die Konsumvereine auszunutzen. Die ganze agrarische Presse stürzte sich unter Führung eines Hugenbergschen Korrespondenzbüros auf den „feilen Lappen", um den Konsumvereinen und natürlich auch der Sozialdemokratie eins auszuwischen. Die Artikel bewegten sich in dem Gedankengang, daß die deutsche Sozialdemokratie bemüht sei, „den deutschen Markt weiter kaputt zu machen, um die ausländische Wirtschaft zu stärken." Damit glaubt man wieder einmal, nach berühmtem Vorkriegsmuster, die „Vaterlandsfeindlichkeit" und den „Vaterlandsverrat" der deutschen Sozialdemokratie bewiesen zu haben. Die Deutschnationalen können so etwas, besonders vor den Wahlen, sehr gut gebrauchen.

Der Konsumverein Leipzig-Plagwitz wurde nach Erscheinen dieser Artikel von einer halbamtlichen Stelle nach seinen besonderen Gründen für seinen Standpunkt befragt. Diese Anfrage wurde jetzt von dem Leipziger Verein in folgender Weise beantwortet:

„Wir führen seit längerer Zeit nur dänische Molkereibutter und zwar aus Gründen, die für Sie zweifellos nichts überraschendes haben werden. Unser Bestreben als Konsumgenossenschaft geht dahin, unsere Mitglieder nur mit wirklich hochwertigen Bedarfsgütern aller Art zu versorgen. Wir legen dabei allergrößtes Gewicht auf eine durchaus gleichmäßig gute Beschaffenheit (Standards). Unser Butterumsatz beläuft sich auf rund 300 Zentner wöchentlich. Ihnen wird ausreichend bekannt sein, daß es kaum möglich ist, Butter in solchen Mengen aus irgend einem inländischen Erzeugungsgebiet von so gleichmäßiger Beschaffenheit zu erlangen, wie sie uns bei dänischer Butter gewährleistet ist. Das beweisen unsere früheren Erfahrungen mit schleswig-holsteinischer, oldenburgischer und mecklenburgischer Butter uns zur Genüge. Es wird Ihnen bekannt sein, daß die erheblichen Unterschiede in der Beschaffenheit der deutschen Butter und ihre Mängel im Gegensatz zu den besten Qualitäten dänischer Butter nach Ansicht maßgebender Sachverständiger unter anderem zurückgeführt werden: 1. Auf eine etwas einseitige Einstellung des deutschen Durchschnitts-Landwirts in wirtschaftlicher Hinsicht und auf mangelhaft entwickelten Gemeinsinn bei ihm, 2. auf mangelhafte technische Ausstattung vieler deutscher Molkereien.

Endlich kommt in Frage, daß die im Durchschnitt qualitativ bessere und in ihrer Beschaffenheit gleichmäßigere dänische Butter gegenüber der deutschen Butter im Preise trotz des Einfuhrzolles von 27.50 Mark je Doppelzentner und höherer Frachtspesen sich im allgemeinen kaum teurer stellt als beste inländische Markenbutter. Das bedeutet mit anderen Worten daß der Einfuhrzoll durchweg in voller Höhe den inländischen Produzenten zugute kommt und nicht, wie es bei den Erörterungen über die Erhöhung der Einfuhrzölle auf landwirtschaftliche Erzeugnisse vielfach behauptet wurde vom Ausland getragen wird, sondern von den deutschen Verbrauchern und zwar im Umfang der gesamten deutschen Butterproduktion.

Daß diese Ausnutzung der Zollsperre möglich ist, hat, was Ihnen natürlich ebenfalls bekannt ist, seinen Grund in der Tatsache, daß die deutsche Landwirtschaft zurzeit nicht imstande ist, den Bedarf der deutschen Bevölkerung an milchwirtschaftlichen Erzeugnissen zu decken, weshalb die fehlende Menge durch Einfuhr gedeckt werden muß. Der Gesamtwert des Einfuhrüberschusses an milchwirtschaftlichen Erzeugnissen betrug bekanntlich 1925 = 552,7 Millionen Mark und 1926 = 445,7 Millionen. Niemand, der auch nur die geringste Ahnung von volkswirtschaftlichen Dingen hat, wird behaupten wollen, daß diese Einfuhr ihre Ursachen in einer böswilligen Abneigung des deutschen Handels und der deutschen Verbraucher gegen die deutsche Landwirtschaft habe.

Es ist deshalb nichts als ein demagogisches Mätzchen, wenn eine gewisse Presse unter absichtlicher Verkennung der reinwirtschaftlichen Betätigung der Konsumvereine den vorstehend begründeten Sachverhalt zu einer politischen Hetze verwendet und die Sache so darstellt, als ob der Bezug ausländischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse sich planmäßig gegen die deutsche Landwirtschaft richte. Wir würden es selbstverständlich begrüßen, wenn die deutsche Landwirtschaft ihre Leistungsfähigkeit in einer Weise steigern würde, die die Einfuhr milchwirtschaftlicher Erzeugnisse unnötig macht und wenn sie dabei den inländischen Bedarf nicht nur der Menge nach, sondern auch hinsichtlich der Güte der Erzeugnisse voll zu befriedigen vermöchte ohne noch weitere Erhöhung der Lebenshaltungskosten der Verbraucher oder Drosselung des Verbrauches durch Schutzzölle."

Wir empfehlen der deutschen Bauernschaft, die Ausführungen des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz zum ernsten Studium. Die deutschnationale Hetze und die des Reichslandbundes hat doch die deutsche Landwirtschaft nur davon abgehalten, die wirtschaftstechnische Umstellung beizeiten vorzunehmen. Wenn die deutsche Landwirtschaft heute in keiner beneidenswerten Situation steckt, so ist das darauf zurückzuführen. Einen Ausweg aus dem gegenwärtigen Elend der Landwirtschaft zeigen die Hinweise des Leipziger Konsumvereins, der zweifellos wie alle anderen deutschen Konsumvereine, bereit ist mit der deutschen Landwirtschaft Hand in Hand zu arbeiten, wenn ihre Produkte marktfähig sind und den Ansprüchen des deutschen Konsums genügen.

Die Lage des französischen Kohlenbergbaues

hat sich in der letzten Zeit merklich verschlechtert. Infolgedessen nehmen die Wirtschaftskämpfe zwischen den Grubenherren und Grubenarbeitern, die sich dagegen wehren, daß sie allein die Last der Krise tragen sollen, immer schärfere Formen an. Nur wenige Grubenherren haben rechtzeitig erkannt, daß dem französischen Bergbau, der technisch und organisatorisch zurück ist, nur mit grundlegenden Reformen geholfen werden muß. Die Mehrzahl der Grubenherren glaubt, daß mit dem bequemen Mittel der Lohnherabsetzung durchzukommen. Auf verschiedenen Kohlenfeldern ist es bereits zu Streiks gekommen, die mit großer Heftigkeit geführt werden und sich allem Anschein nach in die Länge ziehen. Zum Teil fordern die Grubenherren eine Herabsetzung der Löhne um 12 Prozent, obwohl der Monatslohn eines Hauers schon vor der Streikwelle nur 444 Franken betrug.

Der französische Arbeitsminister hat inzwischen auf eine von der Sozialdemokratie eingebrachte Interpellation in der Kammer erklärt, die Regierung werde Lohnkürzungen nicht zulassen. Bis jetzt hat die Regierung aber es bei dieser platonischen Erklärung bewenden lassen.

Amtliche Devisenkurse der Berliner Börse

vom 18. Januar.

1 Pfund Sterling	20.445	100 tschech. Kronen	12.425
1 Dollar	4.193	100 Schweizer Franken	80.775
100 holl. Gulden	169.11	100 Peseten	71.55
100 Peseten = 500 Franken	56.44	100 Lei	19.39
100 Dänische Kronen	112.24	100 Yen	18.91
100 Norw. Kronen	112.09	100 Zloty	46.91
100 span. Kronen	112.99		

Arbeiter-Sport

Um die Kreismeisterschaft des 14. Kreises.

In sämtlichen Bezirken stehen nunmehr die Bezirksmeister fest. Im 1. Bezirk ist es wieder „Süd 1919", Breslau, der sich in zum Teil sehr schweren Spielen auf den ersten Platz durchgerungen hat. „Wacker"-Görlitz ist der Meister des 2. Bezirks. Im 3. Bezirk mußte „Eiche"-Hindenburg die Führung an „Freie Sportfreunde"-Gleiwitz abtreten. Der 4. Bezirk hat seinen Meister in „Ring"-Sandberg ermittelt. „Eintracht"-Bunzlau heißt der Meister des 5. Bezirks, während „Persia"-Grünberg den 6. Bezirksmeister stellt. In der Vorrunde um die Kreismeisterschaft schieden die Mannschaften „Freie Sportfreunde"-Gleiwitz, „Wacker"-Görlitz und „Eintracht"-Bunzlau aus. Erstere verloren gegen „Süd"-Breslau 4 : 2, „Ring"-Sandberg schlug „Wacker"-Görlitz 6 : 2, während „Persia"-Grünberg erst in der Verlängerung „Eintracht"-Bunzlau 2 : 1 schlagen konnte. In der Zwischenrunde spielten „Ring"-Sandberg gegen „Persia"-Grünberg zu Hause unentschieden 1 : 1. Das Wiederholungsspiel findet Ende Januar statt. Bei der Gleichmäßigkeit der Mannschaften ist es unmöglich, den Sieger im voraus zu nennen. „Süd"-Breslau, der spielfrei in die Endrunde kommt, gilt als der aussichtsreichste Bewerber und sollte beim Endspiel im Februar in Breslau bestimmt als Sieger zu erwarten sein.

Freie Turnerschaft Breslau. Zum Kreistag in Hirschberg wählen die Abteilungen nach folgender Aufstellung: Je ein Mandat erhält die 1., 2., 4., 5., 6., 7., 8. Männer-Abteilung und die Fußballabteilung. Je ein Mandat die 1., 2., 3., 4. und 5. Frauen-Abteilung. Zwei Mandate erhält der Vereinsvorstand. Die Vertretung der 3. Männer- und 6. Frauen-Abteilung erfolgt durch den Vereinsvorstand. Die Bestätigung der Delegierten erfolgt in der Vereinsversammlung. Die Abteilungen in der Siedlung werden durch die 4. Frauen- und die 7. Männer-Abteilung vertreten. Die Kartelldelegierten sind gleichfalls bis zur Generalversammlung namhaft zu machen. Jede Abteilung wählt bis zu 100 Mitgliedern einen Delegierten. Abteilungen über 100 Mitglieder zwei Delegierte. Die Bestätigung erfolgt ebenfalls in der Generalversammlung.

Freie Turnerschaft Breslau, e. V. Generalversammlung Sonntag, den 5. Februar, nachmittags 16 Uhr, im Jugendheim An der Matthiaskunst 2. Anträge sind spätestens acht Tage vorher einzureichen. Sonntag, den 29. Januar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshause, Bezirkstag. Vormittags sind Spartentagungen, nachmittags 2 Uhr der Bezirkstag. Die Mandatsbescheinigungen erhalten unsere Delegierten am Sonntag früh. Mitgliedsbücher sowie Partei- oder Gewerkschaftsausweise sind mitzubringen.

Freie Turnerschaft, 4. Männer- und Jugend-Abteilung. Freitag, den 20. Januar, abends ½9 Uhr, Generalversammlung bei Koschek, Luisenstraße 13.

Freie Turnerschaft Breslau, 8. Abteilung. Freitag, 20 Uhr, bei Erner, Schönstraße 17, Probe zum Bunten Abend.

Bezirksvorstand. Fußballsparte. Gesamtvorstandssitzung am Dienstag, den 24. Januar, abends 20 Uhr, bei Firla.

Freie Rudervereinigung Breslau, e. V. Am Montag, den 23. Januar, fällt laut einstimmigem Generalversammlungsbeschluß der Turnbetrieb aus, dafür treffen sich alle Mitglieder restlos bei der am gleichen Tage stattfindenden Generalversammlung der Partei im Gewerkschaftshause. Der Vorstand.

Achtung, Ruderer, Kanufahrer, Schwimmer und Kartelldelegierte! Der für Freitag, den 27. Januar angesetzte Vortrag des Genossen Eggers muß infolge Verhinderung des Referenten auf Freitag, den 10. Februar, abends 7,30 Uhr verlegt werden und findet dann bestimmt statt. Wir bitten, dies weitgehendst zu verbreiten. Die ausgegebenen Karten behalten ihre Gültigkeit.

S.S.V. Süd 1919. Freitag, den 27. Januar, Generalversammlung in Kleitendorf bei Conrad. Mitgliederversammlung am 31. Januar fällt aus.

Sportvereinigung Nordost 03 e. V. Boxabteilung. Sonnabend, den 21. Januar, fällt das Training aus. Pressenotiz am Montag beachten!

Arbeiter-Radfahrer-Verein Breslau. Mitglieder der 3. Abteilung! Der Abteilungsabend am Freitag, dem 20. Januar, fällt wegen des am 21. Januar stattfindenden Maskenballes des Vereins aus. Der nächste Abteilungsabend ist Freitag, den 3. Februar.

Arbeiter-Samariter-Kolonne Breslau. Funktionäre kommen Donnerstag abend 20 Uhr in das Gewerkschaftshaus.

Naturfreunde-Volkstanzkreis. Donnerstag, abends von 6 bis 8 Uhr, Vortanzkreis, von 8 bis 10 Uhr alle Mitglieder und Gäste in der Turnhalle, Paulinenstraße 12. Die Karten für das „Tanzen" werden ausgegeben, welches am 6. Februar stattfindet.

Alle Schmiedegrund-Fahrer müssen Mittwoch in den Heimen erscheinen.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 36
Telefon: Ohle 5052

Die Kommission zur Vorbereitung der Vorschläge tritt heute pünktlich 7,15 Uhr im Parteisekretariat zusammen.

Jungsozialistische Arbeitsgemeinschaften.

Freitag, 20 Uhr, in folgenden Lokalen:

Gruppe Ohlauer Tor, Brockauer Schule, Seitenhaus. Vortrag des Genossen F. Lewy über: „Die Opposition in der 3. Internationale".

Gruppe Scheitnig-Sandkor-Oberlor, Bonderschule. Politischer Aussprache-Abend.

Sozialistischer Jungerdnerdienst.

Knappschaft. Heute, 20 Uhr, kleine Turnhalle.

Abteilung Nord (S.A.B.). Heute, 20 Uhr, Pestalozzi-Turnhalle.

Abteilung Südost (Liebknecht). Wir treffen uns heut um 19,30 Uhr am Oderkanal, Flurstraße, Ecke Brüderstraße.

Sozialistische Arbeiterjugend.

Zu allen Heimen kann noch für den Sprechchor geworben werden.

Bibliothek. Montag wieder geöffnet von 7—½9 Uhr in der Fürstenschule.

Heim 1 (Kletschkauschule). Zu unserem heutigen Abend mit Genossen Neventlow sind wir alle bestimmt schon um ½8 Uhr im Heim.

Heim 3. Heute abend ist alles pünktlich im Heim. Es wird Punkt 8 Uhr begonnen. Genosse Dr. Birnbaum spricht.

Heim 5 (Anderssenschule). Den heutigen zweiten Abend mit Genossin Simmel beginnen wir pünktlich 8 Uhr. Gäste sind uns willkommen. Voranzeige: Am 29. Januar, abends 8 Uhr: „Gedächtnisstunde für Heinrich Heine" im Zeichensaal der Anderssenschule. Kartenverkauf hat begonnen.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Ortsverein. Am 18. Januar verstarb unser Kamerad Friedrich Lengfeld vom Banner 1. Die Kameraden des Ortsvereins bewahren ihm ein treues Gedenken. Die Beerdigung erfolgt heute Donnerstag, 15,30 Uhr, von der Kapelle 2 Friedhof Oswitz aus. Sammeln der Kameraden und der Fahnenabordnungen des Ortsvereins um 15 Uhr vor dem Friedhof.

Freigewerkschaftliches Jugendkartell.

Zentralverband der Angestellten. Heute abend, 20 Uhr, Heim 1: Sozialpolitik-Arbeitsgemeinschaft. Heim 2, Volksschule Posener Straße: Heimabend. Freitag, den 20. Januar, abends 20 Uhr, Zimmer 121 des Gewerkschaftshauses: Jugendausschußsitzung.

Geschäftliches.

Die bekannte Firma Emma Liebich, geb. Köhler, Spezialgeschäft für Betten, Bettfedern, Inlette und Bettwäsche, gegründet Ende 1902 durch Emma Köhler, verlegt am Sonnabend, den 21. Januar, ihre Geschäftsräume von der Neuen Taschenstraße 1a, 1. Etage, in das Nebengrundstück Neue Taschenstraße 1b (Laden) in bedeutend erweiterte helle Räume. Damit verbunden begeht die Firma ihr 25jähriges Geschäftsjubiläum.

Vereinskalender.

Kleinzner. Zu der am Sonnabend, den 21. Januar, 7,30 Uhr, im Gewerkschaftshause, Zimmer 5 (durchs Restaurant), stattfindenden kombinierten Versammlung ladet ein Die Branchenleitung.

Wenn man Dir sagt
Jawohl!
Denk' gleich an
Läkerol!

Beugt Husten und Heiserkeit vor; hemmt die Entwicklung schädlicher Keime; beugt wirklicher Erkrankung des Halses und der Atmungsorgane vor; ist von prominenten Persönlichkeiten empfohlen.

Preis Mk. 0,60 und Mk. 1,—

Beutlhen & Schultz G. m. b. H., Berlin N 39 10481

Touristenverein „Die Naturfreunde". Wintersport-Sektion. Sonntag Anfänger-Uebungsfahrt ins Eulengebirge. Abfahrt nach Vereinbarung. Teilnehmer müssen sich Freitag in der Versammlung zwecks Material- und Gebrauchsprüfung mit den Breitern und Schuhen beim Fahrtleiter Freund Hans Mahn melden. Nichtgemeldete finden keine Berücksichtigung.

Der 1. Arbeiter-Angler-Verein Breslau, e. V., tagt diesmal am 2. Februar, 19,30 Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses. Fischerei- und Angel-Erlaubnisscheine, sowie Bahnenkarten müssen in dieser Versammlung abgegeben werden. Mitglieder-Beiträge sind restlos zu bezahlen, da sonst der Anspruch auf eine neue Angelkarte erlischt. Vollzähliges Erscheinen erwartet der Vorstand.

Amtlicher Wetterbericht
des Meteorologischen Observatoriums Krietern bei Breslau.

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten.)

Die über Skandinavien und dem Baltikum entstandenen Kaltluftmassen beginnen, langsam nach Süden vorzustoßen und bringen auch uns wieder winterliche Witterung. Infolge Vorhandenseins einer frischen Schneedecke ist bei nächtlichem Aufklären mit stärkeren Strahlungsfrösten zu rechnen. Auch können zunächst noch weitere Schneefälle (Gebirge) erwartet werden.

Aussichten für das schlesische Flachland.

Nordostwind, wolkig, zeitweise Schneefall, zunehmender Frost.

Aussichten für das schlesische Mittelgebirge.

Frischer Nordost, wolkig, zeitweise Schneefall, Verschärfung des Frostes.

Aussichten für das schlesische Hochgebirge.

Frischer Nordost, neblig-wolkig, zeitweise Schneefall, strenger Frost.

Letzte Wetternachrichten.

Datum 19. 1. 28	Temperatur heut früh	Temperatur Maxim. seit 24 Stunden	Temperatur Min. seit 24 Stunden	Wetter	Wind	Niederschlag mm	Schnee cm
Gründberg	−3	0	−4	wolkig	OSO	1	1
Görlitz	−1	1	−1	bedeckt	NNW 2	2	4
Liegnitz	−2	−0	−3	-	SO 2	5,6	
Bad Flinsberg	−4	−0	−4	Nebel	N 1	8	4
Heufuderbaude	−4	−1	−5	-	SW 1	gering	100
Oberschreiberhau	−5	1	−6	Schnee	W 1	gering	6
N. Schles. Baude	−8	−3	−8	Nebel	SW 4		120
Reisträgerbaude	−11	−2	−11	heiter	SW 4		120
Schneekoppe	−7	6	−11		S 3	3,0	47
Neumarkt	−2	3	−2	bedeckt	SO 2	4,0	
Krietern	−2	1	−2	-	still	2,2	
Zobten							
Bad Salzbrunn	−3	0	−4	bedeckt	still		
Friedland (Bez. Breslau)	−4	2	−4	-	SSW 3	2,0	
Reinerz	−4	1	−4	-	still	3,0	3
Landeck	−3	1	−6	-	SO 1	0,2	5
Reichenstein	−2	1	−4	wolkig	WNW	3,0	1
Festenberg	−3	1	−3	bedeckt	SO 1	gering	
Neiße	−2	1	−3	-	still	4,0	2
Brostau	−2	1	−2	-	WNW 3	1,0	
Kreuzburg	−3	1	−4	-	SSO 1	4,0	
Gleiwitz	−2	0	−2	-	still	gering	1
Beuthen	−2	3	−2	wolkig	W 2		0,5

Das Wetter im Gebirge:

Von den nachfolgenden Stationen werden der Reihe nach Angaben gemacht über: Schneehöhe, Neuschnee, Schneebeschaffenheit, Sportmöglichkeit.

Heufuderbaude: 110, 6—10, Pulverschnee, Ski und Rodel sehr gut. **Bad Flinsberg:** 12, 6—10, gefärnt, Ski mäßig, Rodel gut. **Schreiberhau:** 8, 6—10, Pulverschnee, Ski und Rodel mäßig. **Neue Schlesische Baude:** 120, 6—10, Pulverschnee, Ski und Rodel sehr gut. **Reisträgerbaude:** 120, 3—5, Pulverschnee, Ski und Rodel sehr gut. **Seidorf:** 10, 6—10, etwas verharscht, Ski und Rodel gut. **Krummhübel:** 7, 6—10, Pulverschnee, Ski und Rodel mäßig. **Brückenberg:** 28, 6—10, etwas verharscht, Ski und Rodel gut. **Teichmannbaude:** 30, 6—10, Pulverschnee, Ski und Rodel gut. **Hampelbaude:** 100, 16—20, Pulverschnee, Ski und Rodel sehr gut. **Schlingelbaude:** 70, 6—10, stark verharscht, Ski und Rodel sehr gut. **Prinz-Heinrich-Baude:** 140, 6—10, etwas verweht, Ski und Rodel gut. **Schlesierhaus:** 110, 3—5, Pulverschnee, Ski und Rodel sehr gut. **Grenzbauden:** 70, 16—20, Pulverschnee, Ski und Rodel sehr gut. **Peterbaude:** 120, 3—5, Pulverschnee, Ski und Rodel sehr gut. **Spindlermühle:** 80, 6—10, Pulverschnee, Ski und Rodel gut. **Bad Salzbrunn:** 6, 6—10, etwas verharscht, Ski und Rodel nur stellenweise möglich. **Görbersdorf:** 16, 3—5, Pulverschnee, Ski und Rodel gut. **Silberberg:** 9, 3—5, etwas verharscht, Ski mäßig, Rodel gut. **Hohe Eule:** 70, Pulverschnee, Ski und Rodel gut. **Zimmermannsbaude:** 45, 11—15, Pulverschnee, Ski und Rodel sehr gut. **Reinerz:** 10, 3—5, Pulverschnee, Ski mäßig, Rodel gut. **Landeck:** 3, 1—2, keine Sportmöglichkeit. **Wölfelsgrund:** 5, 1—2, Pulverschnee, Ski mäßig, Rodel gut. **Glatzer Schneeberg:** 140, 3—5, Pulverschnee, Ski und Rodel sehr gut, Rauhreif. **Hochschar:** 90, 3—5, Pulverschnee, Ski und Rodel sehr gut. **Roßberg:** 100, 6—10, Pulverschnee, Ski und Rodel sehr gut.

Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Stadttheater. Heute Donnerstag, 20 Uhr, als 11. Abonnements-Vorstellung der Serie E: Verdis „Rigoletto" mit C. A. Neumann in der Titelpartie. Freitag, nachmittags 15,30 Uhr, Erwerbslosen-Vorstellung (kein Kartenverkauf); abends 20 Uhr als 11. Abonnements-Vorstellung der Serie C: Beethovens „Fidelio". Sonnabend, Anfang 19 Uhr: „Lohengrin".

Lobetheater. Letzte Vorstellungen von „Fünf von der Jazzband" finden heute und morgen statt. Sonnabend und Sonntag, 15,30 Uhr, zu kleinen Preisen: „Christkindleins Märchenwald" von Carl Behr. Sonnabend: „Die Erbschaft" des neuen spanischen Dichters Antonio Azpeitua in der Inszenierung von Dr. Franz Joseph Engel zum ersten Male.

Thaliatheater. Donnerstag, Freitag, 20 Uhr, Sonntag 15,30 Uhr (zu kleinen Preisen), Bernard Shaws Komödie „Zinsen". „Schneeweißchen und Rosenrot" gelangt in dieser Woche nur einmal, und zwar Sonnabend, 15,30 Uhr zu kleinen Preisen zur Wiederholung. Sonnabend, 20 Uhr: Erstaufführung von Wolodymyr Wynnytschenkos Drama „Die Lüge" in der Inszenierung von Carl Behr.

Schauspielhaus. Die mit größtem Erfolge zur Aufführung gebrachte Operette „Eine Frau von Format" gelangt täglich zur Darstellung. Sonntag nachmittag geht Kollos beliebte Operette „Drei arme, kleine Mädels" in Szene.

Liebichtheater. Es ist dem Liebichtheater gelungen, als besondere Attraktion den europäischen Schwergewichtsmeister Franz Diener für Sonnabend, den 21. Januar, für ein Auftreten zu gewinnen. Einen besonderen Reiz wird diese Vorstellung dadurch ausüben, daß die 70 Zentimeter hohen Urbanis, die kleinsten Athleten der Welt, Herrn Diener zu einem Match herausgefordert haben.

Familien-Anzeigen

Am 18. Januar verschied unser Mitglied

Frau Margarete Vater

im Alter von 27 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Ortsverein Breslau. 2962

Beerdigung Sonnabend, den 21. Januar, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause, Alexanderstr. 19, nach Gräbschen. Friedhof 28.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Am Sonntag, 15. Januar, nachts 1½ Uhr, verstarb unser Freund und Verbandskollege, der Schmied

Josef Walke

im Alter von 53 Jahren. 2961

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.

Beerdigung Donnerstag, 19. Januar, nachm. 2 Uhr, v. d. Kapelle d. St. Heinrich-Friedhofes, Strehlener Str.

Nach langem Krankenlager starb unser alter Mitkämpfer

Georg Neubert

Wir verlieren in ihm einen mutigen und treuen Streiter für unsere Ideen. 2963

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm

Sozialdemokratische Partei, Ortsverein Breslau-Nordwest-Bezirk, Bezirk Deutsch-Lissa.

Beerdigung: Donnerstag, den 19. Januar 1928, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause in Deutsch-Lissa.

Achtung!!

Meine Tochter, Frau Hildegard Krappe, ist nicht mehr auf dem Wege bei Herrn Richard Krappe, Brunnenstraße 44, Schlafen zu suchen. Frau Krappe sehe lieber nach in meiner Gegend. 17

Anna Gerhardt / Gleiwitz, Geist

Drucksachen aller Art liefert schnell und billig Buchdruckerei Volkswacht, Breslau 2, Ziegelstraße 6/8

Am 18. Januar erlöste ein sanfter Tod nach langem, schwerem Leiden meine liebe, gute Frau, unsere herzensgute Tochter, Schwester, Schwiegertochter, Schwägerin, Tante, Nichte und Cousine

Margarete Vater

geb. Dutlke

kurz vor Vollendung ihres 28. Lebensjahres.

Breslau, den 18. Januar 1928. 54

Kurt Vater als Gatte
nebst Angehörigen.

Beerdigung: Sonnabend, den 21. Januar, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause, Alexanderstraße 19, nach dem Kommunal-Friedhof in Gräbschen.

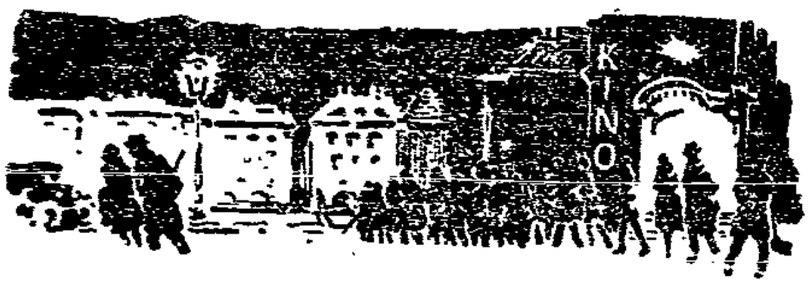
NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN

Regelmäßige direkte Abfahrten
mit Doppelschrauben-Dampfern
für Reisende u. Auswanderer von Bremen nach

CANADA

Nähere Auskunft über Einreisebedingungen u. Abfahrten erteilt

In Breslau: [illegible] Hyazinthenstraße 6 G. m. b. H., Neue Schweidnitzer Straße 6 (Alter Ring). 8219



Gefahr droht Ihnen!

wenn Sie aus dem erhitzten Lokal in die kalte Winternacht treten.

Nebel, Kälte, Regen – als Folge ein Katarrh, der nie aufhören will.

Lieber vorbeugen! Ein paar Wybert-Tabletten im Saale als Schutz vor Infektion.

Einige vor dem Hinaustreten, und die drohende Gefahr einer langwierigen Erkältung ist gebannt.

Wybert-Tabletten wirken nicht nur schleimlösend und keimtötend, sie sind auch erfrischend – daher unschädlich für Zähne und Magen.

Wybert-Tabletten

1 Mark
in Apotheken und Drogerien

Berücksichtigt unsere Inserenten!

Aus aller Welt.

...chs Freitode in Berlin an einem Tage.

Im Grünauer Forst bei Berlin wurden am Mitt... früh in der Nähe eines Bahndamms die Leichen des ...jährigen Arbeiters Wilhelm Hagerer und der um zwei ...nate älteren Frau Elisabeth Schröder, die beide in ...Königswusterhausen ge... haben, mit Kopfschüssen aufgefunden. Neben ihnen lagen ... Revolver und ein Brief. Wie festgestellt wurde, waren ...erer und Frau Schröder seit mehreren Jahren miteinander ...reundet. Hagerer hatte seinerzeit seine Freundin heiraten ...len, war aber von deren Eltern abgewiesen worden, weil ...n ihn für zu jung hielt. Vor etwa zwei Monaten verheiratete ... dann das Mädchen mit einem anderen Manne, kam aber ...d zu der Erkenntnis, daß sie sich doch mehr zu Hagerer hin... ...gen fühlte. Beide beschlossen nun, gemeinsam in den Tod ...gehen. Allem Anschein nach hat der junge Mann erst die ...u durch einen Kopfschuß getötet und sich dann selbst das ...en genommen. — Auf der Toilette des Stettiner Vor... ...bahnhofes in Berlin erschoß sich am Mittwoch morgen ... noch nicht festgestellten Gründen der 48jährige Lokomotiv... ...rer Willibald Müller aus Stargard in Pommern. In der Nacht zum Mittwoch sprang der 36jährige Ober... ...ersekretär Pietz von der Charlottenburger Brücke ...Berlin in den Landwehrkanal und ertrank. — Wegen ...zwistigkeiten versuchte sich in ihrer Wohnung in der Kuf... ...instraße in Berlin eine 50jährige Frau mit Veronal ...vergiften; sie konnte jedoch gerettet werden. — Mit Kleesalz ...giftete sich auf offener Straße im Zentrum von Berlin ...24jähriger junger Mann; sein Zustand ist besorgniserregend.

Drohender Hauseinsturz.

In Berlin-Charlottenburg (Hebbelstraße) ...seit mehreren Tagen ein ganzer Häuserblock gefährdet. Der ...rliner Polizeipräsident hat deshalb jetzt die ...ortige Räumung der Wohnungen angeordnet. ...erdem wurde die sofortige Sperrung der Hebbel... ...aße für den Verkehr mit schweren Fuhrwerken ...fügt. Die zu räumenden Wohnungen liegen in der dritten ... vierten Etage des Hauses. Als der Polizeipräsident am ...ittwoch die gefährdeten Quartiere besichtigte, stürzte plötzlich ... großes Stück Stuck von der Decke. Die Bewohner des dritten ...ockwerks konnten durch einen großen Spalt in der Decke dem ... dem darüberliegenden Stockwerk befindlichen Polizei... ...sidenten die Hand entgegenstrecken. Trotz dieser offensicht... ...en lebensgefährlichen Beschädigungen hatte der Leiter der ...rliner Baupolizei bis zuletzt die Verfallserscheinungen als ...t erheblich und besorgniserregend hingestellt.

Einbruch bei einem Schriftsteller.

In der Wohnung des Schriftstellers Marcello Rogge ...Berlin-Charlottenburg wurde am Mittwoch in den ...ten Abendstunden ein dreister Einbruch verübt. Fast alle ...lber- und Schmucksachen wurden gestohlen. Von den Tätern ...lt jede Spur.

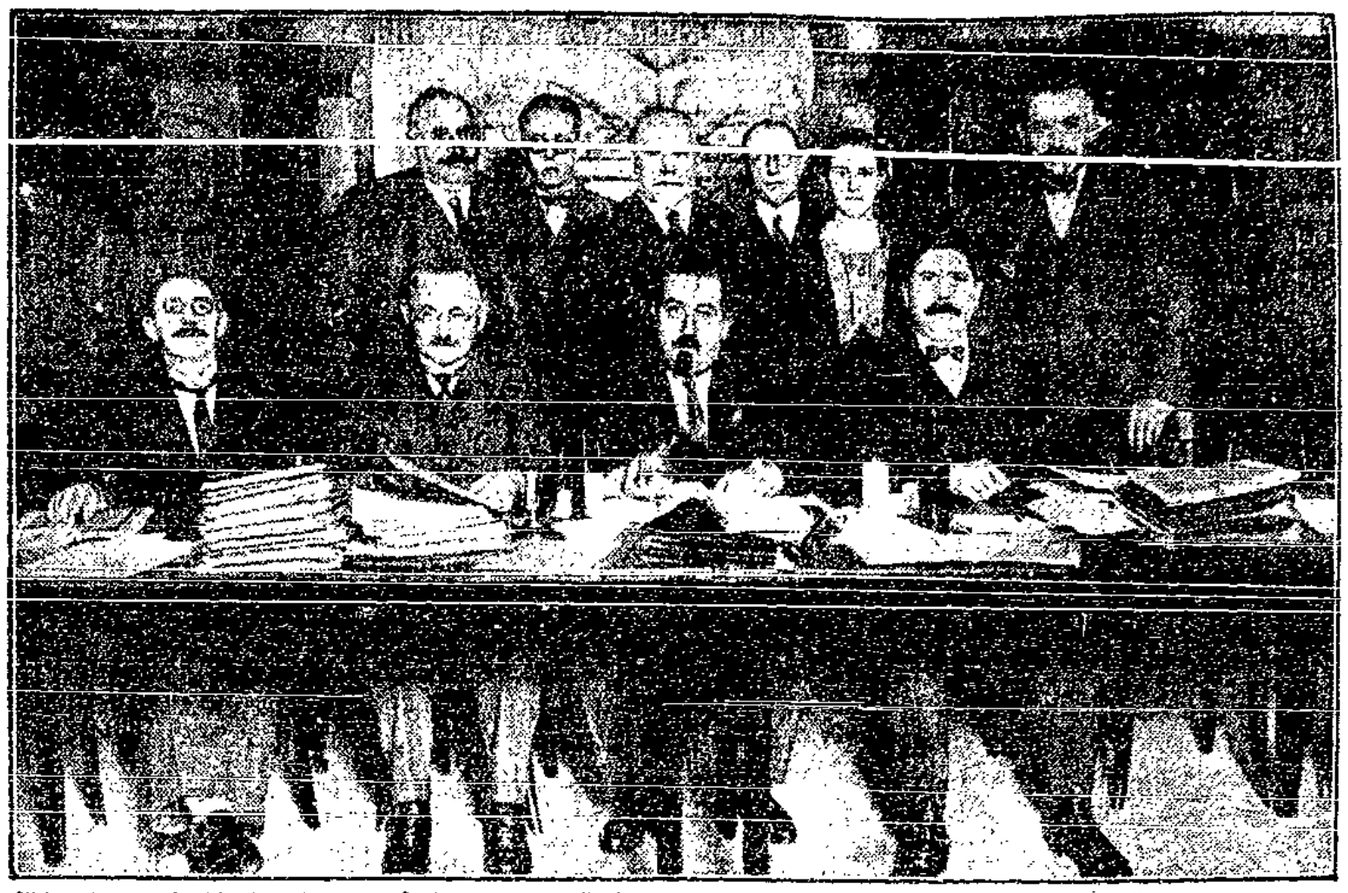
Ein Warenhaus am Potsdamer Platz?

Die Berliner Stadtverordneten haben sich ...n das Projekt des Magistrats ausgesprochen, wonach das der ...nada-Landcompagnie bzw. dem Bankhaus ...hlesinger-Trier & Co. gehörige frühere Bellevue... ...tel gegen das der Stadt gehörige Grundstück ...llevuestraße 2 bei einer Zuzahlung von 750 000 Mark ...ch die Gesellschaft ausgetauscht werden sollte. Ein großes ...rliner Warenhaus, das sich von jeher für einen großen, nach ...dernsten Prinzipien aufgezogenen Hotelbau am Potsdamer ...tz interessierte, und an das auch schon Schlesinger-Trier & Co. ... einem dahinzielenden Projekt herangetreten waren, soll jedoch ...h heute noch nicht abgeneigt sein, sich an einem derartigen ...telbau nach amerikanischem Muster zu beteiligen. Von einem ...chen Hotel verspricht man sich eine Belebung des Berliner ...ntrums.

...taatspräsident Bazille von Württemberg

...t sich als Korreferent auf der Reichskonferenz der Länder erneut ...s engstirniger Parteimann und Partikularist erwiesen. Sein ...rogramm sieht eine Beschränkung des Reichs und Zerstörung ...ns vor und verlangt die Ausgabe der Finanzhoheiten an ...e Länder. Bazille, der seit 1924 in Württemberg „regiert", ist ... Jahre alt, französischer Abstammung, war Zurist und im Kriege ...ivilgouverneur von Limburg. Er gehört dem württembergischen ...andtag und dem Reichstage an und steht auf dem rechten Flügel der Deutschnationalen Volkspartei.

Tagung des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Berlin.



Die führenden Persönlichkeiten auf der gegenwärtigen Tagung des Internationalen Gewerkschaftsbundes im Berliner Gewerkschaftshaus. Von links: sitzend: Tayerle (Prag), Sassenbach, Jouhaux (Paris), Mertens (Brüssel); stehend: Kneber (Wien), Nemecek (Prag), Madsen (Dänemark), Staal, Frau Roß, Leipart.

Zuchthausstrafe für einen Polizeibeamten.

Wegen Amtsunterschlagung und Beseitigung amtlicher Urkunden wurde Mittwoch der Polizeioberwachtmeister Füg vom Großen Schöffengericht Berlin zu einem Jahre Zuchthaus verurteilt. Der Angeklagte hatte im Laufe von drei Monaten rund 250 Mark Gebühren unterschlagen. Die Angaben des Angeklagten, daß im Revier alles drunter und drüber gegangen sei und die Papiere kunterbunt durcheinander gelegen hätten, wurden in der Beweisaufnahme bestätigt.

Ein schwerer Raubüberfall

wurde in der Nacht zum Mittwoch gegen 2 Uhr durch drei maskierte mit Pistolen bewaffnete Räuber auf das Mühlengehöft Dahmsdorf-Müncheberg bei Berlin verübt. Die Verbrecher überraschten den Müller und seine Familie im Schlaf. Während einer der Räuber mit vorgehaltener Waffe den Müller in Schach hielt, öffneten die beiden anderen die Behältnisse und rafften an sich, was sie an Geld und Wertgegenständen fanden. Die Täter sind entkommen. Man nimmt an, daß es sich um dieselben Verbrecher handelt, die im November vorigen Jahres in der Nähe des jetzigen Tatortes bei einem Raubanschlag auf einen Bahnwärter Lohngelder erbeutet haben.

Eine ungetreue Buchhalterin.

Nach Unterschlagung von 18 000 Mark ist aus Potsdam die Buchhalterin Eva Chevalier geflüchtet, die dort seit Jahren beim Potsdamer Beamtenverein tätig war. Von den veruntreuten Geldern hat sie 8000 Mark einer Freundin in Potsdam geschenkt. Wie die Ermittelungen ergaben, reichen die Unterschlagungen bis in das Jahr 1926 zurück. Der Polizei hatte die Buchhalterin vor ihrer Flucht eine genaue Aufstellung der unterschlagenen Gelder zugeleitet.

Untergang eines Schleppers.

In der Nacht zum Mittwoch wurde der Schleppdampfer „Steinmetz" der Rostocker Firma Otto Ludewig, der auf der Warnow einen rumänischen Dampfer von Warnemünde nach Rostock schleppen sollte, in der Nähe der Arado-Flugzeugwerft in Warnemünde durch angestaute Treibeismassen an der Weiterfahrt gehindert. Der auflaufende Dampfer rammte die „Steinmetz" und drückte sie unter das Eis, so daß der Schlepper sofort sank. Dabei fand der Heizer Heinrich Pinnow aus Rostock den Tod.

Hauseinsturz.

In Sonneberg in Thüringen stürzte am Mittwoch mittag das im Umbau befindliche Wohnhaus der Buchhandlung von Glaja in der Bahnhofstraße zusammen. Der Sohn eines Bauwerkmeisters und ein Lehrling wurden schwer verletzt. Ein im Obergeschoß wohnender Architekt konnte sich noch rechtzeitig in Sicherheit bringen.

Im Bett verbrannt.

Die 70jährige Frau Schmidt in Spremberg ist in ihrem Bett auf entsetzliche Weise ums Leben gekommen. Die alte Frau pflegte Pfeife zu rauchen und allem Anschein nach sind dabei durch glimmende Tabakreste Kleidungsstücke in Brand geraten und haben den Erstickungstod herbeigeführt.

Ueber 70 Rehe an Leberegelseuche verendet.

In den Waldungen in der Gegend von Oelde (Braunschweig) herrscht in geradezu verheerender Weise die Leberegelseuche unter dem Hochwild. So wurden im letzten Herbst in den Nagelschen Forsten nicht weniger als sechzig an dieser furchtbaren Seuche verendete Rehe gefunden und im Geisterholz 10. Auch die Besitzer von Privatjagden teilen das Grassieren dieser Seuche mit, durch die der schöne Wildstand dieser Gegend schwer geschädigt wird.

Das Urteil im Vatermordprozeß Haag.

Im Mordprozeß Haag wurde Dienstag vom Schwurgericht Karlsruhe das Urteil gefällt. Der 22jährige Zigarrenmacher Joseph Haag aus Kirnach bei Bruchsal, der am 2. Oktober vorigen Jahres im Hofe des Anwesens seiner Eltern seinen 50jährigen Vater ohne jeden Grund erstach, wurde wegen Totschlages zu elf Jahren drei Monaten Zuchthaus abzüglich der drei Monate Untersuchungshaft und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt.

Ein Oberwachtmeister als Dieb.

Eine nicht alltägliche Anklage wurde dieser Tage vor dem Schöffengericht in Rostock verhandelt; mehr als zwanzig Zeugen waren geladen. Der 31jährige Oberwachtmeister der Ortspolizei Otto Lindberg, der elf Jahre im Dienst steht, war beschuldigt, am 30. Oktober vorigen Jahres durch Anbohren einer Platte aus der Kasse des Offizierskasinos 200 Mark gestohlen zu haben. Die Anklage stützte sich auf Fingerabdrücke und darauf, daß die Bohrlöcher von einem Bohrer stammen sollten, den der Angeklagte sich am Tage der Tat geliehen hatte. Der Oberwachtmeister hatte zunächst bestritten, an dem fraglichen Tage in den Räumen des Kasinos gewesen zu sein; er gab das aber später zu, brachte jedoch gleichzeitig durch Zivilisten einen fast lückenlosen Alibi-Beweis, dem allerdings abweichende Zeugenaussagen seiner Kameraden entgegenstanden. Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme kann die Tat nur das Werk weniger Minuten gewesen sein. Während der Staatsanwalt sechs Monate Gefängnis beantragte, erkannte das Gericht wegen mangelnden Beweises auf Freispruch. Die Dienstzeit des Angeklagten läuft zu Ostern dieses Jahres ab.

Doppelleben eines Banditen.

In Sosnowice wurde der sehr vermögende 51jährige Kaufmann Johann Lewandowski durch Beamte der Lodzer Untersuchungspolizei wegen Teilnahme an vielen Banditenüberfällen verhaftet. Der Verhaftete ist ein berüchtigter Bandit, der in Wirklichkeit Johann Walpzewski heißt und bereits 14 Jahre Zuchthaus wegen schwerer Raubüberfälle abgesessen hatte. Er erfreute sich in Sosnowice allgemeiner Hochachtung, da niemand von seinem Doppelleben etwas ahnte. Bei seiner Verhaftung versuchte er sich mit einem Revolver zu erschießen, doch wurde er daran gehindert.

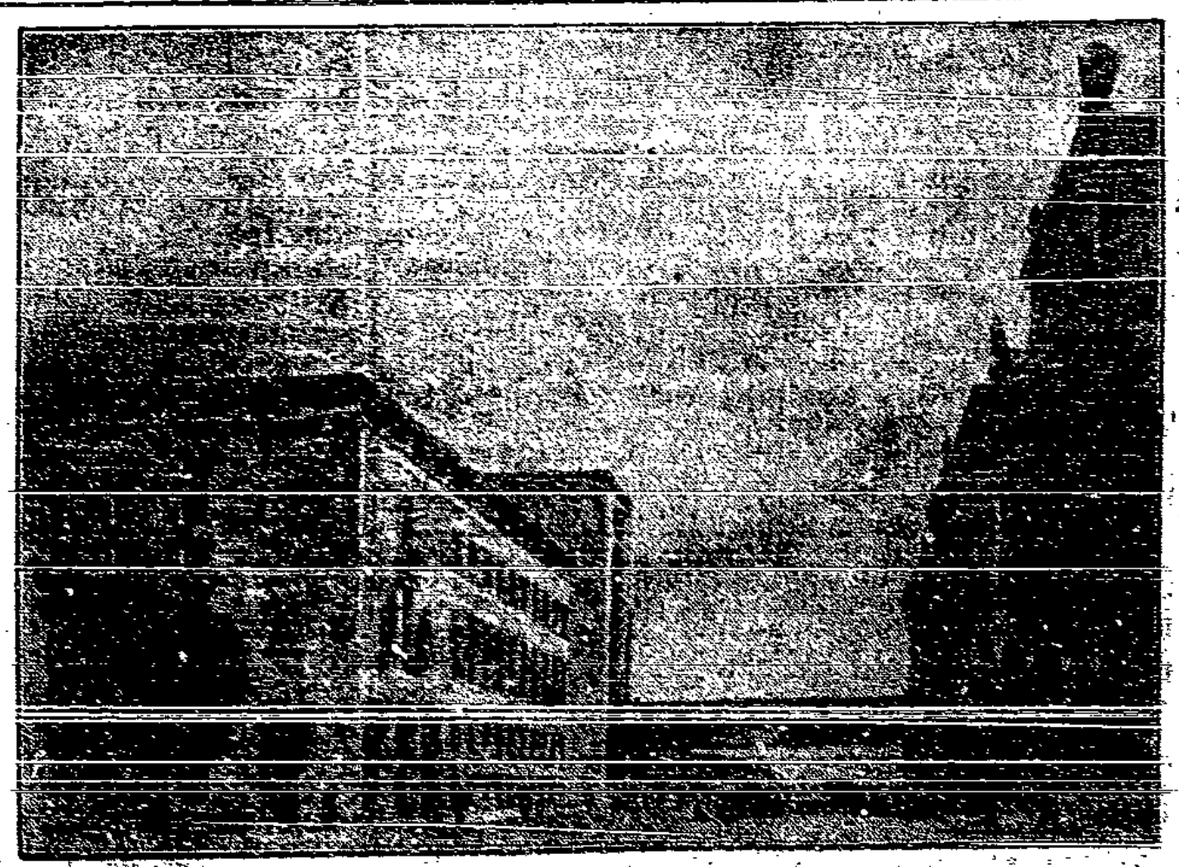
Kampf mit Piraten.

In der Nähe von Hongkong überfielen am Dienstag chinesische Seeräuber den Dampfer „Sannam Hoi", dessen Besatzung sich aber energisch zur Wehr setzte. Bei dem heftigen Kampf wurden der erste Offizier und zwei Wachsoldaten getötet und zwei weitere indische Soldaten verletzt. Als ein britisches Kanonenboot nahte, flohen die Seeräuber. Der überfallene Dampfer ist am Mittwoch in Hongkong eingelaufen.

Der Erweiterungsbau des Reichstages.

Der mit einem zweiten Preis ausgezeichnete Entwurf „Wallot" des Frankfurter Architekten Schaupp.

Da der alte Wallotbau für unsere zahlreichen Volksvertreter viel zu klein geworden ist, muß ein Anbau vorgenommen werden, für den bis jetzt 288 Entwürfe eingegangen sind. Von den Arbeiten wurden drei mit dem zweiten Preis ausgezeichnet, ein erster Preis gelangte nicht zur Verteilung. Außerdem sind drei Entwürfe vom Reichstag angekauft worden.



Aus Schlesien.

Neuer Kurs in der PPS.

Biniszkiewicz zieht seine Kandidatur zurück. — Neue Parteileitung. — Das Wahlbündnis mit den deutschen Sozialisten bleibt bestehen.

Wie das Wolffsche Telegraphenbüro aus Kattowitz meldet, sind die bisherigen Führer und Kandidaten zur Sejm- und Senatswahl, Genossen Biniszkiewicz, Kunfeld Juchelelek, Pech, Wengrzik im Verlaufe der Auseinandersetzungen, die schon seit einiger Zeit innerhalb der Polnischen Sozialdemokratie Ostoberschlesiens vor sich gingen, von ihren Kandidaturen zurückgetreten und haben ihre Parteimandate niedergelegt.

Die bisherige Opposition hat in einer besonderen Konferenz eine neue Parteileitung gewählt. Dem Parteivorstand der Deutsch-sozialdemokratischen Partei wurde erklärt, daß die neue Parteileitung, die von der P.P.S. eingegangenen Verpflichtungen in jeder Weise einhält und an dem Wahlbündnis nichts geändert werde. Die ausscheidenden Mitglieder der Parteileitung gaben ihrerseits die Erklärung ab, daß sie während der Wahl gegen die bisherige Opposition Zurückhaltung üben werden, um den Wahlkampf nicht zu gefährden.

* * *

Die bisherige Opposition verkörpert die Richtung betont sozialistischer Politik, die zu der stark nationalistisch gefärbten Taktik der bisherigen Führer in letzter Zeit in immer stärkeren Gegensatz geriet. Das Bündnis der deutschen und polnischen Sozialisten Ostoberschlesiens dürfte durch den Rücktritt der auf nationalpolitischem Gebiet reichlich belasteten bisherigen P.P.S.-Führer eine nicht unwesentliche Festigung erfahren, die hoffentlich zu einer dauernden Zusammenarbeit der Arbeiterschaft deutscher und polnischer Zunge in der Nachbarrepublik führt.

Das Görlitzer Theater bleibt in städtischer Regie!

Diese Frage wurde in den letzten Monaten in der Oeffentlichkeit lebhaft besprochen, man kann beinahe sagen, heiß umstritten. Die Wirtschaftsparteiler des Stadtparlaments forderten seit langem die Verpachtung des Stadttheaters an einen Privatunternehmer. Das „Spiel der freien Kräfte" sollte anstatt der bisherigen Zuschüsse der Stadt möglichst einen Ueberschuß bringen. Volksparteiler, Deutschnationale, zumteil auch Zentrum, Demokraten und die Völkischen liebäugelten sehr stark mit diesem Gedanken. Die Sozialdemokraten wandten sich energisch dagegen. Die Kommunisten indes hatten es besser. Sie waren desinteressiert, sie pfeifen auf das ganze Theater. Der Magistrat und besonders der verantwortliche Dezernent, Stadtschulrat Dr. Mayrhofer, war in einer schwierigen Lage. So schrieb er kurzerhand sowohl die Verpachtung wie die selbständig zu verwaltende Intendanz für das Theater aus, worauf 87 Bewerbungen selbständig verwaltender Intendanten und 16 für die Pacht eingingen. Von diesen 16 bewarben sich aber auch die meisten für den anderen Fall zugleich um die Intendanz. Neun der Pachtbewerber wurden nun veranlaßt die hiesigen Theaterverhältnisse durch Einsichtnahme in die Bücher usw. persönlich zu studieren. Das Ergebnis war folgendes: Zwei Herren, die den besten Eindruck machten, zogen ihre Bewerbung zurück. Jeder andere aber stellte Forderungen auf außer einer Menge besonderer Vergünstigungen, wie Wohnung, Licht, Heizung usw. eine so hohe Garantiesumme, sodaß der jährliche Gesamtzuschuß der Stadt 300 000 bis 400 000 Reichsmark betragen würde. Das sind bis 75 000 Mark mehr Zuschuß, als das Theater nach dem neuen Haushaltsplan unter der bisherigen Regie verlangt. Hinzu käme noch, daß bei einer Verpachtung alle städtischen und anderen Zuschüsse wegfielen, im vergangenen Jahre insgesamt 35 000 Reichsmark. Nach diesem lehrreichen Ergebnis traten Theaterdeputation und Magistrat zu gemeinschaftlicher Beratung zusammen. Die Ueberraschung bei den Befürwortern der Verpachtung war groß, und es wurde einstimmig beschlossen, die städtische Regie beizubehalten. Und dem wird auch — darüber bestehe kein Zweifel — das Plenum in seiner Sitzung am kommenden Freitag zustimmen. Zudem beantragt der Magistrat aber, für die übernächste Spielzeit sobald als möglich einen neuen Intendanten aus den eingegangenen Bewerbungen zu wählen, der am 1. Juli 1929 seinen Dienst anzutreten hat.

Abschluß der Fusionsverträge für den Waldenburger Bergbau.

Die Niederschlesische Bergbau-Aktien-Gesellschaft, umfassend den gesamten niederschlesischen Bergwerksbesitz der Kalkwerke und chemischen Fabriken, Aktien-Gesellschaft, Berlin, der Gewerkschaft Vereinigte Glücksstern-Friedenshoffnungsgrube Nieder-Hermsdorf und der Rütgerswerke A.-G. ist nun, einer Meldung aus Berlin zufolge, perfekt geworden. Die Fusion erfolgte zunächst als Neugründung mit einem Kapital von 30 000 Mark; das Kapital wird nach der Eintragung der neuen Gesellschaft ins Handelsregister auf 36 Millionen erhöht werden. Zu Vorstandsmitgliedern wurden bestellt: Generaldirektor Tittler, Generaldirektor Dr. Bierhaus, Bergassessoren Beege und Römer, sämtlich in Waldenburg.

Behandlung aufgefundener Luftballone und Drachen mit wissenschaftlichen Apparaten.

Zur Sicherung der Luftfahrt und zu wissenschaftlichen Zwecken werden vom Preußischen Meteorologischen Observatorium Lindenberg, Kreis Beeskow, mittels Drachen und Ballonen Instrumente aufgelassen, die die Temperatur und andere Wetterelemente selbsttätig aufzeichnen. Die Finder solcher Drachen und Ballone werden ersucht, die daran befindlichen Anweisungen zu befolgen und das Observatorium sogleich telephonisch oder telegraphisch von dem Funde zu benachrichtigen. Die Fernsprechanschlüsse sind: Amt Beeskow Nr. 49 und Amt Stralsund Nr. 48. Die Telegrammadresse ist: Observatorium Lindenberg-Observatorium. Den Findern werden die Unkosten für die Benachrichtigung erstattet. Außerdem wird ihnen eine angemessene Belohnung überwiesen.

Die Drachen und Ballone sowie die mitgeführten Apparate sind Eigentum des preußischen Staates. Vorsätzliche Beschädigung oder Entwendung wird strafrechtlich verfolgt.

Schneefälle im schlesischen Gebirge.

Der Schlesische Gebirgsverband teilt mit: In den schlesischen Gebirgen sind wiederum Schneefälle niedergegangen. Weiterer Schnee ist zu erwarten. Die Spurverhältnisse bessern sich zusehends, namentlich in den höheren Lagen, wo leichter Frost herrscht. Im Isergebirge weist die Spurbahnlage 100 Zentimeter Pulverschnee, Ski und Rodelbahn sehr gut. Im Riesengebirge liegt der Schnee bis 120 Zentimeter hoch, vielfach Pulverschnee, zum Teil Schnee und verharscht, Ski und Rodelbahn sehr gut. Glatzer Gebirge 100 Zentimeter Schneehöhe, Pulverschnee, Skibahn gut, Rodelbahn mäßig. Altvatergebirge 35 Zentimeter Schneehöhe, teils Pulverschnee, teils gepreßt. Skibahn gut, Rodelbahn mäßig. Waldenburger Gebirge (Eulengebirge) 42 Zentimeter Pulverschnee, Ski und Rodelbahn gut. In den mittleren Lagen des Gebirges liegt vielfach nur eine leichte Schneedecke, Schneesport beschwerlich und meist unmöglich.

Wohlau. Werbungen für den Lutherbund. Auch hier in Wohlau werden noch Dumme „zur Erneuerung des Reiches" gesucht. So ging hier beispielsweise vor einigen Tagen ein früherer Besitzer im Kreise um, um für den Bund des Herrn Luther zu werben. Merkwürdiger Weise wandte er sich dabei hauptsächlich an Geschäftsleute, von denen bekannt ist, daß sie nie recht gewählt haben.

Waldenburg. Beinahe ein Milchhäuschen umgefahren. Ein mit Brettern beladenes Lastkraftauto der Konradsmühle in Bolanitz bei Freiburg wollte aus der Cochius-Straße in die Freiburger Straße einbiegen, als im gleichen Augenblick diese Straßenkreuzung die Straßenbahn passierte. Um nun nicht mit der Straßenbahn zusammenzustoßen, riß der Chauffeur das Steuer geschwind herum, fuhr einen Lichtmast um und blieb mit seinem Auto etwa 10 Zentimeter vor dem dort befindlichen Milchhäuschen stehen. Durch die Geistesgegenwart des Chauffeurs konnte größeres Unheil verhütet werden.

Waldenburg. Einen jähen Tod fand die erst 14jährige Tochter des Grubenarbeiters Lante. Das Mädchen war bei einem hiesigen Kaufmann in Stellung. Als man sie am Morgen wecken wollte, lag sie tot in ihrem Bett im Schlafraum (der Küche). Wie festgestellt wurde, war der Gashahn nicht fest geschlossen. Das Mädchen hat durch das ausströmende Gas den Tod gefunden.

Grafenort. Hochwassergefahr. Wie gemeldet wird, steigt das Wasser der Neisse dauernd infolge der aufgestauten Eismassen. In den letzten Tagen hat sich der Wasserspiegel um weitere 3 Meter erhöht. Ueberschwemmungen sind an der Tagesordnung.

Striegau. Das Opfer einer alten Unsitte wurde der Kanzleiassistent Gruber aus Liegnitz. Um noch mit dem kurz vor 12 Uhr vom hiesigen Hauptbahnhof nach Liegnitz fahrenden Zuge mitzukommen, sprang er auf den bereits fahrenden Zug auf, trat fehl und stürzte ab. Die über ihn rollenden Wagen verstümmelten ihn vollkommen. Der Unfall wurde infolge des herrschenden Nebels erst bemerkt, als der Zug die Station längst verlassen hatte. Man fand die Leiche des G. im Blut auf den Gleisen liegend. Der Tod des G., der in den 40er Jahren steht, muß auf der Stelle eingetreten sein.

Tschöpsdorf, Kreis Landeshut. Ein Dorf ohne Gasthaus. Die hiesige Einwohnerschaft weiß jetzt nicht mehr, wo sie ihren Bierdurst stillen soll, denn das einzige Gasthaus am Orte, der „Gerichtskretscham" hat jetzt seine Pforten geschlossen.

Löwenberg. Hotel du Roi Fridericus. Hier gibt es ein Hotel, das zum Andenken an einige allergnädigste Uebernachtungen des „Fridericus" den nicht gerade urdeutschen Namen du Roi, d. h. zum König, führt. Vor einigen Tagen berichtete nun der Liegnitzer Generalanzeiger über die Anbringung einer Fridericus-Plakette an dieser historischen Stätte und begründet dabei den französischen Namen des Gasthofes mit folgenden Worten: Der alte Fritz hat bekanntlich einige Male in Löwenberg gewohnt; aus diesem Grunde führt das Hotel auch heute den französischen Namen weiter."

Das „Liegnitzer Tageblatt", das sonst sicher gegen die Fridericuslegende, die aus dem französierenden, die Reichseinheit bekämpfenden alten Fritz einen Vorkämpfer des deutschen Staatsgedankens fabriziert, nichts einwendet, hat hier einmal ganz aus Versehen die Wahrheit gesagt. Der Gasthof heißt wirklich Du Roi, weil Friedrich der Große eben für deutsche Sprache und Kultur herzlich wenig übrig hatte.

Oppeln. Ein Banditenprozeß. Wegen Mordes und schweren Raubes hatte sich vor dem Oppelner Schwurgericht der Hüttenarbeiter Vinzenz Lachetta zu verantworten. Der Angeklagte hatte mit mehreren Komplizen, die nach Ostoberschlesien flüchten konnten, im Dezember 1926 die Wirtschafterin des Teichmächters Wioska in einem Dorfe im Kreise Guttentag überfallen, um sie zu berauben. Als die Räuber das Gehöft betraten, stellte sich ihnen, durch das Bellen des Hofhundes aufmerksam gemacht, der Besitzer entgegen. Er wurde von den Räubern durch zwei Schüsse in die Brust niedergestreckt und starb am folgenden Tage. Nachdem die Banditen auch noch den Schwiegervater des Getöteten, der ihm zu Hilfe eilen wollte, angeschossen hatten, verschwanden sie. Der Staatsanwalt hatte auf Todesstrafe plädiert, das Gericht nahm aber nur versuchten schweren Raub an und verurteilte Lachetta zu zwölf Jahren Zuchthaus und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Rybnik. Dem Tode entronnen. Beim Verladen von Kohle unter Tage auf der Jojimgrube stürzte ein Wagenstößer kopfüber in den Schacht der folgenden Sohle. In seiner Todesangst packte er im Sturz das Förderseil und rutschte an diesem etwa 50 Meter herab. Trotzdem hielt er sich fest. Nach 12 Minuten erst konnten seine Kameraden, die auf Leitern hinabgestiegen waren, ihn aus seiner gefährlichen Lage befreien.

Rybnik. Neues zur Mordsache Sitza. In der Mordsache am Fleischermeister Sitza sind neue Erhebungen gemacht worden. Danach hat sich herausgestellt, daß die Frau des Täters Marczok von der blutigen Tat gewußt und zu deren Vorbereitung aus Sackleinwand Masken für den Ueberfall hergestellt hat. Die Frau wurde wegen Mittäterschaft verhaftet.

Pol. Poln.-Oberschlesien. Dem Schlachtfeld der Arbeit. Im Schulhof von Czulow berührte der Arbeiter L. Klimla beim Reinigen der sogenannten Holländer unvorsichtigerweise eine elektrische Leitung und wurde von dem Strom auf der Stelle getötet.

Myslowitz. Das Banditenunwesen in Oberschlesien. Nachdem das Entsetzen über die blutige Mordtat an dem Fleischermeister Sitza noch nicht ist, kommt bereits wieder eine Nachricht von einem neuen Raubüberfall. Auf dem Wege von Mersi nach Kolonienhütte wurde der Restaurateur Rudolf Krause aus Ellguth am Montag abend von zwei Banditen überfallen und mit dem Revolver zur Herausgabe des Geldes genötigt. Da dem Ueberfallenen sein Leben lieber als seine Barschaft war, gab er sein ganzes Geld, zirka 4700 Zloty, hin. Die Räuber suchten daraufhin das Weite. Krause meldete den Vorfall sofort in Myslowitz, die Verfolgung der Banditen ist sofort aufgenommen worden.

Landkreis Breslau-Neumarkt.

Stammhalter-Nöthen Schlesischer Gutsbesitzer.

Herr Wunderlich aus Pfaffenbari angeklagt mit Zigeunern.

Die Kalamitäten unserer schlesischen Gutsbesitzer finden jeden Tag neue, markante Beispiele. Unterhandelt da am Dienstag der Gutsbesitzer Herr Wunderlich aus im Stadtteil Pfaffenbari von Neumarkt mit seinem Knecht und wird, wie das so üblich ist, sehr laut, so laut, daß er statt mit dem Wort, mit dem Stiefel zu argumentieren beginnt und den Knecht mit voller Wucht in den Unterleib tritt. Der Getretene fiel rückwärts an ein Pferd, das scheute und ihm schwere Verletzungen im Gesicht und Rippenbrüche beibrachte.

Wir erwarten, daß Herr, unseres Wissens gut christlich gesinnte Herr Wunderlich im wirtschaftlichen Interesse für seine Stammhalternöten entsprechend zur Verantwortung gezogen wird.

Ohlischa. Unsere Generalversammlung fand am 14. Januar statt und begann mit dem vom Vorsitzenden erstatteten Geschäftsbericht, der finanziell wie ideelerseits ein gutes Ergebnis zeigte. Die alsdann erfolgte Neuwahl des Vorstandes ergab die [illegible] Hermann Grätzner, Vorsitzender; 1. Kassierer: Erich Lenkert, Ohlischa; 2. Kassierer: Hermann Grätzner, Vorsitzender; 1. Schriftführer: Erich Dehmelt, Ohlischa; 2. Schriftführer: Johann Kettin, Ohlischa. Als weiter Punkt der Tagesordnung folgte ein lehrreicher Vortrag des Genossen Hannak über die wirtschaftliche Not des deutschen Proletariats, der vom Genossen Ignaz Klose wirksam unterstrichen wurde. Zur Kreistagswahl wurde Genosse J. Klose und Heinrich Kriesewetter aufgestellt; zur Unterbezirksgeneralversammlung die Genossen Paul Lubich, Julius Heike und Alfred Müller und zur Frauenkonferenz am 29. Januar die Genossin Anna Fehlke delegiert. Nach Erledigung örtlicher Angelegenheiten wurde die besuchte Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Partei geschlossen.

Hundsfeld. Unsere diesjährige Generalversammlung am 14. Januar im „Gelben Löwen" erfreute sich eines guten Besuches. Vorsitzender Genosse Schaaf eröffnete die Versammlung und wünschte allen Anwesenden ein gesundes, neues Jahr. Hierauf wurde die Tagesordnung bekannt gegeben. Zu Punkt 1 erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht, nach dem die Partei eine Zunahme von 18 Mitgliedern zählte. Die Parteipresse konnte die Leserzahl im letzten Monat um 28 erhöhen. Zu Punkt 3 wurde dem Kassierer Entlastung für die Quartalsabrechnung erteilt; dann wurde der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt. Vorsitzender: Genosse Wilhelm Schaaf; Kassierer: Genosse Karl Baudis; Schriftführer: Genosse Hermann Schumann; Revisoren: die Genossen Knur und Laschinski; Pressewart: Genosse May. Zu Punkt 4 wurde zur Generalversammlung des Unterbezirks die Genossen Blauschke und [illegible] zur Frauenkonferenz Genossin und Genosse Schaaf delegiert. Für die Kreistagswahl wurden die Genossen August Fischer und Hermann Müller II aus Wildschütz aufgestellt. Genosse Schiffer hielt einen sehr lehrreichen Vortrag über das politische Kampfjahr 1928. Stürmischen Beifall brachte eine Glosse des sogenannten Landarbeiters Hernig. Wer dieses glaubt, dem ist nicht mehr zu helfen. Bei Punkt Verschiedenes wurde bekanntgegeben, daß der Bezirksvorstand nach den §§ 28 29 den Genossen Hoffmann aus der Partei ausgeschlossen hat. Nach verschiedenen Richtigstellungen schloß um 22,30 Uhr der Vorsitzende mit einem kräftigen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie die Versammlung.

Neumarkt. Eine Vollsitzung des Ortsausschusses des ADGB. (Gewerkschaftskartell) findet am Sonnabend, den 21. Januar, abends 8 Uhr, im Gasthof „zum gelben Löwen" statt. Die Vorstandsmitglieder sämtlicher Gewerkschaften müssen vertreten sein. Die Vorsitzenden tragen außerdem für Einladung der Delegierten Sorge. Für Gewerkschaften, welche den zugegangenen Fragebogen noch nicht ausgefüllt haben, ist Endtermin für die Zustellung Sonnabend.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".
Kreis Breslau-Land.

Freitag, den 20. Januar:

Ortsverein Brockau. 19,30 Uhr im Mendes Rathaus: Monatsversammlung.

Sonnabend, den 21. Januar:

Ortsverein Schmelz. 20 Uhr im Gasthaus Kabitz, Schmelz: Jahresversammlung.

Ortsverein Herrnprotsch. 20 Uhr im Gasthaus Maskos, Herrnprotsch: Monatsversammlung.

Ortsverein Carlowitz-Schottwitz. 18,30 Uhr im Gasthaus Krause, Gabitzstraße: Monatsversammlung.

Sonntag, den 22. Januar 1928:

Ortsverein Rothsürben. Der Ortsverein Rothsürben veranstaltet im Zeschen Saale, Rothsürben, ein Wintervergnügen mit Theater und Tanz. Beginn 19 Uhr. Um zahlreichen Besuch wird gebeten.

Frei Heil! Der Kreisleiter.

Breslauer Produktenbörse vom 18. Januar

Amtliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse am 18. Januar 1928 gezahlten Preise in Reichsmark für inländische Ware für Getreide für 100 kg, für Ölsaaten für 50 kg, franko Breslau in voller Waggonladungen. Tendenz: Getreide: Matt. — Oelsaaten: Geschäftslos. Mehl: Ruhiger. — Sämereien: Ruhig.

Tägliche amtliche Notierungen (100 kg)

Getreide	18	17	Oelsaaten	18	17
Weiz. 74 kg G.G.*	25.80	25.80	Mittl. Art und Güte letzt. Ernte		
Roggen 71 kg*	25.70	26.00	Rübsen	34,00	—,—
Hafer*	20.80	20.80	Leinsamen	47,00	—,—
Braugerste, gute	27.00	27.00	Senfsamen	32,00	—,—
Braugerste*	25.00	25.00	Hanfsamen	36,00	—,—
Industriegerste einschl. Winterg.*	22.00	22.00	Blaumohn	68.00	—,—

* Mittlere Art und Güte

Amtliche Notierung für Mühlenerzeugnisse (je 100 kg)

	18	17.		18	17
Weizenmehl	36,25	36,25	Auszugmehl	42.00	[illegible]
Roggenmehl	36,00	36,25			

Die Preise verstehen sich bei Weizen- und Roggenmehl für Type 70 [illegible] feinere Sorten werden höher bezahlt.

Sämereien, Landware (für 50 kg).

	Durchschnittsware Landware	Durchschnittsware gereinigt		Durchschnittsware Landware	Durchschnittsware gereinigt
Rotklee	55.00	55.00	Timothy	25.00	15.00
dto poln.	—,—	—,—	Tannenklee	—,—	—,—
Weißklee	—,—	—,—	Luzerne, Prov.	—,—	—,—
Schwedenklee	90.00	70.00	Raygras	—,—	—,—
Gelbklee	—,—	—,—	Serradella	—,—	—,—
Inkarnatklee	—,—	—,—			

Seidenrei lt. Attest hiesiger landw. Versuchsstation.

Sämereien in besserer Reinung, Farbe, sowie mit gewährleisteter Reinheit und Keimfähigkeit entsprechend höher.

Alles letzte Ernte und inländische Saaten außer Luzerne.

Amtlicher Bericht des Breslauer Schlachtviehmarktes

Hauptmarkt am 18. Januar 1928.

Der Auftrieb betrug: 1191 Rinder, 1046 Kälber, 409 Schafe, 3662 Schweine, Ueberstand vom vorigen Markte waren 12 Rinder, — Kälber, — Schafe, 163 Schweine.

Mithin Gesamtauftrieb: 1203 Rinder, 1046 Kälber, 409 Schafe, 3662 Schweine.

I. Rinder.

		Lebendgewicht für 50 kg
A. Ochsen:	1203 Stück	
a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts	148	
1. jüngere		52—54
2. ältere		52—54
b) sonstige vollfleischige		[illegible]
1. jüngere		[illegible]
2. ältere		39—45
c) fleischige		37—30
d) gering genährte		22 30
B. Bullen:	319 Stück	
a) junge, vollfleischige höchsten Schlachtwerts		52—56
b) sonstige vollfleischige oder ausgemästete		41—46
c) fleischige		—
d) gering genährte		—
C. Kühe:	585 Stück	
a) junge, vollfleischige höchsten Schlachtwerts		47—50
b) sonstige vollfleischige oder ausgemästete		35 40
c) fleischige		24 30
d) gering genährte		15—20
D. Färsen (Kalbinnen):	122 Stück	
a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts		52—56
b) vollfleischige		40 45
c) fleischige		35
E. Freiter:	21 Stück	
junges gemästetes Jungvieh		37—43

II. Kälber.

	1246 Stück	
a) Doppellender bester Mast		—
b) Beste Mast- und Saugkälber		70—76
c) Mittlere Mast- und Saugkälber		60—65
d) Geringere Kälber		46—52

III. Schafe.

	409 Stück	
a) Mastlämmer und jüngere Masthammel: 1. Weidemast		—
2. Stallmast		54—57
b) Mittlere Mastlämmer, ältere Mastlämmer und gut gebaute Ware		46—45
c) fleischiges Schafvieh		—
d) Geringgenährtes Schafvieh		—

IV. Schweine.

	3662 Stück	
a) Fettschweine über 300 kg		—
b) vollfleischige Schweine von ca. 240—300 kg Lebendgewicht		55—59
c) [illegible]		55—57
d) [illegible]		52 55
e) Sauen		49—50
f) [illegible]		—
g) Eber		45—50

[illegible]

Landkreis Breslau-Neumarkt.

Stammhalter-Nöthen Schlesischer Gutsbesitzer.

Herr Wunderlich aus Pfaffenbari angeklagt mit Zigeunern.

Die Kalamitäten unserer schlesischen Gutsbesitzer finden jeden Tag neue, markante Beispiele. Unterhandelt da am Dienstag der Gutsbesitzer Herr Wunderlich aus im Stadtteil Pfaffenbari von Neumarkt mit seinem Knecht und wird, wie das so üblich ist, sehr laut, so laut, daß er statt mit dem Wort, mit dem Stiefel zu argumentieren beginnt und den Knecht mit voller Wucht in den Unterleib tritt. Der Getretene fiel rückwärts an ein Pferd, das scheute und ihm schwere Verletzungen im Gesicht und Rippenbrüche beibrachte.

Wir erwarten, daß Herr, unseres Wissens gut christlich gesinnte Herr Wunderlich im wirtschaftlichen Interesse für seine Stammhalternöten entsprechend zur Verantwortung gezogen wird.

Ohlischa. Unsere Generalversammlung fand am 14. Januar statt und begann mit dem vom Vorsitzenden erstatteten Geschäftsbericht, der finanziell wie ideelerseits ein gutes Ergebnis zeigte. Die alsdann erfolgte Neuwahl des Vorstandes ergab die [illegible] Hermann Grätzner, Vorsitzender; 1. Kassierer: Erich Lenkert, Ohlischa; 2. Kassierer: Hermann Grätzner, Vorsitzender; 1. Schriftführer: Erich Dehmelt, Ohlischa; 2. Schriftführer: Johann Kettin, Ohlischa. Als weiter Punkt der Tagesordnung folgte ein lehrreicher Vortrag des Genossen Hannak über die wirtschaftliche Not des deutschen Proletariats, der vom Genossen Ignaz Klose wirksam unterstrichen wurde. Zur Kreistagswahl wurde Genosse J. Klose und Heinrich Kriesewetter aufgestellt; zur Unterbezirksgeneralversammlung die Genossen Paul Lubich, Julius Heike und Alfred Müller und zur Frauenkonferenz am 29. Januar die Genossin Anna Fehlke delegiert. Nach Erledigung örtlicher Angelegenheiten wurde die besuchte Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Partei geschlossen.

Hundsfeld. Unsere diesjährige Generalversammlung am 14. Januar im „Gelben Löwen" erfreute sich eines guten Besuches. Vorsitzender Genosse Schaaf eröffnete die Versammlung und wünschte allen Anwesenden ein gesundes, neues Jahr. Hierauf wurde die Tagesordnung bekannt gegeben. Zu Punkt 1 erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht, nach dem die Partei eine Zunahme von 18 Mitgliedern zählte. Die Parteipresse konnte die Leserzahl im letzten Monat um 28 erhöhen. Zu Punkt 3 wurde dem Kassierer Entlastung für die Quartalsabrechnung erteilt; dann wurde der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt. Vorsitzender: Genosse Wilhelm Schaaf; Kassierer: Genosse Karl Baudis; Schriftführer: Genosse Hermann Schumann; Revisoren: die Genossen Knur und Laschinski; Pressewart: Genosse May. Zu Punkt 4 wurde zur Generalversammlung des Unterbezirks die Genossen Blauschke und [illegible] zur Frauenkonferenz Genossin und Genosse Schaaf delegiert. Für die Kreistagswahl wurden die Genossen August Fischer und Hermann Müller II aus Wildschütz aufgestellt. Genosse Schiffer hielt einen sehr lehrreichen Vortrag über das politische Kampfjahr 1928. Stürmischen Beifall brachte eine Glosse des sogenannten Landarbeiters Hernig. Wer dieses glaubt, dem ist nicht mehr zu helfen. Bei Punkt Verschiedenes wurde bekanntgegeben, daß der Bezirksvorstand nach den §§ 28 29 den Genossen Hoffmann aus der Partei ausgeschlossen hat. Nach verschiedenen Richtigstellungen schloß um 22,30 Uhr der Vorsitzende mit einem kräftigen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie die Versammlung.

Neumarkt. Eine Vollsitzung des Ortsausschusses des ADGB. (Gewerkschaftskartell) findet am Sonnabend, den 21. Januar, abends 8 Uhr, im Gasthof „zum gelben Löwen" statt. Die Vorstandsmitglieder sämtlicher Gewerkschaften müssen vertreten sein. Die Vorsitzenden tragen außerdem für Einladung der Delegierten Sorge. Für Gewerkschaften, welche den zugegangenen Fragebogen noch nicht ausgefüllt haben, ist Endtermin für die Zustellung Sonnabend.